

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Columbus\\_Protest\\_for\\_Palestine\\_19.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Columbus_Protest_for_Palestine_19.jpg)

## INHALT

<i>Gewerkschaft</i>	
<b>Gewerkschaftslinke teilweise erfolgreich, Helmut Born</b> .....	<b>3</b>
<i>Ökonomie</i>	
<b>Ökologischer Umbau der Autoindustrie erforderlich, Klaus Meier</b> .....	<b>5</b>
<i>Festung Europa</i>	
<b>Das EU-Grenzregime – Abschottung statt Asylsystem, Inge Höger</b> .....	<b>9</b>
<b>Festung Europa, Galia Trépère</b> .....	<b>13</b>
<b>Die EU-Politik vermehrt die Fluchtursachen, Jakob Schäfer</b> .....	<b>15</b>
<i>Ökonomie</i>	
<b>Money Makes the World Go Round, Dharna Noor</b> .....	<b>19</b>
<i>Ökosozialismus</i>	
<b>Neun Thesen zu ökosozialistischem Degrowth, Michael Löwy</b> .....	<b>21</b>
<i>Chile</i>	
<b>Salvador Allende – Rücktritt oder Selbstmord, Franck Gaudichaud</b> .....	<b>25</b>
<b>Ein revolutionäres Experiment, Franck Gaudichaud</b> .....	<b>29</b>
<i>Afrika</i>	
<b>Frankreichs Hinterhof wird immer kleiner, Paul Martial</b> .....	<b>35</b>
<i>Israel/Palästina</i>	
<b>Dreißig Jahre nach Oslo, Edouard Soulier</b> .....	<b>39</b>
<b>Palästina: Kein Thema bei den Protesten, Interview mit Sami Abu Shehade</b> .....	<b>42</b>
<b>Heuchelei und falsche Komplizenschaft, Fabrizio Burattini</b> .....	<b>45</b>
<b>Stoppt den Völkermord, Jewish Voice for Peace</b> .....	<b>49</b>
<b>Es droht eine Verschärfung der ethnischen Säuberung, Daniel Berger</b> .....	<b>50</b>
<b>Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung, Jakob Taut</b> .....	<b>53</b>
<b>Position der IV. Internationale zur Palästina-Frage</b> .....	<b>60</b>

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# GEWERKSCHAFTSLINKE TEILWEISE ERFOLGREICH

Vom 17. bis 22. September fand der VI. Bundeskongress der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Berlin statt. Es waren über 1000 ehrenamtliche Delegierte in den Fachbereichen und auf den Ebenen gewählt worden. Dafür fand ein über eineinhalb Jahre dauernder Konferenzmarathon von der Orts- bis zur Bundesebene statt.

## ■ Helmut Born

Ver.di hat in den vier Jahren seit dem letzten Bundeskongress viele Veränderungen in der Organisation erfahren. Statt 13 Fachbereiche gibt es nur noch 5 und viele Bezirke haben miteinander fusioniert. Dies führte dazu, dass viele basisnahe Strukturen beseitigt wurden und manche/r Funktionär\*in seine/ihre Arbeit in den Gremien eingestellt hat. Dazu kam die bleierne Zeit der Pandemie, in der das gewerkschaftliche Leben über eine lange Zeit stillgelegt wurde. Auf dem Kongress sollte sich zeigen, dass es ein großes Bedürfnis gibt, wieder die wichtigen Fragen diskutieren zu können. Dabei muss bedacht werden, dass ver.di durch die Tarifikämpfe in diesem Jahr, vor allem im Öffentlichen Dienst, viele Mitglieder neu gewinnen und damit an Mobilisierungsfähigkeit gewinnen konnte. Trotzdem waren die Tarifergebnisse von vielen Mitgliedern abgelehnt worden, was in der Gewerkschaft Spuren hinterließ. Andererseits ist ver.di die Gewerkschaft im DGB, die am weitestgehenden neue Streikformen und Mitgliederbeteiligung anwendet und damit z. T. sehr erfolgreich gewesen ist, wie z. B. bei den mehrwöchigen Streiks an den Kliniken in Berlin, NRW und an anderen Orten.

Ganz ungewöhnlich begann der Kongress schon am Sonntagmittag mit einem Kulturprogramm, der Begrüßung der Delegierten und Gäste und dem Prozedere der Eröffnung. Als besonderer Gast durfte Bundeskanzler Scholz zu den Teilnehmer\*innen sprechen und seine Politik anpreisen. Schon während seiner Rede wurde von den Delegierten deutlich sichtbar Kritik an der unsozialen und Aufrüstungs-

politik der Ampel geübt. Scholz versuchte dies zu entkräften, indem er versprach, dass jetzt endlich etwas für die Erhöhung der Tarifbindung gemacht werde und es keine Kürzungen bei den Sozialleistungen geben werde.

Am zweiten Tag begann die Diskussion um den Geschäftsbericht, den der Erste Vorsitzende Frank Werneke vorrug. Schon bei der Aussprache, bei der es insgesamt 47 Wortmeldungen gab, wurde der Diskussionsbedarf deutlich. Es gab sehr kritische Wortmeldungen, die sich mit den nicht zufriedenstellenden Ergebnissen der verschiedenen Tarifrunden beschäftigten, die Aufrüstungspolitik der Ampel und die Asylpolitik anprangerten und den Bundesvorstand aufforderten, deutlicher gegen die Bundesregierung aufzutreten. Schon dieser Top dauerte erheblich länger als vorgesehen.

Bei der anschließenden Wahl des Bundesvorstandes gab es erstmals eine Position, für die zwei Kandidaten antraten. Gegen den vom Gewerkschaftsrat für das Finanzressort vorgeschlagenen Christoph Meister kandidierte auch der ehemalige Bundesfachgruppenleiter Einzelhandel Orhan Akman. Er hatte sich in einem Kündigungsschutzverfahren gegen seine Kündigung in einem Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht gegen den Bundesvorstand durchgesetzt. Die vom Bundesvorstand bekämpfte Kandidatur von Akman zeigt einmal mehr, dass innergewerkschaftliche Demokratie auch bei ver.di seine Grenzen hat. Es war das erste Mal in der 20jährigen Geschichte von ver.di, dass es eine Gegenkandidatur bei einer Wahl des Bundesvorstandes gab. Dass er die Kandidatur gegen erhebliche Widerstände, die bis zur Kündigung seines Arbeitsverhältnisses gingen, durchsetzen musste, ist auch Ausdruck davon, dass eine Kandidatur ohne entsprechende Empfehlung eines Bundesgremiums praktisch ohne Aussicht auf Erfolg ist. Dass er bei der Wahl trotzdem 23,9 % bekam, kann durchaus als Erfolg für ihn gewertet werden.

Der ver.di Bundesvorstand besteht aus folgenden Personen: Frank Werneke, Vorsitzender; Andrea Kocsis, stellv. Vorsitzende; Christine Behle, stellv. Vorsitzende; Christoph Schmitz; Sylvia Bühler; Silke Zimmer; Rebecca Liebig; Detlef Raabe; Christoph Meister. Damit besteht der Bundesvorstand aus sieben SPD-Mitgliedern, einer Grünen und einem Parteilosen.

Bei der Antragsberatung warteten viele durchaus kontroverse Diskussionen auslösende Themen auf ihre Beratung. Ein Antrag für die Abschaffung von Schlichtungen bei Tarifverhandlungen wurde nach Intervention des Vorsitzenden eindeutig abgelehnt. Anträge gegen Rassismus und Rechts extremismus und für die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in ver.di und der AfD oder anderen rechten Organisationen wurden einstimmig angenommen. Ebenso gab es eine breite Mehrheit gegen weitere Einschränkungen des Asylrechts und für die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Freilassung von Julian Assange.

Der Antrag E 084 mit dem Titel „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“ hatte im Vorfeld des Kongresses den meisten Wirbel verursacht. Gegen diesen Antrag wurden mit dem Aufruf „Sagt Nein“ über 15 000 Stützungsunterschriften gesammelt. Die Debatte um diesen Aufruf mit insgesamt 15 Änderungsanträgen nahm insgesamt über acht Stunden in Anspruch. Es gab über 70 Wortmeldungen dazu. Dabei wurde frühzeitig durch Abstimmung geklärt, dass der am meisten umkämpfte Passus – er enthält die Billigung von Waffenlieferungen – nicht geändert wird. Immerhin stimmte ein Drittel der Delegierten für den Änderungsantrag, der Waffenlieferungen ablehnt. Dies nahmen einige Delegierte zum Anlass den Kongress zu verlassen, ohne die weitere Debatte abzuwarten. Durch Zustimmung zu einem Geschäftsordnungsantrag eines Hamburger Kollegen sprach sich der Kongress dafür aus, die Änderungsanträge, so wie sie von der Antragskommission (AK) empfohlen worden waren, en bloc abzustimmen. Damit konnten dann nur noch die Anträge in den Leitantrag übernommen werden, die von der AK empfohlen wurden. Immerhin gelang es dadurch eindeutiger, sich gegen das 100 Milliarden Aufrüstungsprogramm und gegen das von der NATO vorgegebene 2%-Ziel auszusprechen. Ebenfalls fand der Änderungsantrag, dass sich der Kongress gegen die Lieferung der Taurus-Raketen ausspricht, Eingang in den Leitantrag. Auch wenn es nicht gelang, eine Mehrheit gegen Waffenlieferungen zu erreichen, so können die Änderungen in dem Antrag des Bundesvorstandes als Erfolg gewertet werden. Am Ende stimmten ca. 20 % noch gegen den veränderten Antrag des Bundesvorstandes. Die Strategie, den Antrag des Bundesvorstandes durch Änderungsanträge zu verbessern, ist zumindest teilweise aufgegangen. Vor allem wurde gegenüber der Bundesregierung ein deutliches Zeichen gesetzt und ein 100-Milliarden-Programm für Bildung, Soziales, Klima und Infrastruktur gefordert.

Erneuert wurde der Beschluss zur 30-Stundenwoche aus dem letzten Bundeskongress. Dieses Mal allerdings konnte

der Bundesvorstand sich nicht wieder mit der Ankündigung, eine breite Debatte dazu zu führen, raus reden. Dazu gab es zu eindeutige Anträge, die eine Mehrheit bekommen haben. Dem Bundesvorstand blieb nichts anderes übrig, als zuzusichern, Arbeitszeitverkürzungen jetzt auch konkret anzugehen. Bisher hielt ver.di sich damit immer zurück, weil es in den verschiedenen Bereichen durchaus auch an Durchsetzungskraft mangelt. Andererseits ist das klägliche Scheitern z. B. bei der Post 2015 noch gut in Erinnerung.

Erfreulich war, dass wiederum, wie bei den vergangenen Kongressen, die Anträge, die eine Verlängerung der Amtszeit der Gremien auf 5 Jahre vorsahen, mehr Gegenstimmen hatten als bei den vorangegangenen Kongressen und damit die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit deutlich verfehlt wurde. Erfreulich war auch der Beschluss, endlich der LSBIQ-Gruppe den Status einer Personengruppe „queer“ anzuerkennen. Dies wurde aber aus teilweise formalen Gründen den Migrant\*innen, Behinderten und Senior\*innen verwehrt.

Bei allen Diskussionen und verabschiedeten Anträgen kommt es jetzt darauf an, dass diese auch umgesetzt werden. So erfreulich z. B. die eindeutige Absage an die AfD ist, muss diese jetzt aber auch umgesetzt und in die Betriebe getragen werden. Dass die AfD gerade von Gewerkschaftsmitgliedern häufig gewählt wird, macht diese Aufgabe umso dringender. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn ver.di sich darüber hinaus am Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen die AfD und die Rechtsentwicklung beteiligen bzw. dieses Initiieren würde.

Es zeigte sich einmal mehr bei diesem Bundeskongress, dass ver.di eine durchaus diskussionsfreudige Gewerkschaft ist, in der viele verschiedene Positionen vertreten werden. Allerdings bleibt festzuhalten, dass vor allem der Vorsitzende Frank Werneke über genug Einfluss verfügt, kritische Diskussionen, die nicht im Sinne des Bundesvorstandes laufen, zu beeinflussen und Entscheidungen in seinem Sinne herbeizuführen. Dies wurde sehr deutlich bei dem Antrag, in dem die Kündigung der Schlichtungsvereinbarungen gefordert wurde.

Es gab wiederum Treffen der verschiedenen Gruppierungen der Gewerkschaftslinken in ver.di, die nicht immer in die gleiche Richtung gingen. Es wurde aber vereinbart, sich wieder zu treffen, um gemeinsam den Kongress auszuwerten und die weitere Zusammenarbeit zu erörtern. Wenn dies gelingen würde, wäre das sicherlich ein Fortschritt für die Gewerkschaftslinken in ver.di.

6.10.2023



# ÖKOLOGISCHER UMBAU DER AUTOINDUSTRIE ERFORDERLICH

Schon vor der gefürchteten 1,5-Grad-Erderhitzungsgrenze erleben wir heute ein bedrohliches Schlingern des Klimas. Die Folgen: Eine bisher nicht bekannte Erhitzung der Meere, Dürren, Hitzewellen, absterbende und brennende Wälder, zunehmende Wasserknappheit und Flutkatastrophen.

■ Klaus Meier

In dieser Situation ist ein Umbau der Industrie und der Infrastruktur in Deutschland überfällig, um die Treibhausgasemissionen zu senken. Der Blick fällt dabei sehr schnell auf die Autobranche. Sie steht für ein seit 50 Jahren dominierendes Mobilitätssystem, das auf der Vorherrschaft des Autoindividualverkehrs beruht. Diese Verkehrsart trägt mit rund 20 % zu den hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Es ist offensichtlich, dass dies angesichts der Klimakatastrophe nicht so weitergehen kann. Wer eine soziale und ökologische Alternative will, muss zunächst einen Blick auf den Istzustand der deutschen Autobranche werfen. Und der sieht mittlerweile recht unkomfortabel aus. Nicht nur die Zulieferer erleben eine Entlassungswelle, sondern auch die großen Hersteller geraten zunehmend in Schwierigkeiten. Was sind die Ursachen?

## Deutsche Autobranche: Ursache der Krisenlage

Zunächst einmal gibt es keine eindimensionale Erklärung, sondern es gibt mehrere Gründe: Erstens hat sich der Schwerpunkt des Weltautomarktes nach Ost- und Südostasien verlagert. Dieser Verschiebung folgt mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung aber auch ein wichtiger Teil der Produktion. Das ist das, was wir jetzt erleben. Damit wird Europa im Vergleich zu Ost-/Südostasien und Nordamerika zu einer nachgeordneten Produktionsstätte.

Das betrifft insbesondere Deutschland. Seit 2016 sind die jährlichen Ausfuhren von Autos aus deutscher Produktion um 40 % eingebrochen, von 4,4 auf 2,6 Millionen Fahrzeuge. Im ersten Halbjahr 2023 verschiffte die Branche zwar wieder etwas mehr Neuwagen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Vom Spitzenwert ist dies aber weit entfernt. Und die Perspektiven sehen schlecht aus. So beschloss jüngst Mercedes-Benz sein SUV-Werk in Tuscaloosa im Bundesstaat Alabama zu vergrößern. Die Elektroversion des gut laufenden Fahrzeugs GLC würde dann im Gegensatz zum Verbrenner nicht mehr aus Deutschland importiert. Generell gilt, dass neben Mercedes auch VW, BMW und Audi immer mehr Fahrzeuge in den Regionen produzieren, in denen sie auch verkauft werden. Das hat negative Konsequenzen für den „Standort Deutschland“. Zweitens versuchen die Autohersteller Europas durch eine immer weitergehende Verlagerung ihrer Produktion in die Niedriglohnländer Osteuropas ihre Profitmarge zu optimieren.

Die Konsequenz dieser ersten beiden Entwicklungen ist, dass die Zahl der in Deutschland produzierten Autos merklich abnimmt. Während in den 2010er Jahren die hiesige Inlandsautoproduktion immer im Bereich von 5 bis 6 Millionen Pkws lag, ist sie in 2021 auf nur noch 3,1 Millionen abgesackt. Es könnte zwar sein, dass 2023 die

Zahl der in Deutschland produzierten Autos gegenüber 2022 ansteigen wird, aber sicher ist das nicht.

Der dritte Grund für den Verlust von Arbeitsplätzen im Automobilsektor ist die Umstellung auf Elektroautos. Während ein Verbrennungsmotor sehr kompliziert ist und aus rund 1000 Einzelteilen besteht, hat ein Elektromotor eine einfache Struktur und besteht nur noch aus etwa 200 Einzelteilen. Es gibt verschiedene Studien, die allein dadurch einen Verlust von bis zu 400 000 Jobs prognostizieren.

Ein vierter Grund für eine Strukturkrise der deutschen Autoindustrie wird immer bedeutsamer. Es ist die zunehmende internationale Konkurrenz insbesondere bei den Elektroautos und der Digitalisierung. Hier drohen die deutschen Hersteller gegenüber ihren Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten. Ein Schlaglicht auf die Situation der deutschen Autokonzerne warf am Anfang des Jahres eine Studie des renommierten Analysehauses J. D. Power aus Michigan. Es ging dabei um die Verlässlichkeit der Automarken, also Produktionsfehler und Ausfälle pro 100 Fahrzeuge. Danach rangieren die deutschen Hersteller bei der Qualität ihrer Fahrzeuge weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Nur BMW liegt gerade noch oberhalb des branchenweiten Durchschnitts. Die Probleme der deutschen Hersteller sind auf dem weltweit größten Automarkt in China bereits unübersehbar. Beim Absatz der immer wichtiger werdenden Elektrofahrzeuge haben hier die einheimischen Hersteller bereits die Nase vorn. In den Top Ten der meistverkauften Batteriefahrzeuge taucht kein einziges deutsches Modell mehr auf. Der Marktanteil von VW beträgt im Elektroautogeschäft mittlerweile nur noch rund zwei Prozent, bei den Verbrennern sind es noch 15 %. Ganz vorne im Elektromarkt liegt dagegen der chinesische BYD-Konzern, gefolgt von Tesla. Doch die chinesischen Hersteller wollen auch den europäischen Markt erobern. Die deutschen Konzerne drohen, mittelfristig auf dem Gebiet der Elektrifizierung und insbesondere der Digitalisierung den Anschluss zu verlieren. Vereinfacht gesagt geht es darum, effizient möglichst viel Software in den Fahrzeugen zu platzieren. Die chinesischen Hersteller und Tesla sind in diesem Bereich führend. Der Experte Stefan Bratzel vom Center of Automotive Management (CAM) formuliert das noch zurückhaltend, wenn er sagt: „Die chinesischen Automobilhersteller sind mittlerweile in puncto Innovation und Qualität mindestens auf Augenhöhe mit den Wettbewerbern aus Deutschland und den USA.“ Dazu kommt, dass die chinesischen E-Automodelle deutlich preisgünstiger sind. Der Chef des Zulieferers Marquardt erklärte dazu kurz und knapp: „Wenn ich für ein chinesisches Elektroauto 25 000 Euro zahlen muss oder

40 000 für ein deutsches, dann ist doch relativ klar, wofür sich viele Kunden entscheiden oder entscheiden müssen.“

Doch nicht nur für die deutschen Autokonzerne ändert sich die Lage. Auch Gewerkschafter:innen und Klimaschützer:innen befinden sich in einem neuen Umfeld. Sie müssen sowohl ihre Antworten als auch ihre Argumentationen an die neuen Gegebenheiten anpassen. Im Folgenden soll dazu am Beispiel von Ford und VW dargelegt werden, wie kritisch die Situation der Beschäftigten in der deutschen Autobranche mittlerweile aussieht.

### **Das Lehrstück Ford Köln: Technologisches Herzstück wird zerschlagen**

Das was die Opel-Belegschaft erleben musste, droht zu einer Blaupause für die Ford-Beschäftigten zu werden. Anfang 2023 erklärten die Chefs dieses Konzerns, dass im Kölner Ford-Werk rund 3200 Arbeitsplätze wegfallen sollen – knapp ein Viertel der Belegschaft. Ein massiver Einschnitt. Ein wichtiger Grund ist, dass die Produktion für den bisher in Köln gefertigten Ford-Fiesta, ein Verbrenner, noch 2023 eingestellt und durch die Produktion eines E-Autos ersetzt werden soll. Doch es droht weiteres Ungemach: Der Stellenabbau soll vor allem das Kölner Entwicklungszentrum treffen. Die bisher in Europa durchgeführten Entwicklungsarbeiten werden in die USA verlagert. Damit wird das technologische Herzstück der europäischen Ford-Marke zerschlagen und der Produktionsstandort Köln wird zu einer beliebig austauschbaren europäischen Werkbank degradiert. Das lässt Böses für die Zukunft ahnen.

Bereits in den letzten Jahren wurden bei Ford in mehreren Wellen tausende Arbeitsplätze vernichtet. Die Betriebsräte haben diesem Stellenabbau immer wieder zugestimmt. Die vergebliche Hoffnung war, dass damit die Fabriken dauerhaft gesichert würden. Anfang 2022 ließen die Ford-Chefs die europäischen Produktionsstätten Saarlouis und Valencia in einem Bieterwettbewerb gegeneinander antreten. Das profitablere Werk sollte überleben und als Gewinnwinkte die Produktion eines neuen E-Autos. Ein unglaublich zynisches Verfahren. Verloren hat das deutsche Werk in Saarlouis, denn es hat höhere Produktionskosten (Löhne). Die Folge: Bis 2025 soll am saarländischen Standort noch der Ford Focus produziert werden. Danach ist Schluss. Damit wird den rund 4600 Beschäftigten im saarländischen Werk und den 2000 Lohnabhängigen in den Zulieferunternehmen der Teppich unter den Füßen weggezogen.

### **VW gerät in eine Krisenlage**

VW war jahrelang ein Primus auf dem weltweiten Automarkt und begann zum weltweit größten Hersteller aufzusteigen.

Das hat sich mittlerweile verändert. Der VW-Markenchef erklärte auf einem internen Treffen den anwesenden 2000 VW-Automangern die Lage im Konzern so: „The roof is on fire“ – Das Dach brennt lichterloh. Und weiter: „Die Zukunft der Marke VW steht auf dem Spiel.“ Das Umfeld, in dem sich VW befinde, sei „nichts weniger als ein perfekter Sturm.“ Der Hintergrund: Der Verkauf von VW-Modellen ist auf dem für den Konzern äußerst wichtigen Automarkt China dramatisch eingebrochen und auch in Europa droht die Lage schwieriger zu werden. Besonders problematisch für den Wolfsburger Konzern ist, dass sich die chinesischen Kunden an den Mängeln der VW-Software stören. Bisher hat VW seine eigene Elektroplattform „Modularer Elektrobaukasten“ (MEB) eingesetzt. Nun sucht der Konzern chinesische Technologie-Partner, die ihm helfen, seine Defizite zu überwinden. Kooperationen gibt es bereits mit dem Elektroautobauer Xpeng und dem Technologie-Unternehmen Horizon Robotics. Dass VW sich Partnerschaften sucht, ist als Zeichen eines mangelnden Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten und insbesondere in die eigene Software-Kompetenz zu werten. Bei den von der VW-Leitung ausgegebenen Warnrufen geht es aber vordergründig um eine schnelle Erhöhung der Rendite. Derzeit liegt sie gerade mal bei rund drei Prozent. Wettbewerber wie Renault oder Toyota erzielen dagegen mehr als 6,5 Prozent. Daraus ergeben sich die exzessiven Renditeziele der VW-Chefs: Bei der Kernmarke VW soll sie auf 6,5 % ansteigen, ein Wert, der bisher noch nie erreicht wurde. Die gesamte sog. Volumen-Gruppe (VW, Seat, Skoda) soll 8 Prozent erreichen, Audi eine Marge von 12 bis 14 % und Porsche sogar 20 %. Um diese Gewinne zu erzielen, müssten die Marken mehrere Milliarden Euro einsparen. Das Handelsblatt zitiert einen Aufsichtsrat, der dazu sagt: „Beim Gewinn muss mehr drin sein.“ Um das zu erreichen, gehöre jetzt alles auf den Prüfstand, so die VW-Oberen. Um die Kosten zu senken, sollen die Volumenmarken weniger Modelle und Ausstattungsvarianten anbieten. Die Werke sollen markenübergreifend besser ausgelastet werden. Das bedeutet, dass künftig Modelle von Skoda, Cupra und VW von einem Band laufen sollen. Das Wolfsburger Stammwerk selbst soll weniger produzieren. Das bedeutet, dass VW in Zukunft aber auch weniger Arbeitskräfte benötigt. Es wird behauptet, dass dies alles noch „sozialverträglich“ über die normale Altersfluktuation abgefangen werden könne. Es ist aber keineswegs sicher, dass das so bleiben wird.

### **Zunehmende Ängste um Arbeitsplätze als politische Konstante**

In der Folge dieses Krisenszenarios gibt es im Automobilsektor zunehmende Ängste um die Arbeitsplätze. Sie wer-

den zukünftig eine Konstante sein, mit der man politisch rechnen muss. Wie lautet darauf die Antwort der Politik und der IG Metall? Das Beispiel von Ford Saarlouis ist erhellend. Die saarländische Landesregierung hofft, dass auf dem Betriebsgelände von Ford ab 2025 neue Unternehmen angesiedelt werden können, die dann die Ford-Belegschaft übernehmen. Wo die hergezaubert werden sollen, ist aber völlig nebulös. Bereits bei der Schließung des Opel-Werkes in Bochum wurden ähnliche Illusionen verbreitet, die aber alle scheiterten. Leider hat auch die IG Metall keine Antwort. Sie ruft zwar immer wieder nach einer Beschäftigungsperspektive, kann aber selbst keinen Hinweis geben, wie sie aussehen könnte. Was aber dann?

### **9-Euro-Ticket: Eisenbahnen von Nachfrage überrannt**

Eine einfache Fortsetzung der Autoproduktion ist angesichts der massiven Konkurrenz und der Überproduktion auf dem Automarkt nicht mehr vorstellbar. Das wäre vor allem aus ökologischen Gründen ein Katastrophenkurs. Der Autoindividualverkehr, egal ob mit Elektro- oder Verbrennermotor, gehört mit zu den Haupttreibern der ökologischen Zerstörung. Deswegen brauchen wir auch keinen 1:1-Ersatz der Verbrenner durch Elektrofahrzeuge, wie es die Grünen herbeisehnen. Dafür existieren auch gar nicht die materiellen Grundlagen: Weder Platz in den Städten, noch Rohstoffe noch ausreichend erneuerbare Energien. Es existiert aber ein hoher Bedarf, die öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen. Das haben sowohl das kurzfristige 9-Euro- als auch das 49-Euro-Ticket gezeigt. Insbesondere die Eisenbahnen wurden beim 9-Euro-Ticket von der Nachfrage förmlich überrannt. Hier ist offensichtlich Bedarf und durch den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs könnte eine Alternative zur klimaschädlichen Autonutzung aufgebaut werden.

### **Produktionsumstellung der Automobilindustrie auf Bahn und Bussysteme – einige Randbedingungen**

Selbst die Bundesregierung hat versprochen, dass sie bis 2030 die Nutzerzahlen im öffentlichen Personenverkehr verdoppeln will. Bereits das würde eine massive Steigerung der im Einsatz befindlichen Eisenbahnen erfordern. Wollte man sogar einen Großteil des gesamten anachronistischen Autoindividualverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzen, müsste man die Zahl der Züge und Busse sogar verdreifachen. Dieser Wert ergibt sich, wenn man die vom Automobilverkehr realisierten Perso-

nenkilometer (Pkm) pro Jahr durch die Pkm des heutigen Schienen- und Busverkehrs dividiert und anschließend einen mittleren Auslastungsgrad wie im Fernverkehr zugrunde legt. Wie man diesen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs in einem sinnvollen Zeitraum realisieren kann, scheint zunächst einmal unklar. Das Hauptproblem: Es existieren keine ausreichenden Kapazitäten in der kleinen deutschen Bahnindustrie, die im Kern aus Siemens Mobility und Alstom besteht und gerade einmal 53 100 direkt Beschäftigte zählt. Betrachtet man nur die Beschäftigten im direkten Schienenfahrzeugbau, so sind es sogar nur 24 000. Zum Vergleich: In der Automobilindustrie zählen die Fahrzeughersteller (die sog. OEM) im Jahr 2021 nach Angaben des VDA 460 600 Mitarbeiter:innen. Diese Zahl ist 19mal so groß wie die der direkt Beschäftigten im Schienenfahrzeugbau. Das heißt aber auch, dass mit diesen wenigen Beschäftigten kein schneller Umbau zu einem ökologischen Verkehrssystem erreicht werden kann.

Allerdings könnte ein großer Teil der heutigen Autoindustrie auf die Schienenfahrzeugproduktion umgestellt werden. Statt großer Elektro-SUVs und spritfressender Verbrenner könnten dann bei Daimler, BMW, VW, Ford und ihren Zulieferern Komponenten für öffentliche Verkehrsmittel, wie Eisenbahnen oder auch Busse, produziert werden. Die dort arbeitenden Ingenieur:innen und Arbeiter:innen haben eine hohe Kompetenz in der Blechumformung, der allgemeinen Metallbearbeitung, der Maschinennutzung, der Montage und der Steuerungstechnik, die sie hierfür befähigen. Sie haben zudem Erfahrungen mit regelmäßigen großen Produktionsänderungen, denn im Durchschnitt werden die Fertigungshallen der Autobranche alle 6 bis 7 Jahre auf neue Serienmodelle umgestellt. Und die können sich von Fall zu Fall erheblich unterscheiden. Das umfasst einen völligen Umbau der Montageeinheiten, eine Neuprogrammierung der Roboter und Fertigungsmaschinen. Auch für die Beschäftigten ergeben sich dann veränderte Aufgabenstellungen und Umschulungen. Diese Erfahrungen und Fähigkeiten können für eine Umstellung der Autoproduktion auf Eisen- und Straßenbahnen genutzt werden.

Es gibt natürlich Unterschiede zwischen dem Bau von Autos und Eisenbahnwaggons. Letztere werden in den Werken bisher parallel nebeneinander zusammengebaut, während im Automobilbau die Fahrzeuge in einem seriellen Fluss montiert werden. Die Parallelproduktion bedeutet aber auch eine höhere Beschäftigungswirkung in der Bahnindustrie. Der Eisenbahnexperte Knierim geht in einer Veröffentlichung von 2022 aufgrund eigener

Rechnungen davon aus, dass bei einer Verdoppelung der Eisenbahn-Fahrgastzahlen ein Beschäftigtenwachstum in der Eisenbahnindustrie von 50–78 % erforderlich wäre. In Zahlen ausgedrückt ist das eine Zunahme von bisher 200 000 auf 300 000–355 000 Personen. Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen noch zu einem gewissen Teil durch eine Verdichtung der Taktrate auf den Eisenbahnstrecken ausgeglichen werden kann. Aber je mehr der Eisenbahnsektor anwachsen soll und je mehr die Kerninfrastruktur ausgebaut werden muss, desto größer wird die Beschäftigungswirkung sein. Die kleine heutige Eisenbahnindustrie stößt hier rasch an ihre Grenzen. Diese Betrachtung zeigt, dass ein schneller Ausbau der heutigen Eisenbahnen und des ÖPNV nur durch eine Produktionsumstellung bestehender Strukturen der Automobilunternehmen erreichbar ist.

### **Vergesellschaftung und Produktionsumstellung**

Nicht zuletzt aus diesem Grund sollte die Klimabewegung ein Interesse daran haben, sich gegen die Zerstörung der Produktionskapazitäten bei Ford, Opel oder auch bei den Automobilzulieferern zu wenden. Realistisch muss man feststellen, dass dieses Verständnis heute nur bedingt gegeben ist. Diese Orientierung muss noch in die Bewegung hineingetragen werden. In den Köpfen der Automobilbeschäftigten sollte umgekehrt unzweideutig verankert werden, dass die Klimabewegung für die Verteidigung dieser Industriearbeitsplätze steht, allerdings bei einer Umstellung der Produktion auf Güter des ÖPNV. Dass diese Position auch für die IG Metall bedeutsam ist, zeigt ein Rückblick auf die Debatten und Proteste um Ford Saarlouis. Den Beschäftigten hätte hier von der IG Metall eine alternative Perspektive vermittelt werden können, für die sich ein Kampf lohnen würde: Die Fertigung öffentlicher Verkehrsmittel in vergesellschafteten ehemaligen Autobetrieben in Saarlouis und Köln. Diese politische Orientierung muss bereits in ruhigen Zeiten verbreitet werden. Sie kann aber nur in einer kritischen Arbeitsplatzsituation wirkmächtig werden. Nämlich dann, wenn ein größeres Werk in der Automobilbranche mal wieder geschlossen werden soll. Dann könnten aktive Proteste der Beschäftigten für Weiterbetrieb und Produktionsumstellung bei einer gleichzeitigen massiven Solidarität durch die Klimabewegung eine ansonsten starre Front von Regierung und Kapital ins Wanken bringen.



# DAS EU-GRENZREGIME – ABSCHOTTUNG STATT ASYLSYSTEM

Laut dem aktuellen Global Trends Report vom Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Insgesamt sind Ende 2022 neunzehn Millionen Menschen mehr auf der Flucht als noch Ende 2021 – dies entspricht einem Anstieg von 21 Prozent. Dies ist der größte Anstieg innerhalb eines Jahres, den UNHCR je verzeichnet hat<sup>1</sup>. Seit 2013 – also binnen weniger als zehn Jahren – hat sich die Zahl der gewaltsam Vertriebenen damit verdoppelt.

■ Inge Höger

Immer mehr Menschen fliehen vor Kriegen und Konflikten. Die meisten kommen aus Syrien, der Ukraine und Afghanistan. Der Krieg um die Ukraine hat Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Der UNHCR schätzt, dass durch den Konflikt im Sudan die Zahl der weltweit Vertriebenen inzwischen auf 110 Millionen angestiegen ist. 45,9 Millionen Menschen haben laut UNHCR im Jahr 2022 außerhalb ihres Landes Zuflucht gesucht. 62,5 Millionen Menschen sind als Binnenvertriebene innerhalb ihres Herkunftslandes auf der Flucht vor Gewalt und Konflikten.

Von 159 324 Geflüchteten, die bis Anfang September 2023 die Mittelmeeranrainerstaaten erreichten, sind 154 800 übers Mittelmeer gekommen, 2323 ertranken bei der Überfahrt. Seit dem Sommer der Migration 2015 sind mindestens 26 800 Menschen im Mittelmeer ertrunken. An den EU-Außengrenzen verloren Zehntausende durch das Grenzregime ihr Leben.

Erregte das alltägliche Sterben von Männern, Frauen und Kindern auf den Fluchtwegen in den Jahren bis 2015 noch Entsetzen und Fassungslosigkeit, hat sich die Stim-

mung inzwischen verändert. AfD, Pegida und Co. machen Stimmung gegen Migration und Politik und Medien lassen sich zu immer neuen Vorschlägen gegen die angebliche Überlastung treiben. Die Öffentlichkeit schaut kaum noch auf die Situation von Geflüchteten. Stattdessen überbieten sich deutsche und europäische Politiker mit Vorschlägen wie man die Tore Europas vor ungebetenen Schutzsuchenden endgültig verschließen könnte.

## Kein Mensch flieht freiwillig

Die häufigste Fluchtursache sind Kriege. Laut Angaben des UNHCR gab es im Jahr 2022 fast 103 Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte und Gewalt von ihrem Zuhause vertrieben waren. In allen zehn Staaten, aus denen 2022 die meisten Menschen sich auf den Fluchtweg machten, herrschte Krieg oder ein bewaffneter Konflikt. Die meisten dieser Kriege gingen von den USA und den westlichen Verbündeten aus, die versuchten eine Weltordnung in ihrem Sinne zu erhalten. So in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Libyen, aber auch in Afrika. Aus Syrien sind über fünf Millionen geflohen und es gibt

über sechs Millionen Binnenflüchtlinge. In dem aktuellen Krieg um die Vorherrschaft um die Ukraine sind bereits über acht Millionen Menschen ins europäische Ausland geflohen. Hinzu kommen 5,35 Millionen Binnenflüchtlinge.

Der zweite Grund zur Flucht vieler Menschen sind Perspektivlosigkeit und Armut. 700 Millionen Menschen leiden weltweit unter extremer Armut. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Viele Menschen haben keinen Zugang zu gesunder Ernährung und guter Gesundheitsversorgung, es fehlt an sauberem Wasser und sanitären Anlagen. Die Kindersterblichkeit ist hoch und die medizinische Versorgung schlecht. Viele Länder des Südens wurden durch Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zu Einsparungen bei Gesundheit und Bildung und zu Privatisierungen der Daseinsvorsorge gezwungen.

Die zehn ärmsten Länder der Welt sind alle reich an Rohstoffvorkommen. Die Industrienationen haben seit dem Ende der Kolonialzeit Mittel und Wege gefunden, diese Rohstoffe weiter auszubeuten und sich das zu holen, was sie für die kapitalistische Produktion benötigen. In einer Vielzahl rohstoffreicher Länder, vor allem in Afrika, lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Armut. Über Kreditaufgaben, Entschuldungsprogramme, aber auch mittels sog. Freihandelsverträge, wird dieses System der Ausbeutung der Ressourcen aufrechterhalten. Inzwischen kommt auch noch der Landraub fruchtbarer Böden dazu. Dazu werden Menschen massenhaft ihrer Existenzgrundlagen beraubt. Vielen bleibt nichts anderes als Auswanderung und Flucht.

Die auf ständiges Wachstum ausgerichtete Produktionsweise und die zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfen den Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Die Schmierstoffe des Kapitalismus, die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die zunehmende Entwaldung sowie die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht. Das Weltklima verändert sich. Viele Regionen der Erde sind mit langanhaltenden Dürren konfrontiert; Unwetter nehmen zu. Und zu nimmt auch die Zahl der Klimaflüchtlinge. Nach Zahlen des UNHCR haben 2022 rund 32,7 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Naturereignissen, wie Dauerregen, langanhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen sowohl kurz- als auch langfristig verlassen müssen. Achtzig Prozent der Flüchtlinge stammen aus armen krisengeschüt-

telten Ländern, die vom Klimawandel betroffen sind, aber kaum Ressourcen haben, um die Auswirkungen zu verhindern oder abzumildern<sup>2</sup>. Für das Jahr 2050 werden bereits 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert.

### **Der Umgang der EU mit Geflüchteten**

In die USA und die EU bzw. die reichen Industriestaaten fliehen nur wenige der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen: Mehr als vier von fünf Geflüchteten leben in sogenannten Entwicklungsländern. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Trotzdem schottet sich die EU immer mehr gegen Flucht und Migration ab. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um ihre Außengrenzen durch Mauern und Zäune gegenüber Geflüchteten zu befestigen und die Außengrenzen hermetisch abzuriegeln.

Seit 1999 wurde in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und dem gemeinsamen Europäischen Asylsystem beschlossen, die Asyl- und Flüchtlingspolitik zu vereinheitlichen.

Aber anstatt sich auf die Entlastung der Länder an den Außengrenzen, faire Asylverfahren und die Verteilung von Geflüchteten zu verständigen, wurden mit dem Dublin III-Abkommen geregelt, dass die Einreiseländer für die Asylverfahren zuständig sind.

Die EU-Regelung schiebt damit die Verantwortung an EU-Randstaaten – das sind vor allem die Mittelmeerlande – ab. Diese Länder werden wegen Überlastung motiviert, Flüchtlinge an den Grenzen abzuwehren oder sie so schlecht zu behandeln, dass sie in andere EU-Staaten weiterfliehen. Flüchtlinge irren durch Europa, versuchen in anderen Ländern Asyl zu beantragen und werden hin- und hergeschoben und häufig in die Erstaufnahmeländer zurückgeführt. Für Flüchtlinge bedeutet Dublin III Elend und Abschiebungen und die Aufhebung des Grundrechts auf Asyl. Für das Sterben an Europas Außen- und Binnengrenzen ist die Flüchtlings- bzw. Abschottungspolitik der EU verantwortlich.

Mit dem Türkei-Deal 2016 gilt für die Geflüchteten, die über die Türkei nach Griechenland fliehen, die Inhaftierung in Lagern und die Rückführung in das angeblich sichere Drittland Türkei. In von der EU finanzierten Unterbringungslagern werden Schutzsuchende festgesetzt, registriert und einem Screening unterzogen. Diese Lager sind seit Beginn völlig überfüllt, die Infrastruktur ist häufig zusammengebrochen. Der Brand im Lager Moria auf der Insel Lesbos hat die katastrophalen Bedingungen dramatisch aufgezeigt. Nach dem Brand sollte alles besser werden. Nun wurden

Closed Controlled Access Centers (CCAC) – „Geschlossene Zentren mit kontrolliertem Zugang“ gebaut. Die weit von den urbanen Zentren der Inseln entfernten CCACs sind eher Hochsicherheitsgefängnisse.

Das gemeinsame Abschottungssystem wurde nun im Juni 2023 von den EU-Innenminister\*innen im EU-Innenrat perfektioniert. Es wurden neue Grenzverfahren beschlossen. Das Dublin-System bleibt weiter bestehen. Alle Geflüchteten, die es in die EU geschafft haben, sollen an den EU-Außengrenzen in Lagern nach dem Vorbild Griechenlands festgesetzt werden. Dort soll geklärt werden, ob sie überhaupt ein reguläres Asylverfahren erhalten. Ziel dieser neuen Grenzverfahren ist es, möglichst viele Geflüchtete bereits bei der Einreise abzuweisen. Wer aus einem angeblichen sicheren Herkunftsstaat kommt oder durch Staaten gereist ist, die als „sicherer Drittstaat“ eingestuft sind, hat kaum noch Chancen auf ein individuelles Asylverfahren. Es wird ein rechtliches Konstrukt der „Fiktion einer Nichteinreise“ konstruiert, um das Grundrecht auf Asyl auszusetzen. Der überwiegenden Mehrheit der Ankommenden wird damit die Möglichkeit genommen, das Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen und ein Asylverfahren zu durchlaufen.

Die EU-Innenminister haben mit der Einigung auf diese Verfahren rechte Forderungen erfüllt. Die Rufe nach der Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten nehmen seither zu. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung stand noch: „Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen, oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden.“ Inzwischen hat die Ampel-Koalition der Asylrechtsreform zugestimmt. Das Festsetzen von Schutzsuchenden in Lagern wird aber nicht dazu führen, dass weniger Menschen sich auf die Flucht begeben und versuchen nach Europa zu kommen. Fluchtursachen sind damit nicht beseitigt. Eine aktuelle Studie<sup>3</sup> belegt, dass es keine Verbindung gibt zwischen lebensrettenden Aktionen im Meer und der Zahl der Menschen, die auf diesem Weg versuchen, nach Europa zu kommen. Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund der Lage in ihrem Herkunftsland, auch wenn die Wege gefährlich sind.

### **Frontex: Militärische Sicherung der Außengrenzen der EU**

Neben der Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) soll nach den Vorstellungen der Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen die europäische

Grenzagentur Frontex weiter aufgerüstet werden. Die Grenzschutzagentur Frontex ist seit 2005 für den militärischen Grenzschutz der EU-Außengrenzen zuständig und wurde im Laufe der Jahre mit immer neuen Kompetenzen und Mitteln ausgestattet. Das Budget der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ist in den Jahren zwischen 2005 und 2023 stark angestiegen. Im Jahr 2005 betrug das Budget sechs Millionen Euro, im Jahr 2023 lag es bei 845 Millionen Euro.<sup>4</sup>

Einen Sprung machte der Etat nach dem Sommer der Migration 2015 von 142 auf 254 Millionen Euro und seitdem sind der Aufrüstung kaum noch Grenzen gesetzt. Seit 2016 darf Frontex eigene Fahrzeuge, Flugzeuge und Drohnen anschaffen. Seit 2019 wird eine sogenannte „Ständige Reserve“ mit 10 000 Beamt\*innen aufgebaut. Sie besteht derzeit aus rund 2 000 Mitstreiter\*innen und soll bis 2027 vollständig rekrutiert sein und ist direkt dem Hauptquartier von Frontex in Warschau unterstellt. Diese „Ständige Reserve“ ist eine eigenständige Polizeitruppe und soll an den EU-Außengrenzen eingesetzt werden und eigenständig Abschiebungen organisieren. Zudem betreut sie eine riesige Datenbank für Reisende aus Drittstaaten.

Für die Umsetzung der EU-Abschottungspolitik wird viel Technologie benötigt. Diese liefert die Rüstungsindustrie. Sie verdient zum einen an der Aufrüstung der EU- und NATO-Staaten und durch Rüstungsexporte in Konflikt- und Krisengebiete weltweit. Die Menschen, die vor Kriegen und Konflikten fliehen, werden durch NATO-Stacheldraht, Drohnen, Satellitenbilder, Wärmebildkameras, biometrische Anwendungen und KI-basierte Auswertungsdaten an der Einreise in die EU gehindert. Die Rüstungsindustrie erforscht und entwickelt neue Werkzeuge und verkauft diese an Frontex und nationale Grenzpolizeien.

Mit Drohnen wird dann vor den Seegrenzen weit vor der EU nach Flüchtenden gesucht. Aber nicht um die Daten an Boote für Rettungsmissionen weiterzugeben, sondern z. B. an die libysche Küstenwache. Die libysche Küstenwache wurde von der EU für die Grenzkontrolle ausgerüstet und ausgebildet und führt Schutzsuchende widerrechtlich mit Push Backs teilweise unter Einsatz von Schusswaffen nach Libyen zurück. Durch die Luftüberwachung durch Drohnen wird die Grenzüberwachung in Hoheitsgewässer außerhalb der EU verschoben. Die libyschen Gefängnislager für Geflüchtete sind berüchtigt, die Lebensbedingungen unerträglich und die Küstenwache ist in den Sklavenhandel verwickelt.

Deshalb weichen immer mehr Flüchtlinge nach Tunesien aus und versuchen von dort mit Booten über das

Mittelmeer Italien zu erreichen. Auch aus Tunesien fliehen aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs immer mehr Menschen. Nach mehreren Besuchen von Vertretungen aus der EU und zähen Verhandlungen erreichte die EU im Sommer 2023 einen Vertrag mit Tunesien zur Migrationskontrolle. Tunesien verpflichtet sich, keine Ansiedlung von illegalen Migranten zu dulden und seine eigenen Grenzen zu schützen. Dazu gehört ein System zur Identifizierung und Rückführung in ihre Heimatländer auch von schon in Tunesien lebenden Migrant\*innen. Operationen zur Suche und Rettung auf hoher See sollen effizienter werden.

So verschiebt die EU die Grenzkontrollen zunehmend in Nicht-EU-Länder. Geflüchtete sollen abgefangen und daran gehindert werden, in die EU zu gelangen und dort Asyl zu beantragen. Damit das alles noch den Anschein von Rechtsstaatlichkeit hat, werden diese Länder als „sichere Drittstaaten“ eingestuft. Allein diese Einstufung ist ein Hohn. Die angeblich menschenrechtsbasierte Außenpolitik der EU ist an Zynismus nicht zu überbieten.

Dass es auch anders geht, zeigt der Umgang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine. Seit Beginn des Krieges um die Ukraine ist ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung auf der Flucht. Über fünf Millionen Menschen sind innerhalb des Landes Binnenflüchtlinge. Über 8,2 Millionen leben in europäischen Staaten als Flüchtling. 5,1 Millionen sind ohne Asylverfahren im Rahmen der sog. „Massenzustrom-Richtlinie“ in der EU registriert. Das bedeutet, sie bekommen vorübergehenden Schutz sowie eine Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sozialleistungen, medizinischer Versorgung und Bildung. Dieser Aufenthaltsmöglichkeit galt erst mal für zwei Jahre und soll nach Ankündigung von Frau von der Leyen bis 2025 verlängert werden.

Große Probleme bei ihren Anträgen auf Asyl haben bisher Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und auch aus der Ukraine. Männern aus der Ukraine ist die Ausreise verboten und ihnen wird in der Ukraine das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verweigert bzw. sie landen im Gefängnis. Aus Russland und Belarus flüchten viele vor dem Kriegsdienst und ihnen wird häufig das Recht auf Asyl verweigert. Sie sollen beweisen, dass sie vor einer Einberufung geflohen sind. Die meisten warten aber die Einberufung nicht ab. Mehr als 150 000 russische Militärdienstpflichtige und Deserteure lehnen den Angriffskrieg ab und sind in Nachbarländer geflohen. Auch schätzungsweise 22 000 belarussische Militärdienstpflichtige haben ihr Land verlassen, weil sie sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle

müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. Notwendig sind sichere Wege und eine klare Regelung bzw. das Grundrecht auf Asyl muss für alle Menschen, die aus ihrem Land fliehen, gelten.

Es wird Zeit, Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Eine Voraussetzung ist der Stopp aller Rüstungsexporte. Aber vor allem eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik, die aufhört die Ressourcen der Länder des Südens auszubeuten und diese durch Schulden und Freihandelsabkommen in immer neue Abhängigkeiten zu treiben. Bis es soweit ist, brauchen Flüchtlinge sichere Fluchtwege. Menschen brauchen das Recht zu kommen, das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen.

**Inge Höger** ist Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL, frühere Landessprecherin der LINKEN in NRW

Dieser Beitrag wurde übernommen aus „aufmüpfig“, Magazin der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN, Oktober 2023, Weitere Informationen: [antikapitalistische-linke.de](https://antikapitalistische-linke.de)

**1** <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/klimawandel>

**2** <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/klimawandel>

**3** <https://www.nature.com/articles/s41598-023-38119-4>

**4** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1172183/umfrage/budget-der-europaeischen-agentur-fuer-die-grenz-und-kuestenwache-frontex/>.



# FESTUNG EUROPA

Auch wenn der Anlass zu dem folgenden Artikel zurückliegt, wird die Migration angesichts der sich verschärfenden multiplen Krise weiter zunehmen und wird der hier skizzierte Ausbau Europas zu einer Festung gegen Flüchtlinge fortschreiten.

■ **Galia Trépère**

In der Nacht zum 13. September kamen mehr als 7000 Migrant\*innen von den Küsten Tunesiens und Libyens auf der kleinen italienischen Insel Lampedusa an. Die von Einwohnern und Freiwilligen verteilten Lebensmittel und Kleidung reichten nicht einmal aus, um die Mindestbedürfnisse der erschöpften und ausgehungerten Neuankömmlinge zu befriedigen. Der Bürgermeister von Lampedusa rief am selben Abend den Notstand aus und forderte vom italienischen Staat und den europäischen Ländern „Unterstützung und schnelle Transfers auf das Festland“.<sup>1</sup>

Im Juni starben mehr als 650 Migrant\*innen beim Untergang des Fischkutters, der sie vor der griechischen Küste transportierte, und auf Lampedusa ertrank ein fünfjähriges Kind. Seit Jahresbeginn kamen fast 120 000 Menschen an der italienischen Küste an und 2325 starben oder wurden im Mittelmeer vermisst, als sie versuchten, Europa zu erreichen, um der Hölle ihres Landes zu entfliehen.

Die schrecklichen Katastrophen, die sich in den letzten 15 Tagen in Marokko und Libyen ereignet haben, die Kriege in der Sahelzone und in Subsahara-Afrika, das Elend und die Hungersnöte, die durch die Folgen des Krieges in der Ukraine verschlimmert werden, die Verschärfung der Wirtschafts- und Klimakrise treiben Hunderttausende Frauen, Männer und Kinder dazu, die schlimmsten Gefahren auf sich zu nehmen und ihr Leben zu riskieren, um ins Exil zu gelangen. Für die herrschenden Klassen in Europa geht es jedoch, sobald die Pflichtübung geheuchelten Mitleids absolviert ist, nur noch darum, „die Grenzen zu schützen“ und ihre Ordnung zu verteidigen, die Ordnung der multinationalen Konzerne, die hemmungslose Ausbeutung von Mensch und Natur, die den Planeten verwüstet,

allen voran ihre ehemaligen Kolonialbesitzungen, die immer noch und immer wieder in Unterentwicklung und Elend zurückgeworfen werden, wie zu Zeiten der alten Kolonialreiche.

## **Statt Mauern, Stacheldraht und Auffanglager ...**

„Das Wichtigste ist nicht, die Migranten umzusiedeln, sondern sie daran zu hindern, Afrika zu verlassen“, erklärte Italiens rechtsextreme Regierungschefin Meloni gleich zu Beginn, während ihr Kollege und politischer Verbündeter Salvini beklagte: „Diese Migrationswelle ist ein Akt des Krieges.“

Die französische extreme Rechte nutzte die Gelegenheit, um ihre Kampagne für die Europawahlen zu starten. Bardella, der künftige Spitzenkandidat des RN [Rassemblement National], forderte Macron auf, sich zu verpflichten, dass „Frankreich keinen einzigen Migranten aufnimmt“. Marion Maréchal, die die Liste von Reconquête [„Rückeroberung“, eine von E. Zemmour gegründete rechtsextreme Partei, AdÜ] anführen wird, sprach ebenso wie ihre Tante Le Pen von einer „Überflutung“. „Angesichts der Dringlichkeit“, tönte der Fraktionschef der Republikaner Ciotti, „fordern wir den Präsidenten der Republik auf, bis Ende des Jahres ein Referendum über die Einwanderung abzuhalten“.

Die extreme und reaktionäre Rechte, die die Tragödie der Flüchtlinge für ihre fremdenfeindliche und rassistische Demagogie instrumentalisieren und Angst und Vorurteile schüren, überbieten nur die Politik, die die Staaten der Europäischen Union ohnehin bereits umsetzen. Macron sagt auch nichts anderes: „Europa muss seine Grenzen

besser schützen. Es muss diese Ausreisen vom afrikanischen Kontinent und aus dem Nahen Osten stärker verhindern.“<sup>2</sup>

Genau diese Schließung der europäischen Grenzen verursacht diese Tragödien, denen die Flüchtlinge zum Opfer fallen, denn sie haben keine andere Wahl, als auf illegale Mittel und skrupellose Schlepper zurückzugreifen. Zwölf europäische Staaten haben bereits 2000 Kilometer Mauern und Stacheldraht errichten lassen, um weitere Einreisen in ihr Hoheitsgebiet zu verhindern. Und vor allem hat die Europäische Union das harte Durchgreifen gegen Migrant\*innen scheinheilig an Staaten wie die Türkei, Marokko, Tunesien, Libyen und Mauretanien delegiert. Exilbewerber\*innen aus Subsahara-Afrika sind dort schlimmsten Übergriffen ausgesetzt, und in Tunesien kam es zu regelrechten rassistischen Pogromen, die von der Regierung angezettelt wurden.

Das von den EU-Minister\*innen diskutierte „Migrations- und Asylpaket“ sieht den Bau von Auffanglagern an den Außengrenzen der EU für 30 000 und längerfristig 100 000 Personen vor, um all jene, die kein Asyl erhalten – die überwiegende Mehrheit –, in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Es sieht auch eine Verschärfung des Dubliner Übereinkommens vor, nach dem das erste Land, in dem ein Flüchtling in Europa ankommt, dafür zuständig ist, wodurch die Hauptlast der Aufnahme von Flüchtlingen auf die Länder der „ersten Reihe“ – Spanien, Italien, Griechenland, Zypern und Malta – verlagert wird. Die herrschenden Klassen in Europa kennen nur ihre nationalen Interessen, auch wenn sie in der EU verbündet sind.

### ... eine Welt ohne Grenzen und Kapitalismus

Anders als uns die reaktionären Demagog\*innen mit ihren Verschwörungsmärchen glauben machen wollen, trotzen Hunderttausende von Frauen, Männern und Kindern den Gefahren ihres Exils nur deshalb, weil sie keine andere Wahl haben. Die uneingeschränkte Herrschaft des globalisierten Kapitalismus und die daraus resultierenden multiplen Krisen – Verschärfung der wirtschaftlichen Konkurrenz und der militärischen Spannungen und Kriege, Wirtschafts- und Klimakrisen, zunehmende Unterdrückung – machen die Situation der Flüchtlinge in ihren Ländern untragbar.

Der Kampf der Migrant\*innen für die Verteidigung ihrer Rechte, des Rechts auf Freizügigkeit und freie Niederlassung, für die Regularisierung aller Menschen ohne Ausweispapiere, ist dem Inhalt nach subversiv und emanzipatorisch, weil dadurch die Fundamente des kapitalistischen Privateigentums – Grenzen und Nationalstaat – in Frage gestellt werden.

Diese Nationalstaaten sind von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung überholt worden, von der Entstehung einer Weltwirtschaft, die auf der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den Völkern und dem freien Kapital- und Warenverkehr beruht.

Und genau diese historisch überholten Klassenstrukturen, die keine andere Funktion haben, als die Interessen der herrschenden Klassen und der Privilegierten im Widerspruch zum Fortschreiten der Technik und der Kultur zu verteidigen, sind die grundlegende Ursache für die Übel, unter denen die gesamte Menschheit leidet.

Die Migrant\*innen sind nicht bloße Opfer der reaktionären und fremdenfeindlichen Demagogie, sondern Teil des internationalen Proletariats, das um seine Existenzbedingungen kämpft – ein Kampf, der die institutionellen und ideologischen Pfeiler der etablierten Ordnung, die Nation und den Nationalismus, untergräbt und an einen Humanismus appelliert, der auf internationaler Solidarität beruht. Ihre Forderungen, ihr Kampf sind die Forderungen aller Arbeiter\*innen: Für die Öffnung der Grenzen, für die Umwälzung der sozialen Verhältnisse auf globaler Ebene, um die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und nicht mehr den Bereicherungstrieb einer winzigen, parasitären Minderheit.

Diese Forderungen sind keine Wünsche für die ferne Zukunft, sondern entsprechen den unmittelbaren Bedürfnissen, die der Bankrott des Kapitalismus erfordert. Sie sind die Antwort auf die demagogischen Zaubersprüche, die sich keine andere Antwort als polizeiliche oder militärische Mittel vorstellen können, und bloß für weitere Spannungen und Dramen sorgen, um die Privilegien einer überholten Klasse zu verteidigen.

aus: *Démocratie révolutionnaire* vom 17.09.2023

Übersetzung: MiWe

**1** Lampedusa verfügt mit seinen 6000 Einwohnern über ein Auffanglager für lediglich 400 Personen und ist auf einen schnellen Transit angewiesen, da die Forderungen nach mehr Mittel von Staat und Regionalregierung ignoriert wurde [AdÜ].

**2** In der BRD hetzen natürlich gleichfalls nicht nur die Rechten gegen „unkontrollierte Zuwanderung“, auch für die Sozialdemokratie gehören „zu einem Teil“ auch „hohe Zäune und Mauern“ an den Außengrenzen zur europäischen Asylpolitik [AdÜ].

# DIE EU-POLITIK VERMEHRT DIE FLUCHTURSACHEN

---

Von kapitalistischen Staaten zu erwarten, dass sie den Klimawandel stoppen (oder zumindest bremsen), hieße, den Bock zum Gärtner zu machen. Genauso verhält es sich mit ihren angeblichen Bemühungen, die Ursachen der Migration zu beseitigen oder zu mindern.

■ **Jakob Schäfer**

---

Die wesentliche Achse der EU-Politik zur Abwehr von Flüchtlingen (siehe auch den Artikel von Inge Höger in diesem Heft der *internationale*) besteht in der Verschärfung der Abschottungsmaßnahmen (etwa dem Ausbau von Frontex) sowie in der Kasernierung von Flüchtlingen. So sollen jetzt in Italien Auffangzentren zu Militärstützpunkten ausgebaut werden, Flüchtlinge sollen bis zu 18 Monate lang festgehalten werden, neue Strukturen sollen an Orten mit geringer Bevölkerungsdichte aufgebaut werden ... Ergänzt wird dieses politisch-polizeiliche Maßnahmenbündel durch eine Abschreckungsstrategie in den Aufnahmezentren selbst (schlechte Versorgung, kein Kontakt zur Außenwelt und zu Anwälten oder Hilfsorganisationen usw.) sowie durch Rückführungsabkommen, egal wie autoritär das jeweilige Regime ist.

„Ein Blick auf die Erfahrungen afrikanischer Staaten mit Flucht und Vertreibung zeigt, dass die wahre ‚Flüchtlingskrise‘ sich schon seit Jahrzehnten in Afrika und nicht in Europa abspielt.“<sup>1</sup> Doch das kümmert die Herrschenden in der „Wertegemeinschaft des Westens“ nicht im Geringsten. Vor allem (aber nicht nur) in Wahlkampfzeiten übertreffen sie sich jeweils gegenseitig mit Maßnahmen und Vorschlägen zur „Eindämmung“ der Flüchtlingsströme und scheuen sich nicht, die allerniedrigsten Menschenrechtsstandards zu missachten. Statt also den Menschen humanitäre Hilfe zu gewähren, werden diese Menschen (nicht zuletzt mit der brutalen Politik der „Push-Backs“

durch Frontex) wissentlich in den Tod getrieben. Diese Politik ist so menschenverachtend, dass sogar der UN-Vorsitzende entsetzt ist und der Papst bei seinem Besuch in Marseille das Mittelmeer als „mare mortuum“, ein „Grab menschlicher Würde“, bezeichnete.

## **Fluchtursachen sind vielfältig**

Kein Mensch verlässt ohne Grund seine Heimat und nimmt die ständig größer werdenden Risiken einer Migration nach Europa auf sich. Für die Flucht ausschlaggebend sind vor allem: a) der sich zuspitzende Klimawandel, der vor allem der bäuerlichen Bevölkerung jegliche Existenzgrundlage entzieht; b) autoritär und diktatorisch Regierende in einer wachsenden Zahl von Ländern; c) ethnische Konflikte (die vor dem Hintergrund einer insgesamt sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage ihre Zuspitzung erfahren); d. die wirtschaftliche Lage der Gesamtbevölkerung.

All diese Faktoren treffen auf sämtliche Regionen zu, aus denen sich heute Menschen auf die Flucht begeben, in Lateinamerika in Richtung Nordamerika und von Afghanistan bis Afrika in Richtung Europa. Es zeugt von der Verlogenheit der Herrschenden (allen voran ihrer politischen Vertretung), dass sie bei ihrem Schwadronieren gegen die Migration kein Wort über die Verantwortung des Imperialismus verlieren, weder über die historische Schuld noch über die ihrer aktuellen Politik. Stattdessen werden

Fluchthelfer (die sogenannten „Schleuser“) durchweg als Kriminelle behandelt. Von all den oben genannten Faktoren ist der wirtschaftliche der mit Abstand bedeutendste, er ist struktureller Natur und nicht von der Existenz dieses oder jenes augenblicklichen Regimes in den betroffenen Herkunftsländern abhängig. „Räumlich gesehen ist absolute Armut ein Phänomen des Globalen Südens“, sagt Antje Bruns. Sie ist Professorin für Nachhaltige räumliche Entwicklung in Trier. [...] Und für Bruns steht fest: Armut ist „eng mit der Kolonialgeschichte verwoben“. Die Länder des globalen Südens wurden vom 16. bis 20. Jahrhundert von Europa versklavt und ausgebeutet, ihre Rohstoffe geplündert.“<sup>2</sup>

Auch im Neoimperialismus leiden diese Länder unter der „Artillerie der billigen Waren“ (Trotzki). In einer Welt des Freihandels haben sie keine Chance, eine eigene Industrie aufzubauen. Dort, wo solche Betriebe im Globalen Süden (mit der Ausnahme der sogenannten Schwellenländer) angesiedelt wurden, mussten sie in aller Regel nach kurzer Zeit dichtmachen. Vor diesem Hintergrund treffen die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) vor allem die Länder mit der schwächsten Wirtschaft. Sie sind laut Weltbank extrem arm, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskommen muss. Das trifft auf zehn Prozent der Weltbevölkerung zu.

### Die EU verschärft die Lage dieser Länder

Die ehemaligen europäischen Kolonialmächte hatten (im Gefolge der antikolonialen Befreiungskämpfe) ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und in den Pazifikstaaten (AKP-Staaten) seit 1963 Zollfreiheit gewährt. Verbunden mit der Möglichkeit, dass diese Länder ihre Wirtschaft mit Zöllen schützen konnten, wurden die darauf basierenden „Lomé-Abkommen“ (I bis IV) und das darauffolgende Cotonou-Abkommen als ein Zugeständnis an die ehemaligen Kolonien bezeichnet (die AKP-Staaten mussten ihre eigenen Märkte nur wenig öffnen). Die WTO erklärte allerdings im Jahr 2000 diese „einseitige“ Marktöffnung für rechtswidrig.

Was konnte den europäischen Imperialismen Besseres passieren? Sie hätten zwar weiterhin mindestens den afrikanischen Staaten (im Grunde allen 77 AKP-Staaten) den zollfreien Zugang von Waren aus diesen Ländern gewähren können (ergänzt durch eigene Exportbeschränkungen), aber der internationale Konkurrenzkampf ließ sie dies als nicht erstrebenswert erscheinen, nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Expansion Chinas. So er-

klärte die EU, an die Vorgaben der WTO „gebunden“ zu sein, und verhandelt seit 2002 vor allem mit den Ländern der drei regionalen Wirtschaftsgemeinschaften Afrikas (das sind in Westafrika „ECOWAS“, in Ostafrika „EAC“ und im südlichen Afrika „SADC“) über neue Handelsbeziehungen. Um diese regionalen Handelsunionen nicht aufzubrechen, haben auch die ärmsten Länder dieser Regionen (die sogenannten LDC<sup>3</sup>) sich bereit erklärt, mitzumachen.

Die EU-Kommission will mit den sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA, engl. Economic Partnership Agreement, EPA) langfristig einen weitgehenden Freihandel zwischen der EU und Afrika durchsetzen. Die Abkommen sehen vor, dass die afrikanischen Staaten schrittweise ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Produkte öffnen. Im Gegenzug behalten sie für 15 Jahre ihren zollfreien Zugang zum EU-Markt (was ihnen allerdings wenig nutzt). Danach fallen die Zollschranken auf knapp 20 Prozent. Mit anderen Worten: Die heute eh schon geringen wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen dieser Länder werden noch weiter abgebaut.

Dass dies die Lage der Menschen in diesen Regionen nur noch verschlimmert, ist den Forscher\*innen und den (eher wenigen) ernsthaften Journalist\*innen seit Jahren bekannt. So schrieb etwa Isabel Pfaff: „Fluchtursachen: Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht. Mit Geld für Entwicklungshilfe will Angela Merkel Fluchtursachen in Afrika bekämpfen. Doch ein Teil des Problems sind die Europäer selbst – und ihr Drang zum Freihandel. [...] Wenn Europa Afrika weiter zum Freihandel drängt, entwertet es die Hilfe, die es selbst gewährt – und schafft immer mehr Flüchtlinge. [...] In vielen Ländern des Kontinents sind die wirtschaftlichen Aussichten bis heute zum Davonlaufen, selbst Menschen mit Hochschulabschluss finden nur schwer einen Job. Die frustrierenden Zustände treiben viele in die Flucht – und führen manchmal zu Gewalt, was noch mehr in die Flucht schlägt. Das ist zwar nicht flächendeckend so, aber schon einige afrikanische Länder reichen aus, um die Flüchtlingsboote in Libyen zu füllen. Achtzig Prozent der Flüchtlinge, die 2016 in Italien landeten, kommen aus nur zehn afrikanischen Staaten, die meisten aus Nigeria, Eritrea, dem Sudan und Gambia. [...] Freihandel zwischen ungleichen Partnern ist ungerecht. [...] Die neuen Abkommen zwischen Europa und Afrika würden diese Situation noch verschärfen.“<sup>4</sup>

Aber auch die Regierungsverantwortlichen wissen von der Logik und den Folgen ihrer Politik. Kenia (das Land



gehört zur ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft) hatte sich zunächst geweigert, das WPA zu unterzeichnen. Die EU verhängte deshalb 2014 für drei Monate Einfuhrzölle auf kenianische Produkte. Unter diesem Druck unterzeichnete das Land schließlich doch. Merkels Afrika-Beauftragter Nooke antwortete auf die Frage, ob das Land eine Wahl hatte: „Nein, so wie wir das von der EU-Kommission gehandhabt haben, da gab es keine Wahl. Wir haben ihnen ja keine Option geöffnet, wie sie den Zugang zu Europa behalten, ohne die WPA zu unterzeichnen.“<sup>5</sup>

„Boniface Mabanza: Die Länder Afrikas brauchen die EPAs nicht. Man sollte sie einfrieren – keine neuen Verhandlungen, keine Vertiefung. In 10, 15 Jahren könnten die EU und die afrikanischen Länder dann evaluieren, auf welcher Grundlage sie ihre Beziehungen weiterführen. Bis dahin wäre es noch möglich, eine Ausnahmeregelung bei der Welthandelsorganisation zu bekommen ...“ (taz v. 5.4.2023)

Doch damit nicht genug. In der öffentlichen Debatte (zumindest unter Politikern und in den Mainstream-Medien) wird eine andere Dimension vollkommen ausgeblendet. Nicht nur können sich die betroffenen Länder – u. a. aufgrund des Freihandels – keine eigene Industrie aufbauen. Sie leiden auch noch unter Agrarexporten aus der EU. Die EU subventioniert die hiesige Agrarwirtschaft jährlich mit 70 Mrd. Euro. „Außerdem müsse Dumping durch europäische Unternehmen zuerst vor einem WPA-Ausschuss bewiesen werden. Das sei nur sehr schwer möglich: ‚Deswegen haben es Entwicklungsländer noch nie geschafft, ein Industrieland vor der WTO zu verklagen‘“, so Marí. „Man müsste quasi die Businesspläne deutscher Schlachthäuser nach Afrika geben und nachrechnen, ob das wirklich Dumping ist.“<sup>6</sup>

In der Vergangenheit wurde in der Presse wenigstens ab und zu mal über die Fischereiabkommen der EU mit den Ländern Westafrikas berichtet.<sup>7</sup> Greenpeace schreibt dazu:

„Das Fischen außerhalb Europas ist für die EU-Flotten legal, soweit Fischereiabkommen bestehen. Derzeit bestehen 16 Abkommen zwischen der EU und außereuropäischen Staaten, sieben davon mit westafrikanischen Staaten. Diese sind weder ökologisch nachhaltig noch fair. Die großen Trawler plündern die Fischgründe oft mit zerstörerischen Methoden. Und beim Verkauf einer Fischereilizenz erhalten die afrikanischen Staaten keinen angemessenen Gegenwert für ihren Fisch. Meist wird der Fang nicht mal in Afrika weiterverarbeitet, was immerhin ein paar Arbeitsplätze schaffen und dem Land durch den Export der

Ware einen höheren Gewinn bescheren würde. Auch in den Abkommen vereinbarte ‚Entwicklungsmaßnahmen‘ wie die Instandsetzung von Häfen in den kleinen Fischerdörfern werden offenbar nicht umgesetzt. Die afrikanische Küstenbevölkerung hat also fast nichts vom Ausverkauf ihrer Speisekammer.

Ein Problem sind auch direkte Abkommen zwischen privaten afrikanischen und europäischen Fischereiuunternehmen. Dadurch fahren zum Beispiel spanische Trawler unter afrikanischer Flagge. So sind offiziell weniger EU-Trawler unterwegs und verfälschen die Statistiken.“<sup>8</sup>

Nach zahlreichen Protesten wurden zwar die Fischereiabkommen der EU mit diesen Ländern aufgebessert. Wesentlicher Inhalt ist die Ausdehnung der Schutzzonen. Doch erstens sind diese gesamten Gewässer durch die industriellen Fischfangflotten schon stark dezimiert, sodass in den Schutzzonen der Bestand gegenüber 1960 um über die Hälfte zurückgegangen ist. Und zweitens verletzen Fischfangschiffe der EU und anderer imperialistischer Staaten immer wieder die Schutzzonen. Es wird eben kaum kontrolliert und nie sanktioniert.

„Uns nannte man Piraten“, sagt Sall [ein Fischer, der 2015 zwei Kapitäne aus der EU kidnappte, die in der senegalesischen Schutzzone verbotenerweise fischten] ... ‚Doch ihr Ausländer seid die Piraten, denn ihr fischt unser Meer leer.‘ [...] Sie [die Fischer des Senegals] konkurrieren mit großen Industriebooten, die in einer Woche so viel fangen wie ein senegalesischer Kleinfischer in einem Jahr, wie ein Fachjournal kürzlich berechnete. In Joal verdienen 90 Prozent der Bewohner ihr Auskommen mit dem Fischfang, im gesamten Land ist es immerhin jeder Fünfte.“<sup>9</sup>

### Schlussfolgernd

Das gesamte Geschrei aller Systemparteien (in Deutschland sind dies vor allem die Bundestagsparteien außer der LINKEN) ist verlogen. Sie verfolgen mit ihrer inhumanen, imperialistischen Flüchtlingspolitik einzig und allein das Ziel, von der Verantwortung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und im Besonderen der EU abzulenken. Von diesen Parteien ist schon deswegen keine Änderung der Politik zu erwarten, weil sie alle von diesem System profitieren. Sie sitzen an den Trögen der Macht im Globalen Norden und verteidigen das imperiale Leben in einer imperialen Weltordnung. Traurig ist allerdings, dass die Partei DIE LINKE dem keine systemische Kritik gegenüberstellt.<sup>10</sup>

Umso größer also die Bedeutung der antirassistischen und der Flüchtlingshilfsorganisationen. Sie leben vor, was

Che Guevara uns gelehrt hat: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“

1 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz-dossiers/265328/die-wahre-fluechtlingskrise-flucht-und-vertreibung-in-afrika/>

2 <https://www.quarks.de/gesellschaft/sind-andere-laender-arm-weil-wir-reich-sind/>

3 Zu den Least Developed Countries (LDCs, den am „wenigsten entwickelten Ländern“) gehören heute nach Angaben der UN weltweit 46 Länder.

4 Süddeutsche Zeitung, 15. Oktober 2016: <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluchtursachen-fairness-statt-hilfe-1.3205686>

5 <https://www.dw.com/de/eu-freihandel-mit-afrika-unfairer-deal/a-37073640>

6 Ibid. Francisco Marí ist Referent für Handelspolitik beim evangelischen Hilfswerk Brot für die Welt.

7 So etwa in der Süddeutschen Zeitung vom 6.3.2019: „Senegal: Wie die EU Fischern die Lebensgrundlage nimmt.“ <https://www.sueddeutsche.de/politik/fischerei-senegal-eu-1.4349248>

8 <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/meere/fischerei/fremdfischen-afrika>

9 <https://www.sueddeutsche.de/politik/fischerei-senegal-eu-1.4349248>

10 Zur Erläuterung siehe den Artikel von Thies Gleiss: „Zum Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN zur Europawahl 2024“ <https://antikapitalistische-linke.de/?p=4724#more-4724>



## Neu bei ISP



John Bellamy Foster Michael Löwy  
Jess Spear Daniel Tanuro Christian  
Zeller

### Ökosozialismus

Positionen des klassischen Marxismus  
Debatten heute

168 Seiten, 17,80 €  
2023, ISBN 978-3-89 900-159-4

Die ökologische Krise schreitet immer rascher voran. Die Erderwärmung ist nach einem neuen Bericht des Weltklimarates bereits um 1,1°C gestiegen, das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels wird immer schwieriger. Können wir hinsichtlich möglicher Alternativen von den Klassikern des Marxismus noch etwas lernen? Wie kann der Stoffwechsel Mensch-Natur ohne große Zerstörungen gestaltet werden? Und wie steht es um gegenwärtig diskutierte Ansätze wie »Degrowth« oder den »linken Green New Deal«? Zu diesen Fragen enthält das Buch Beiträge von *John Bellamy Foster, Michael Löwy, Jess Spear, Daniel Tanuro* und *Christian Zeller*, die für eine ökosozialistische Alternative zur Klimakatastrophe und zum »grünen Kapitalismus« plädieren.

## Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# MONEY MAKES THE WORLD GO ROUND

Seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 haben die Banken der fossilen Brennstoffindustrie rund 3,2 Billionen Dollar zur Verfügung gestellt, um ihre Geschäfte auszubauen.

■ **Dharna Noor**

Einem neuen Bericht zufolge stecken Banken Billionen von Dollar in den Ausbau der emissionsintensivsten Industrien im globalen Süden. Die Entwicklungsländer sind von der Klimakrise am stärksten betroffen, haben aber nicht die Mittel, um Klimaschutzpläne zu verabschieden. Daher benötigen sie Billionen von Dollar an Hilfe, um ihre Wirtschaft zu dekarbonisieren und sich an den Klimawandel anzupassen. Stattdessen werden sie von den Finanzkonzernen dazu genötigt, gegenteilige Maßnahmen zu ergreifen, so die Analyse der internationalen Nichtregierungsorganisation ActionAid [von Anfang September].

„Sie erzählen, dass Geld die Welt am Laufen hält, tatsächlich aber wirft es sie zurück“, sagte Teresa Anderson, globale Leiterin für Klimagerechtigkeit bei ActionAid International, gegenüber Reportern. Für den Bericht arbeitete ActionAid mit Profundo, einem internationalen Unternehmen für Forschungs- und Beratungsdienstleistung zusammen, um Daten über die Kreditvergabe und -übernahme großer internationaler Banken an fossile Brennstoff- und Agrarkonzerne zusammenzustellen. Dabei kam heraus, dass diese Banken zwischen 2016 und 2022 etwa 3,2 Billionen Dollar an die fossile Brennstoffindustrie vergeben haben, um deren Aktivitäten im globalen Süden auszuweiten.

Zu den führenden Geldgebern für fossile Brennstoffe gehören chinesische Banken, die den Ausbau von Kohle, Öl und Gas im eigenen Land finanzieren. Führende US-

Banken wie Citigroup, Bank of America und JP Morgan Chase haben Saudi Aramco, Exxon und anderen Konzernen, die mit fossilen Brennstoffen arbeiten, Billionenbeträge für Investitionen im Bereich fossiler Brennstoffe in südamerikanischen und afrikanischen Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt.

In der gleichen Zeitspanne, so die Analyse, haben internationale Großbanken außerdem mindestens 370 Mrd. Dollar für die Expansion der industriellen Landwirtschaft im globalen Süden verliehen und gezeichnet. Die europäische HSBC und die US-amerikanischen Banken Bank of America, JP Morgan Chase und Citigroup sind dabei federführend und haben Milliarden von Dollar an Agrarmultis wie Bayer (das 2016 Monsanto übernommen hat), ADM, Cargill und ChemChina [zu der der Schweizer Konzern Syngenta gehört] vergeben.

Die industrielle Landwirtschaft ist weltweit der zweitgrößte Klimatreiber, was auf die Umweltverschmutzung durch die Produktion und den Einsatz von chemischen Düngemitteln, Methanemissionen aus der Viehzucht und die weit verbreitete Praxis der Rodung von Kohlenstoffsenken, um Flächen für landwirtschaftliche Betriebe zu gewinnen, zurückzuführen ist, so der Bericht. „Die industrielle Landwirtschaft hat sich irgendwie aus dem Rampenlicht herausgehalten, und wir sind der Meinung, dass sich das aus Klimaschutzgründen ändern muss“, so Anderson.

Die Untersuchung zeigt laut Anderson die Diskrepanz zwischen den öffentlichen Verlautbarungen der Finanz-

konzerne zum Klimawandel und ihrer Praxis. „Globale Banken geben oft öffentliche Erklärungen ab, dass sie sich mit dem Klimawandel befassen, aber das Ausmaß ihrer fortdauernden Finanzierung von fossilen Brennstoffen und industrieller Landwirtschaft ist einfach schwindelerregend“, sagte sie.

In einer separaten Analyse der US-Naturschutzorganisation Sierra Club, die am 30. August veröffentlicht wurde, wurde aufgedeckt, dass große globale Banken zwar Klimazusagen gemacht, aber dennoch die Kohleindustrie in den USA finanziert haben. Einige Banken haben ihre Klimapolitik in den letzten Jahren überarbeitet. Die Citigroup zum Beispiel hat im vergangenen Jahr Emissionsreduktionsziele für ihre Finanzierungsgeschäfte im Energiesektor festgelegt und sich verpflichtet, bis 2025 ähnliche Ziele für ihre Kreditvergaben im Agrarsektor zu verfolgen.

Gina Bartlett, eine Sprecherin der HSBC, sagte, die Bank habe ihre Politik zur Energiefinanzierung im Dezember revidiert. „Unsere aktualisierte Energierichtlinie beinhaltet, dass HSBC keine neuen Finanz- oder Beratungsdienstleistungen mehr für Projekte zur Erschließung neuer Öl- und Gasfelder oder damit zusammenhängender Infrastruktur in ökologisch kritischen Gebieten bereitstellen wird“, sagte sie und fügte hinzu, dass separate Richtlinien für Forst- und Agrarrohstoffe „eindeutig belegen, dass HSBC keine Finanzdienstleistungen für Kunden bereitstellen wird, die direkt oder über Lieferanten an der Abholzung von Wäldern beteiligt sind“.

Doch zwischen 2016 und 2022, so der Bericht, vergaben internationale Banken jährlich durchschnittlich 513 Milliarden Dollar insgesamt für fossile Brennstoffindustrien und industrielle Landwirtschaft. Diese enormen Summen übersteigen bei weitem den Betrag, den die Länder des globalen Nordens in die Länder des globalen Südens gesteckt haben, um ihnen bei der Senkung von Emissionen zu helfen und die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Im gleichen Zeitraum haben die Regierungen des globalen Nordens zusammen durchschnittlich nur 22,25 Milliarden Dollar pro Jahr ausgegeben, um internationale Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels bereitzustellen. Das zeigt, dass die treibenden Faktoren der Klimakrise weitaus mehr Unterstützung erhalten als die Lösungsansätze dafür, so die Analyse. „Weiteres Geld in fossile Brennstoffe zu investieren, macht wirklich keinen Sinn, wenn wir, wie die meisten von uns in dieser Welt, in dieser planetarischen Krise stecken“, sagte Farah Kabir, die die Lobbyarbeit von ActionAid in Bangladesch leitet.

Lorne Stockman, Forschungsdirektor bei der gemeinnützigen Organisation Oil Change International, die die Auswirkungen von Investitionen auf das Klima untersucht, hat nicht an dem Bericht mitgearbeitet, sagte aber, die Daten seien „gravierend“. „Viele Investitionen in fossile Brennstoffe könnten ohne die Finanzinstitute, die sie unterstützen, nicht getätigt werden“. Die ganzen Debatten über nachhaltige Investitionen und Entwicklung werden umsonst sein, wenn die Investitionen nicht umgelenkt werden, meint er.

Die Autoren des neuen Berichts fordern die Regierungen des globalen Nordens auf, die öffentlichen Zuschüsse für erneuerbare Energien, eine kohlenstoffarme, nachhaltige Landwirtschaft und Klimaanpassungsmaßnahmen in ärmeren Ländern zu erhöhen und auch die Vorschriften für den Finanzsektor zu verschärfen, um dadurch die Finanzierung umweltschädlicher Industrien zu verringern.

„Es ist dringend geboten, dass die Banken, die diese Krise unterhalten, damit aufhören, den Klimawandel zu finanzieren, und dass die Regierungen in die Gänge kommen, um schnell und gerecht verteilte Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise bereitzustellen, sagte Amerasinghe, Leiterin (siehe: <https://www.actionaidusa.org/news/actionaid-usa-announces-new-executive-director/>) von ActionAid in den USA.

Basav Sen, Direktor für Klimapolitik am Institute for Policy Studies, der nicht an dem Bericht mitgearbeitet hat, sagte, da der Bericht die Verantwortung der Banken für die zunehmende Förderung fossiler Brennstoffe und die Ausweitung der industriellen Landwirtschaft im globalen Süden quantifiziere, könne er auch dafür genutzt werden, um die Banken zur Rechenschaft zu ziehen. „Diese widersinnigen Finanzierungsmaßnahmen sollten bei der Berechnung der Reparationszahlungen berücksichtigt werden, die die reichen Länder dem globalen Süden schulden, um ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel gerecht zu werden“.

**Dharna Noor** berichtet für den *The Guardian* zum Themenbereich fossile Brennstoffe und Klima.

aus: *The Guardian* vom 4. September 2023

Übersetzung: MiWe



# NEUN THESEN ZU ÖKOSOZIALISTISCHEM DEGROWTH

■ Michael Löwy

**1.** Die ökologische Krise ist schon jetzt die wichtigste soziale und politische Frage des einundzwanzigsten Jahrhunderts und wird in den kommenden Monaten und Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Die Zukunft des Planeten und damit der Menschheit wird sich in den nächsten Jahrzehnten entscheiden. Wie das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC; dt. oft „Weltklimarat“) erklärt, besteht die Gefahr, dass ein unumkehrbarer und katastrophaler Klimawandel in Gang gesetzt wird, wenn die globale Durchschnittstemperatur den vorindustriellen Wert um 1,5 °C überschreitet. Was wären die Folgen? Um nur einige Beispiele zu nennen: die Vervielfachung von Megabränden, die einen Großteil der Wälder zerstören; das Verschwinden von Flüssen und die Erschöpfung der unterirdischen Wasserreserven; zunehmende Dürre und Versteppung des Bodens; das Schmelzen und Verschwinden des Polareises und der Anstieg des Meeresspiegels, was zur Überflutung der großen Städte der menschlichen Zivilisation – Hongkong, Kalkutta, Venedig, Amsterdam, Schanghai, London, New York, Rio de Janeiro – führen würde. Einige dieser Ereignisse finden bereits statt: Dürre bedroht Millionen von Menschen in Afrika und Asien mit Hunger; steigende Sommertemperaturen haben in einigen Gebieten der Erde unerträgliche Werte erreicht; überall brennen Wälder, wobei die saisonale Ausdehnung der Waldbrandgefahr immer größer wird. Es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele nennen. In gewissem Sinne hat die Katastrophe bereits begonnen, aber sie wird sich in den nächsten Jahrzehnten, weit vor dem Jahr 2100, noch verschlimmern. Wie hoch kann die Temperatur noch steigen? Bei welcher Temperatur wird das menschliche Leben auf diesem Planeten bedroht sein? Niemand hat eine Antwort auf diese Fragen. Es handelt sich um dramatische Risiken, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel

sind. Man müsste bis ins Pliozän zurückgehen, Millionen von Jahren zurück, um ähnliche Klimabedingungen vorzufinden, wie sie in Zukunft durch den Klimawandel Realität werden könnten.

**2.** Wo liegt die Verantwortung für diese Situation? Es ist das menschliche Handeln, antworten die Wissenschaftler\*innen. Die Antwort ist richtig, aber etwas kurz: Menschliche Wesen leben seit Hunderttausenden von Jahren auf der Erde, aber die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre begann erst nach der industriellen Revolution anzusteigen und begann erst nach 1945 für das Leben gefährlich zu werden. Unsere Antwort als Marxist\*innen lautet, dass das kapitalistische System der Schuldige ist. Die absurde und irrationale Logik der unendlichen Expansion und Akkumulation, der Produktivismus und die Besessenheit vom Streben nach Profit um jeden Preis sind dafür verantwortlich, dass die Menschheit an den Rand des Abgrunds gebracht wird.

Die Verantwortung des kapitalistischen Systems für die drohende Katastrophe wird weithin anerkannt. Papst Franziskus hat sich in seiner Enzyklika *Laudato Si* [2015]<sup>1</sup>, ohne das Wort „Kapitalismus“ in den Mund zu nehmen, gegen ein strukturell perveres System von Handels- und Eigentumsbeziehungen ausgesprochen, das ausschließlich auf dem „Prinzip der Gewinnmaximierung“ basiert und sowohl für soziale Ungerechtigkeit als auch für die Zerstörung unseres gemeinsamen Hauses, der Natur, verantwortlich ist. Ein Slogan, der weltweit auf ökologischen Demonstrationen skandiert wird, lautet „System Change, not Climate Change!“ Die Haltung der Hauptvertreter\*innen dieses Systems, der Verfechter des „business as usual“ – Milliardär\*innen, Banker\*innen, so genannte Expert\*innen, Oligarch\*innen

und Politiker\*innen – lässt sich mit dem Ludwig XV. zugeschriebenen Satz zusammenfassen: „Après moi le déluge“ (Nach mir die Sintflut<sup>2</sup>). Dass Dutzende von COP-Konferenzen der Vereinten Nationen zum Klimawandel völlig versagt haben, die mindesten notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Prozess zu stoppen, verdeutlicht, dass es unmöglich ist, die Krise innerhalb der Grenzen des herrschenden Systems zu lösen.

**3.** Kann „grüner Kapitalismus“ eine Lösung sein? Kapitalistische Unternehmen und Regierungen mögen an der (profitablen) Entwicklung von „nachhaltigen Energien“ interessiert sein, aber das System ist seit drei Jahrhunderten von fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl und Gas) abhängig und zeigt keine Anzeichen von Bereitschaft, sie aufzugeben. Der Kapitalismus kann ohne Wachstum, Expansion, Akkumulation von Kapital, Waren und Profiten nicht existieren, und dieses Wachstum kann nicht ohne eine umfangreiche Nutzung fossiler Brennstoffe weitergehen.

Grüne kapitalistische Pseudolösungen wie „Emissionsrechtehandel“, „Ausgleichsmechanismen“ und andere Manipulationen der so genannten „nachhaltigen Marktwirtschaft“ haben sich als vollkommen nutzlos erwiesen. Während „Greening“ [Anstieg des Umweltbewusstseins; Einführung von Umweltkomponenten] immer weiter voranschreitet, steigen die Kohlendioxidemissionen in die Höhe, und die Katastrophe rückt immer näher. Es gibt keine Lösung für die ökologische Krise im Rahmen des Kapitalismus, eines Systems, das sich ganz dem Produktivismus, dem Konsumismus und dem erbitterten Kampf um Marktanteile verschrieben hat. Seine inhärent perverse Logik führt unweigerlich zum Zusammenbruch des ökologischen Gleichgewichts und zur Zerstörung der Ökosysteme. Greta Thunberg hat es so ausgedrückt: „Es ist mathematisch unmöglich, die ökologische Krise im Rahmen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu lösen.“

Auch das System der Sowjetunion – was auch immer seine Vorzüge oder Mängel waren – basierte auf der Logik des Wachstums, das auf denselben fossilen Ressourcen wie im Westen beruhte. Ein Großteil der Linken im letzten Jahrhundert teilte die Ideologie des Wachstums im Namen der „Entwicklung der Produktivkräfte“. Ein produktivistischer Sozialismus, der die ökologische Krise ignoriert, ist nicht imstande, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.

**4.** Die in den letzten Jahrzehnten entstandene Degrowth-Reflexion und -Bewegung hat einen großen

Beitrag zu einer radikalen Ökologie geleistet, indem sie sich dem Mythos eines unbegrenzten „Wachstums“ auf einem begrenzten Planeten widersetzt. Aber Degrowth an sich ist keine alternative wirtschaftliche und soziale Perspektive: Es definiert nicht, welche Art von Gesellschaft das gegenwärtige System ersetzen soll. Einige Befürworter\*innen von Degrowth möchten das Problem des Kapitalismus ignorieren und sich nur auf Produktivismus und Konsum konzentrieren und den Schuldigen als „den Westen“, „die Aufklärung“ oder „Prometheanismus“<sup>3</sup> definieren. Andere, die die linke Seite der Anti-Wachstums-Bewegung repräsentieren, benennen eindeutig das kapitalistische System als verantwortlich für die Krise und erkennen die Unmöglichkeit eines „kapitalistischen Degrowth“ an.

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Annäherung von Ökosozialismus und Degrowth zu beobachten: Beide Seiten machen sich die Argumente der anderen zu eigen, und der Vorschlag eines „ökosozialistischen Degrowth“ wird allmählich als gemeinsame Grundlage angenommen.

**5.** Die Ökosozialist\*innen haben viel von der Degrowth-Bewegung gelernt. Der Ökosozialismus macht sich daher zunehmend die Notwendigkeit des Degrowth im Prozess des Übergangs zu einer neuen sozialistischen ökologischen Gesellschaft zu eigen. Ein offensichtlicher Grund dafür ist, dass die meisten erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne (a) Rohstoffe benötigen, die nicht unbegrenzt vorhanden sind, und (b) unständig sind und von den klimatischen Bedingungen (Wind, Sonne) abhängen. Sie können daher die fossilen Energieträger nicht vollständig ersetzen. Deshalb ist eine erhebliche Verringerung des Energieverbrauchs unumgänglich. Das Problem hat jedoch einen allgemeineren Charakter: Die Herstellung der meisten Güter basiert auf der Gewinnung von Rohstoffen, von denen viele a) immer begrenzter werden und/oder b) bei der Gewinnung schwerwiegende ökologische Probleme verursachen. All diese Elemente weisen auf die Notwendigkeit von Degrowth hin.

Ökosozialistisches Degrowth schließt die Notwendigkeit einer erheblichen Reduzierung von Produktion und Konsum ein, beschränkt sich aber nicht auf diese negative Dimension. Es enthält das positive Programm einer sozialistischen Gesellschaft, die auf demokratischer Planung, Selbstverwaltung, Produktion von Gebrauchswerten anstelle von Waren, unentgeltlicher Grundversorgung und freier Zeit für die Entwicklung menschlicher Wünsche und Fähigkeiten beruht – eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Klassenherrschaft, Patriarchat und alle Formen von sozialer Ausgrenzung.

**6.** Ökosozialistisches Degrowth hat keine rein quantitative Vorstellung von Degrowth als Reduktion von Produktion und Konsum. Es schlägt *qualitative* Unterscheidungen vor. Einige Produktionen – zum Beispiel fossile Energien, Pestizide, Atom-U-Boote und Werbung – sollten nicht nur reduziert, sondern *abgeschafft* werden. Andere – wie private Autos, Fleisch und Flugzeuge – sollten erheblich reduziert werden. Wieder andere – wie biologische Lebensmittel, öffentliche Verkehrsmittel und kohlenstoffneutrale Wohnungen – sollten *entwickelt* werden. Das Problem ist nicht abstrakter „exzessiver Konsum“, sondern die vorherrschende Art des Konsums, die auf augenfälligem Erwerb, massiver Verschwendung, Entfremdung wegen kaufmännischer Berechnung, zwanghafter Anhäufung von Gütern und dem zwanghaften Kauf von Pseudo-Neuheiten beruht, die von der „Mode“ durchgesetzt werden. Man muss der ungeheuerlichen Verschwendung von Ressourcen durch den Kapitalismus ein Ende setzen, die auf der Produktion von nutzlosen und schädlichen Produkten in großem Maßstab beruht: die Rüstungsindustrie ist ein gutes Beispiel, aber ein großer Teil der im Kapitalismus produzierten „Güter“ mit ihrer eingebauten Obsoleszenz hat keinen anderen Nutzen als die Erwirtschaftung von Profiten für die großen Konzerne. Eine neue Gesellschaft würde die Produktion auf die Befriedigung echter Bedürfnisse ausrichten, beginnend mit denen, die man als „biblisch“ bezeichnen könnte – Wasser, Nahrung, Kleidung und Wohnen –, aber auch mit den grundlegenden Dienstleistungen: Gesundheitsversorgung, Betreuung, Bildung, Verkehr und Kultur.

Wie lassen sich die echten von den künstlichen, fiktiven und behelfsmäßigen Bedürfnissen unterscheiden? Letztere werden durch geistige Manipulation, d. h. durch Werbung, hervorgerufen. Während die Werbung eine unverzichtbare Dimension der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, hätte sie in einer Gesellschaft, die zum Ökosozialismus übergeht, keinen Platz mehr, da sie durch Informationen über Waren und Dienstleistungen ersetzt würde, die von Verbraucherverbänden bereitgestellt werden. Das Kriterium, um ein echtes von einem künstlichen Bedürfnis zu unterscheiden, ist sein Fortbestehen nach der Abschaffung der Werbung (Coca-Cola!). Natürlich würden die alten Konsumgewohnheiten noch einige Zeit fortbestehen, und niemand hat das Recht, den Menschen vorzuschreiben, was ihre Bedürfnisse sind. Die Veränderung der Konsummuster ist ein historischer Prozess sowie eine pädagogische Herausforderung.

**7.** Die Hauptanstrengung in einem Prozess des weltweiten Degrowth muss von den Ländern des industrialisierten Nordens (Nordamerika, Europa und Japan) unternommen werden, die für die historische Anhäufung von Kohlendioxid seit der industriellen Revolution verantwortlich sind. Sie sind auch die Regionen der Welt, in denen das Konsumniveau, insbesondere in den privilegierten Klassen, eindeutig nicht nachhaltig und verschwenderisch ist. Die „unterentwickelten“ Länder des globalen Südens (Asien, Afrika und Lateinamerika), in denen die Grundbedürfnisse bei weitem nicht befriedigt werden, benötigen einen „Entwicklungsprozess“, der den Bau von Eisenbahnen, Wasser- und Abwassersystemen, öffentlichen Verkehrsmitteln und anderer Infrastruktur einschließt. Es gibt jedoch keinen Grund, warum dies nicht durch ein umweltfreundliches und auf erneuerbaren Energien basierendes Produktionssystem erreicht werden kann. Diese Länder werden große Mengen an Nahrungsmitteln anbauen müssen, um ihre hungernde Bevölkerung zu ernähren, aber das kann – wie die weltweit im Netzwerk *Vía Campesina* organisierten Bauernbewegungen seit Jahren argumentieren – durch eine bäuerliche biologische Landwirtschaft, die auf Familieneinheiten, Kooperativen oder kollektiv betriebenen Höfen basiert, viel besser erreicht werden. Diese würde die zerstörerischen und unsozialen Methoden der industrialisierten Agrarindustrie ersetzen, die auf dem intensiven Einsatz von Pestiziden, Chemikalien und gentechnisch veränderten Organismen beruht. Derzeit ist die kapitalistische Wirtschaft der Länder des Globalen Südens auf die Produktion von Gütern für ihre privilegierten Klassen (Autos, Flugzeuge und Luxusgüter) und von Waren, die auf den Weltmarkt exportiert werden (Soyabohnen, Fleisch und Öl), ausgerichtet. Ein ökologischer Übergangsprozess im Süden, für den Ökosozialist\*innen eintreten, würde diese Art der Produktion reduzieren oder beseitigen und stattdessen auf Ernährungssouveränität und die Entwicklung grundlegender Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung abzielen, die vor allem menschliche Arbeitskraft und nicht mehr Waren benötigen.

**8.** Wer könnte das Subjekt im Kampf für ein ökosozialistisches Degrowth sein? Der arbeitertümelnde/industrielle Dogmatismus des vergangenen Jahrhunderts ist nicht mehr aktuell. Die Kräfte, die jetzt an der Spitze der sozial-ökologischen Auseinandersetzungen stehen, sind Jugendliche, Frauen, Indigene und Bauern/Bäuerinnen. Der Widerstand indigener Gemeinschaften in Kanada, den Vereinigten Staaten, Lateinamerika, Nigeria und anderswo gegen die kapitalistischen Ölfelder, Pipelines und Gold-

minen ist gut dokumentiert; er entspringt ihrer direkten Erfahrung mit der zerstörerischen Dynamik des kapitalistischen „Fortschritts“ sowie dem Widerspruch zwischen ihrer Spiritualität und Kultur sowie dem „Geist des Kapitalismus“.

Frauen sind in der indigenen Widerstandsbewegung sehr präsent, ebenso wie in der gewaltigen Erhebung der Jugend, die durch Greta Thunbergs Aufruf zum Handeln ausgelöst wurde – eine der großen Quellen der Hoffnung für die Zukunft. Die massive Beteiligung der Frauen an den Mobilisierungen rührt, wie die Ökofeministinnen erklären, daher, dass sie die ersten Opfer der Umweltzerstörung durch das System sind.

Auch Gewerkschaften beginnen hier und da, sich zu engagieren. Das ist wichtig, denn letztendlich können wir das System nicht ohne die aktive Beteiligung der arbeitenden Menschen in Stadt und Land überwinden, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Die erste Bedingung in jeder Bewegung ist die Verknüpfung von ökologischen Zielen (Schließung von Kohlebergwerken, Ölquellen, Kohlekraftwerken usw.) mit einer Beschäftigungsgarantie für die betroffenen abhängig Beschäftigten. Ökologisch orientierte Gewerkschafter\*innen haben argumentiert, dass es Millionen von „green Jobs“ gibt, die in einem ökologischen Übergangsprozess geschaffen werden.

**9.** Ökosozialistisches Degrowth ist ein Projekt für die Zukunft und zugleich eine Strategie für den Kampf hier und jetzt. Es wäre falsch, zu warten, bis die Bedingungen „reif“ sind. Es ist notwendig, eine Konvergenz zwischen sozialen und ökologischen Kämpfen herbeizuführen und die zerstörerischsten Initiativen der Kräfte im Dienste des kapitalistischen „Wachstums“ zu bekämpfen. Vorschläge wie der Green New Deal sind in ihren radikaleren Formen, die einen effektiven Verzicht auf fossile Energien erfordern, Teil dieses Kampfes – nicht aber Vorschläge, die auf ein Recycling des Systems beschränkt sind.

Ohne irgendwelche Illusionen über einen „sauberen Kapitalismus“ muss man versuchen, Zeit zu gewinnen und den Machthabenden einige elementare Maßnahmen des Degrowth aufzuzwingen, angefangen mit einer drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Die Anstrengungen, um die Keystone XL Pipeline, eine umweltverschmutzende Goldmine oder ein Kohlekraftwerk zu stoppen, sind Teil einer größeren Widerstandsbewegung, die Naomi Klein Blockadia genannt hat. Ebenso bedeutsam sind lokale Erfahrungen mit ökologischer Landwirtschaft, genossenschaftlicher Solarenergie und gemeinschaftlicher Bewirtschaftung von Ressourcen.

Solche Kämpfe um konkrete Fragen von Degrowth sind wichtig, nicht nur, weil Teilsiege an sich willkommen sind, sondern auch, weil sie dazu beitragen, ökologisches und sozialistisches Bewusstsein zu schärfen und gleichzeitig Aktivität und Selbstorganisation von unten zu fördern. Diese Faktoren sind entscheidende und notwendige Voraussetzungen für eine radikale Veränderung der Welt, d. h. für eine „Great Transition“ zu einer neuen Gesellschaft und einer neuen Lebensweise.

Aus dem Englischen übersetzt von Wilfried

Dieser Beitrag ist zuerst in der US-amerikanischen Zeitschrift *Monthly Review* erschienen (Jg. 75, Nr. 3, Juli/August 2023). Dieses Doppelheft ist dem Thema „Planned Degrowth – Ecosocialism & Sustainable Human Development“ gewidmet.

Er erscheint mit Zustimmung des Verfassers in Heft 6/2023 der Zeitschrift *die internationale* – Magazin der ISO

**Michael Löwy** ist 1938 in Brasilien geboren und dort aufgewachsen. Von 1961 bis 1964 studierte er in Paris bei dem Philosophen und Literatursoziologen Lucien Goldmann (1913–1970), der auch Doktorvater seiner Dissertation über die Theorie der Revolution beim jungen Marx war (1964; überarbeitete Buchausgabe 1970, Neuausgabe 2022). Er ist Sozialwissenschaftler, Ökosozialist, aktives Mitglied der Vierten Internationale und lebt seit 1969 vorwiegend in Paris. Auf Deutsch erschienen von ihm zuletzt die Bücher *Rosa Luxemburg – Der zündende Funke der Revolution* (Hamburg: VSA, 2020), *Erlösung und Utopie: Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft*, 3. dt. Ausg., (Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2021); *ad Walter Benjamin: Die Revolution als Notbremse* (Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2022).

Zusammen mit Olivier Besancenot (Jg. 1974) verfasste er u. a. ein Buch über die Pariser Kommune (*Marx à Paris, 1871. Le Cahier bleu de Jenny, Pantin: Manifeste*, 2021), das demnächst bei der Buchmacherei auf Deutsch erscheinen wird, sowie zuletzt ein Buch über den Putsch vom 11. September 1973 in Chile (*Septembre rouge. Le coup d'État du 11 septembre 1973 au Chili*, Paris: Textuel, 2023).

**1** [https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco\\_20150524\\_enciclica-laudato-si.html](https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html)

**2** [https://de.wikipedia.org/wiki/Nach\\_uns\\_die\\_Sintflut](https://de.wikipedia.org/wiki/Nach_uns_die_Sintflut)

**3** Prometheus hat seinem Geschöpf, den Menschen, mit dem Feuer, das er Zeus gestohlen hat, die Initialzündung verschafft, durch die er sich zu einer Herausforderung für die Götter emporschwingen konnte. Der Prometheanismus kann als ein Sinnbild für die übersteigerte Selbstverherrlichung des Menschen, der sich als Krönung der Schöpfung versteht, aufgefasst werden.



# SALVADOR ALLENDE – RÜCKTRITT ODER SELBSTMORD

---

„In den tausend Tagen, die die Regierung der Unidad Popular bestand, überschlugen sich die Ereignisse, um am 11. September in einen fulminanten Schlussakkord einzumünden. An diesem Tag fiel die Entscheidung. Da ging es nicht nur um Politik, Wandel oder Sozialismus, sondern schlichtweg um das Leben an sich im wahrsten Sinne des Wortes.“<sup>1</sup>

■ **Franck Gaudichaud**

---

Am Anfang September schreckte die faschistische Bewegung Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit) nicht mehr davor zurück, auf ihren Flugblättern Allende vor die „Alternative“ sofortiger Rücktritt oder Selbstmord zu stellen ...

Jeder wusste, dass die Konfrontation bevorstand und dass es nur noch eine Frage von Stunden oder höchstens von Tagen war. Wie Rigoberto Quezada bezeugte, wurde die Frage der Bewaffnung unter den Arbeiter\*innen an der Basis immer wieder diskutiert: „Der Staatsstreich wurde in den Zeitungen, im Radio und sogar vom Senatspräsidenten E. Frei sen. angekündigt. Oftmals wurde an die spanische Revolution erinnert, wo die Arbeiter die Regimenter stürmten und sich bewaffneten.“<sup>2</sup> Der Putsch war in aller Munde und in allen Köpfen.

## **Allendes letzte Stunden**

Allende war sich dessen vollkommen bewusst und er spielte seinen letzten, wenn auch verspäteten Trumpf aus: den Aufruf zu einer Volksabstimmung, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen und – so seine Hoffnung – die Regierung bis zu den Präsidentschaftswahlen 1976 zu stabilisieren. Der Putsch erfolgte aller Wahrscheinlichkeit

nach deswegen am 11. September, weil der Präsident der Republik plante, das Referendum noch am selben Abend im Radio anzukündigen, wie er General Pinochet persönlich mitteilte. Pinochet zögerte nicht, so schnell wie möglich zu handeln.<sup>3</sup>

Wir wollen hier nicht auf die Einzelheiten der militärischen Operationen eingehen, die vom Einsatz der Marine im Hafen von Valparaíso am frühen Morgen des 11. September bis hin zu den Truppenverlegungen in die Hauptstadt reichten. Es handelte sich um einen Blitzkrieg von wenigen Tagen, einen Krieg im Innern mit starken Unterstützern von außen (der CIA), in dem es um die ganze Macht ging. Dabei wurden Kampfflugzeuge und Panzer eingesetzt und Präsident Allende gegen 14 Uhr im Präsidentenpalast La Moneda in den Selbstmord getrieben.<sup>4</sup>

Allende lehnte das Ultimatum der Generäle ab und beschloss, einige Stunden Widerstand zu leisten, ohne der Aufforderung des militärischen Apparates der Sozialistischen Partei (PS) Folge zu leisten und den Präsidentenpalast zu verlassen. Der „Genosse Präsident“, dem sich einige Familienangehörige und Mitglieder der Leibwache GAP anschlossen, hatte noch genug Zeit, um dort seine

letzte Rede zu halten („Die Geschichte gehört uns ...“), die zugleich sein politisches Vermächtnis für die künftigen Generationen war.

Für den Schriftsteller Gabriel Garcia Márquez war Allendes Tod in der brennenden Moneda ein Gleichnis, das die Widersprüche des chilenischen Weges zusammenfasste: das eines sozialistischen Kämpfers, der mit dem Maschinengewehr in der Hand eine Revolution verteidigte, die eigentlich friedlich verlaufen sollte, und eine Verfassung, die von der chilenischen Oligarchie zu Beginn des Jahrhunderts geschaffen worden war.<sup>5</sup> Dieser Tod war auch der eines integren Politikers und Kämpfers, der bis zum Ende seinen Prinzipien und Verpflichtungen treu blieb.

### Die angebliche Passivität der Arbeiterklasse

Bis zum Morgen des 11. September vertraute der Präsident der Republik auf die Loyalität von General Pinochet und hoffte jede Minute auf sein Eingreifen zur Verteidigung der Regierung.<sup>6</sup> Dabei war dieser gerade derjenige, der die Führung der Rebellion übernahm. Soldaten, Carabinieri oder Unteroffiziere, die sich weigerten, einen „Verrat“ zu begehen, wurden sofort entwaffnet.

Die Militärstrategie in der Hauptstadt folgte einem einfachen, aber effektiven Plan: ein direkter Angriff auf die Moneda, um die Zentralmacht (symbolisch und physisch) zu zerstören und von dort aus in die Peripherie vorzudringen, wobei die Kontrolle über die Cordones Industriales (CI)<sup>7</sup> Priorität hatte.<sup>8</sup>

In seinen Memoiren äußerte General Pinochet seine Verwunderung über den geringen Widerstand innerhalb der CIs: „Wir haben harte Säuberungsarbeit geleistet. Letztlich mussten wir uns aber nicht mit den erwarteten Reaktionen seitens der Cordones industriales auseinandersetzen.“<sup>9</sup> Unmittelbar nach dem Staatsstreich kursierten weltweit zahlreiche Gerüchte, die eine massive Opposition der chilenischen Arbeiter gegen den Staatsstreich ankündigten. Heute ist das Ausmaß dieser Reaktion des Volkes genauer bekannt. Tatsächlich fand der Widerstand hauptsächlich in den südlichen Bezirken von Santiago statt.

Er wurde von kampferprobten linken Aktivist\*innen aus den Militärapparaten der PS und der Bewegung der revolutionären Linken (MIR, Movimiento de izquierda revolucionaria) [Die marxistisch-leninistisch orientierte MIR war das radikalste Element in der von Salvador Allende geführten Koalition, AdÜ] durchgeführt, die sich innerhalb der Cordones bewegten. Dies geschah oft mit der aktiven Unterstützung von kampfbereiten

Arbeiter\*innen. Sobald der Putsch begonnen hatte, gelang es dem militärischen Apparat der PS (mit Arnoldo Camú an der Spitze), etwa 100 Männer zu organisieren und zu bewaffnen, während sich in der FESA-Fabrik des CI Cerrillos die politische Kommission der Partei traf.

Die Anweisungen lauteten, einen Plan zur Verteidigung der Regierung zu entwerfen und eine befreite Zone in der Stadt zu schaffen, in der gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern des CI San Joaquín, Santa Rosa und Vicuña Mackenna koordiniert werden konnten. Als Sammelpunkt wurde das Unternehmen Indumet (CI Santa Rosa) festgelegt, wo sich Verantwortliche aus der gesamten UP trafen, zu denen sich etwa 200 kampfbereite Arbeiter gesellten. Um 11 Uhr morgens gaben die nationalen Führer der einzelnen Organisationen Rechenschaft über ihre unmittelbaren politisch-militärischen Kapazitäten.<sup>10</sup>

Wie P. Quiroga, der bei diesem Treffen zugegen war, berichtete, wurde den Aktivisten sofort klar, wie schlecht die Aktionen vorbereitet waren. Der Vorschlag der PS (eine Militäreinheit zu stürmen, um auf die Moneda vorzurücken) wurde von der Kommunistischen Partei (PC) abgelehnt, die lieber die lang herbeigesehnte Reaktion der Streitkräfte abwarten wollte (und schließlich in den Untergrund gehen musste). Laut Guillermo Rodríguez hatte die MIR seit dem 6. September ihren politisch-militärischen Apparat auf Eis gelegt (und damit die Waffen vergraben), weil sie überzeugt war, dass die Regierung auf dem Weg zu einer Wiederversöhnung mit der Rechten war.<sup>11</sup>

Letztlich war die Unidad Popular ohne Hilfe von linken Soldaten und ohne langfristige politisch-militärische Planung nicht in der Lage, den bewaffneten Widerstand gegen den Staatsstreich zu organisieren. [Die Unidad Popular („Volksmacht“) umfasste parastaatliche Organisationen, häufig von Arbeiter\*innen, die den Sozialismus durch Aktionen verwirklichen sollten und die den Staat ergänzen oder – für die radikalsten unter ihnen – ihn ersetzen sollten Anm. d. franz. Red.]. Wie Guillermo Rodríguez, der mit anderen Genoss\*innen trotz allem weiterkämpfte, heute sagt: „Ich glaube, in diesem Moment haben wir für die Geschichte gekämpft, um ein Zeichen zu hinterlassen, das besagt: ‚Wir haben immerhin einen Versuch unternommen, während an anderen Orten nichts unternommen wurde‘.“<sup>12</sup>

### Staatlicher Terror

Die staatliche Gewalt überrollte das Land und richtete sich in erster Linie gegen linke Aktivist\*innen und

Führer\*innen der sozialen Bewegungen, darunter all jene, die sich beim Aufbau der „Volksmacht“ engagiert hatten. In den Augenzeugenberichten ist die traumatische Dimension dieser Stunden massiver Gewalt überall präsent. Für die Aktivist\*innen begann die „dunkle Zeit“, sie erlebten Haft, Folter, den Tod von Angehörigen, gingen ins Exil oder lebten jahrelang im Untergrund etc.

Während die Diktatur die gesamte Gesellschaft unter einer bleiernen Last begrub, erfuhren die Bewohner\*innen der Elendsquartiere, die Arbeiter\*innen in den Cordones und die Anhänger\*innen der Linken, was staatlicher Terror konkret bedeuten kann.<sup>13</sup> Ein Beispiel unter vielen ist Carlos Mújica. Als Arbeiter in der Metallfabrik Alusa, MAPU-Aktivist und Delegierter des Cordon Vicuña Mackenna berichtet er:

„Am Tag des Putsches gab es Tote auf der Straße, sie brachten sie sogar von woanders her und warfen sie hier ab. [...] Und wir konnten nichts tun! Ich glaube, das Schlimmste war damals, in den Jahren 73–74. Später, im Jahr 1975, wurde ich vom Geheimdienst in Alusa abgeholt. Sie hielten mich fest und brachten mich in die berühmt-berüchtigte Villa Grimaldi: Dort legten sie die Leute in die Parilla, das heißt auf einen Eisenrost, wo sie den elektrischen Strom an die Beine legten ... Sie wussten, dass ich Delegierter des Sektors war ...“.<sup>14</sup>

Hunderttausende von ihnen fielen dem Geheimdienst der Junta in die Hände und wurden gefoltert. Mehrere Tausend von ihnen gelten bis heute als „verschwundene Häftlinge“.

Eine der ersten Maßnahmen der Junta bestand darin, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und die CUT zu verbieten. Die Niederlage der revolutionären Bewegung bedeutete regelrechte politische Säuberungen in den Unternehmen, von denen die wichtigsten unter die Kontrolle des Militärs gestellt wurden: Es gab mehr als 270 Inhaftierungen bei Madeco, 500 umgehende Entlassungen bei Sumar oder auch gezieltere Repressionen wie bei Yarur oder Cristalerías de Chile.<sup>15</sup> Viele Unternehmer\*innen beteiligten sich voll und ganz an dem von der Junta eingeführten System der Denunziation und Verhaftung von Aktivist\*innen, etwa in der Elecmetal-Fabrik, die am 17. September 1973 an ihre Eigentümer zurückgegeben wurde.<sup>16</sup>

Im Zuge dieser Repression wurden 100 000 Arbeiter\*innen entlassen, die auf die „schwarzen Listen“ der Junta gesetzt wurden (damit sie nicht wieder ein-

gestellt werden konnten). Gleichzeitig verhängte die Diktatur das Kriegsrecht, schloss das Parlament, setzte die Verfassung außer Kraft und unterband die Aktivitäten politischer Parteien im Land, einschließlich derer, die den Staatsstreich unterstützt hatten. Nach und nach gingen Pinochet und seine Kumpane mit ihrer Unterdrückung über den nationalen Rahmen hinaus, stimmten sich mit anderen Militärregimes in der Region ab und leiteten mit Unterstützung der US-Regierung die inzwischen berühmt-berüchtigte „Operation Condor“ ein.<sup>17</sup> Das tragische Ende der UP wurde somit Teil der globalen politischen Kräfteverhältnisse.

Es handelte sich um einen strategischen Sieg des Imperialismus, der es nicht nur ermöglichte, die in diesen tausend Tagen erkämpften sozialen Fortschritte rückgängig zu machen, sondern auch Chile in ein echtes Laboratorium zu verwandeln: das Laboratorium eines neoliberalen Kapitalismus, der in anderen Breitengraden bis dahin noch unbekannt war und dessen Rezepte aus der Feder der Chicago Boys in dem kleinen Land im Süden als erstes ausprobiert wurden. Die 17 Jahre der Diktatur nach dem 11. September 1973 waren das, was Tomás Moulian oder Manuel Gárate als „kapitalistische Revolution“ bezeichneten, da die Gesellschaft von der Junta komplett umgestaltet wurde.<sup>18</sup>

Tatsächlich handelte es sich um eine Konterrevolution im strengsten Sinne des Wortes. Und das Ausmaß der staatlichen Gewalt, das in keinem Verhältnis zum Widerstand stand, lässt sich nur dadurch erklären, dass es nicht nur darum ging, die im Prozess der UP aktivierten Einzelpersonen zu töten, sondern auch darum, die damals um sich greifenden Selbstverwaltungsansätze restlos aus ihrer tiefen sozialen Verwurzelung zu tilgen. Maurice Najman, der vor Ort die Entwicklung der UP begleitete, stellte im Oktober 1973 fest: „Letztendlich griffen die Militärs zu einem Zeitpunkt ein, als die Entwicklung der ‚Volksmacht‘ die Frage der Bildung einer alternativen politischen Führung zur Unidad Popular stellte und sogar zu lösen begann.“

Angesichts des Staatsstreichs ging er allerdings von einem umgehenden bewaffneten Widerstand aus. Diese falsche Prognose war das Ergebnis einer übertriebenen Vorstellung von der Stärke der „Volksmacht“. Tatsächlich lebte die massive Opposition gegen die Diktatur erst viel später, Anfang der 1980er Jahre, im Zuge der großen Proteste wieder auf. Inzwischen sind alle Ansätze der „Volksmacht“ unter der eisernen Ferse des Militärregimes völlig verschwunden. Eines ihrer Merkmale konn-

te die Diktatur jedoch nicht vollständig auslöschen: ihr Vermächtnis, oder besser gesagt, ihre Vermächtnisse.

aus: *Le vent se lève*, <https://tinyurl.com/yvvhxzm>

Übersetzung: MiWe

1 Patricio Quiroga, *Compañeros, El GAP, la escolta de Allende*, El Centro, 2002,

2 Augenzeugenbericht von Rigoberto Quezada, aufgezeichnet von Miguel Silva, *Los cordones industriales y el socialismo desde abajo*, auto-édition, 1900.

3 Zum Verlauf von Allendes letzten Tagen siehe: Joan Garcès, *Allende y la experiencia chilena, Las armas de la política*, Santiago, Siglo XXI, 2013.

4 Patricia Verdugo., *Interferencia Secreta. 11 de septiembre de 1973*, Editorial Sudamericana, 1988

5 Gabriel García Márquez, *La verdadera muerte de un presidente*, 1974

6 Hierzu Luis Vega, damaliger Berater des Innenministers in Valparaíso (*Anatomía de un golpe de Estado. La Caída de Allende*, Jerusalén, La semana publicaciones, 1983).

7 Vicente Martínez., *La estrategia militar en Santiago, La Tercera*, 2003

8 [Die „Cordones industriales“ waren sozialistisch geprägte Organisationen der Arbeiterdemokratie, die als Bindeglied zwischen den verschiedenen Gewerkschaftssektionen oder Industriesektoren des Landes fungieren sollten, Anm. d. franz. Red.]

9 Augusto Pinochet., *El día decisivo*, Santiago, Andrés Bello, 1979

10 Reilnehmer waren u. a. Víctor Díaz und José Oyarce von der PC, Miguel Enríquez und Pascal Allende von der MIR, Arnoldo Camú, Exequiel Ponce und Rolando Calderón für die PS.

11 Interview in Santiago vom 6. August 2003.

12 ibid

13 Stohl M. et López G., *The state as terrorist*, Wesport, Greenwood Press, 1984

14 Interview in Santiago vom 14. Mai 2002

15 Peter Winn, *Weavers of Revolution: The Yarur Workers and Chile's Road to Socialism*, Oxford University Press, 1989.

16 Dies Beispiel ist daher so bekannt, weil Jahre später zufällig die Leichen Betroffener gefunden und obduziert wurden. *La complicidad de Elecmetal y Ricardo Claro*, El Siglo, Santiago, 20. Oktober 2000

17 Franck Gaudichaud. *Operación Cóndor. Notas sobre el terrorismo de Estado en el Cono sur*, Madrid, Sepha, 2005.

18 Thomas Mouliant, *Chile actual, anatomía de un mito*, Santiago, ARCIS-LOM, col. "Sin Norte", 1997

19 *Le Monde Diplomatique*, Paris, Oktober 1973.

### In Gedenken an Hugo Blanco Galdós (1934–2023)



Hugo Blanco

#### Wir Indios

Der Kampf der Indigenas gegen rassistische Unterdrückung und die Zerstörung ihrer Umwelt

Aus dem Spanischen von Ulla Varchmin

Mit einem Vorwort von Michael Löwy

175 Seiten, 19,80 €

2011, ISBN 978-3-89900-137-2

In diesem Buch analysiert der bekannte peruanische Bauernführer den Kampf der Indigenas gegen rassistische Unterdrückung, Landraub und Umweltzerstörung, mit dem er bis in hohe Alter verbunden war.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# EIN REVOLUTIONÄRES EXPERIMENT

Der folgende Text behandelt die Vorgeschichte und die „1000 Tage“ der Unidad Popular mit ihren Widersprüchen. Er ist als Vorwort zu dem Buch des Autors *Découvrir la révolution chilienne 1970–1973*, París, Éditions sociales, 2023 erschienen.

■ **Franck Gaudichaud**

Chile, der langgestreckte Landstreifen zwischen Pazifik und Anden, eine Welt am Ende der Welt, wie es der Schriftsteller Luís Sepúlveda in einer Erzählung nannte, beleuchtet mit seiner jüngsten Geschichte die Wirren des 20. Jahrhunderts. Nach dem Versuch eines demokratischen Übergangs zum Sozialismus (1970–1973) erlebte das Land die gewaltsame Errichtung einer zivilmilitärischen Diktatur (1973–1989), die das Aufkommen einer neuen Weltanschauung vorwegnahm: den Neoliberalismus. Ab 1990 setzte dann eine langsame und partielle Demokratisierung ein, in der jedoch zahlreiche autoritäre Relikte und eine brutale sozioökonomische Ungleichheit weiter bestehen.

Fünfzig Jahre sind seit dem Staatsstreich vom 11. September 1973 vergangen. Die Bilder der brennenden Moneda, des Präsidentenpalastes, der panischen Blicke der Gefangenen im Nationalstadion in Santiago und der dunklen Brille von General Pinochet bleiben für immer in unsere Netzhaut und unser kollektives Gedächtnis eingeebrannt. Das chilenische Volk, seine Kämpfe und sein Widerstand waren in den Herzen und in den Protestkundgebungen vieler Solidaritätsinitiativen auf der ganzen Welt präsent. Auch heute noch prägen die Erinnerungen an Unterdrückung, Exil und den Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte unser Bild von diesem Land am Südkegel von Südamerika. Aber Chile hat nicht nur eine Tragödie erlebt, sondern die frühen 1970er Jahre waren in

erster Linie die Zeit eines außergewöhnlichen, vom Volk ausgehenden, (prä-)revolutionären Prozesses, der die herrschende Ordnung erschütterte.

## Widerstreit der Deutungen

Das Experiment des chilenischen Weges zum Sozialismus dauerte kaum tausend Tage (von November 1970 bis September 1973), aber es hat das Land, seine sozialen Beziehungen, seine politischen Vorstellungswelten und seine Hoffnungen auf eine Zukunft tiefgreifend verändert. Der Wettstreit zwischen legalistischem und revolutionärem Weg der chilenischen Linken strahlte auf ganz Lateinamerika aus und rückte Konzepte wie die Verteilung des Reichtums und die notwendige Verstaatlichung natürlicher Gemeingüter wieder in den Mittelpunkt der Debatten. Er propagierte die Wiedererlangung der nationalen Souveränität einer Nation der Dritten Welt gegenüber dem Yankee-Imperialismus, forderte das Recht auf Entwicklung und Demokratie mit dem Ziel eines Bruchs mit der herrschenden Ordnung und warf wieder die Frage auf nach der Rolle des bürgerlichen Staates im Übergang zum Sozialismus.

Die Parteien, die ab 1969 die Koalition unter dem Namen Unidad Popular bildeten, propagierten ein strategisches Vorgehen, das zwar von der außerparlamentarischen Linken als reformistisch angesehen wurde, aber doch neuartig sein sollte: auf Wahlen und Institutionen orien-

tiert und ohne Waffengewalt, zugleich aber auch antikapitalistisch, antiimperialistisch und sozialistisch. Über die damaligen intensiven Debatten oder die allgegenwärtige Figur des Präsidenten Salvador Allende hinaus waren es die einfachen Menschen, die sonst nicht zu hören sind, aber jetzt den Prozess bestimmten und zu Hauptakteuren dieser aufkommenden Revolution wurden und deren kreative Energie, die sicherlich voller Widersprüche war, am 11. September 1973 erstickt wurde.

Die Aufarbeitung der Unidad Popular bedeutet, sich intensiv mit der Geschichte unentwegter und vielfältiger sozialer Kämpfe der Arbeiter\*innen, Bauern, Student\*innen und Rechtlosen zu befassen, die plötzlich auf einer Bühne auftauchten, die bis dahin von einer Oligarchie besetzt war, die es gewohnt war, Chile zu beherrschen. Das Volk in Bewegung, das in diesen tausend Tagen von allen Seiten überbietet, hat das Lächeln der Arbeiterinnen aus der Textilfabrik Yarur, die ihre Fabrik besetzen, es hat den Klang der Gesänge der Menschen, die dem „Genossen Präsidenten“ auf dem Platz der Verfassung zujubeln, es lässt eine Volksmacht erahnen, die den Konzernbesitzer\*innen und den rechtsextremen Saboteuren widersteht und es hat die Radikalität der Mapuche, die den Stacheldraht zerschneiden, um das Land wieder in Besitz zu nehmen, das ihrem Volk durch die Kolonialisierung geraubt wurde.

Diese Ansätze der Selbstorganisation, auch wenn sie manchmal begrenzt bleiben, sind das Salz in der Suppe des chilenischen Weges. Sie markieren jene historischen Momente, in denen alles noch möglich scheint, in denen Demütigungen, staatliche Gewalt und Ausbeutung beseitigt werden können. Sie erklären die Ausgelassenheit eines rebellierenden Volkes, die man auf den Fotografien von Armindo Cardoso oder in den Dokumentarfilmen von Patricio Guzmán bewundern kann. Und sie sind es mehr als fünf Jahrzehnte später mehr als wert, dass man einige Fragmente dieser abgewürgten revolutionären Erfahrung, die ihren Weg nicht zu Ende gehen konnte, wieder hervorholt. Diese vorantreibende Kraft haftet weiter in den tiefen Windungen des kollektiven Gedächtnisses im heutigen Chile, erschreckt noch immer die dort herrschenden Klassen und schlägt sich nieder im schlechten Gewissen der Linken, die sich dem Zeitgeist angepasst haben. Die Glut dieser wenigen Monate in der Vergangenheit wird nicht so einfach erlöschen.

Diese Erinnerung, oder vielmehr diese widerstreitenden Erinnerungen, haben sicherlich tiefgehende Veränderungen erfahren, aber auch Auf's und Abs im Laufe der

Jahrzehnte, der Gedenkfeiern und der kulturellen, sozialen und politischen Mobilisierungen der neuen Generationen. Seit 2019 treibt sich das Gespenst der Rebellion in Chile wieder um, etwa in Form den Massenmobilisierungen im Oktober/November des damaligen Jahres, die erneut die Kordillere erschütterten und die Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus direkt in Frage stellten.

Auch der junge Mitte-Links-Führer Gabriel Boric berief sich auf Salvador Allende, als er 2021 die Präsidentschaft übernahm, auch wenn seine sozialliberale Regierung weit von der Radikalität des ehemaligen Präsidenten entfernt ist. Aber auch die Anhänger\*innen von Pinochet und die extreme Rechte gewinnen in dem Andenstaat überall wieder an Boden. Fünfzig Jahre nach dem Staatsstreich ist die Rückbesinnung auf die revolutionären Kämpfe in Chile daher kein nostalgischer Akt kämpferischer Gesinnung oder eine bloße historiographische Übung.

### **Unterentwicklung schafft Ungleichheit**

1970 gab es nur knapp neun Millionen Chilen\*innen, und die überwiegende Mehrheit von ihnen lebte in materiell sehr prekären Verhältnissen und in Armut. Als Land des Bergbaukapitalismus par excellence verfügte das Land über immense natürliche Reichtümer, darunter die weltweit größten Kupfervorkommen, die sich mehrheitlich in den Händen von US-amerikanischem Kapital befanden. Diese Enklavenwirtschaft beinhaltete auch eine strukturelle Abhängigkeit vom Weltmarkt und stark repressive Klassen-, Rassen- und Geschlechterverhältnisse, von denen das in wenigen Händen konzentrierte Handels-, Schifffahrts- und Industriekapital sowie eine Handvoll Großgrundbesitzer als Erben der neokolonialen Ordnung profitierten.

Auf institutioneller Ebene hatte die Heimat der Dichter Vicente Huidobro, Gabriel Mistral und Pablo Neruda den Ruf einer stabilen Republik, die angeblich weniger anfällig für Militärputsche sei als ihre Nachbarn. Davon zeugte, dass die Verfassung über lange Zeiträume hinweg gleich geblieben war. Die Eliten sahen darin ein Vorbild inmitten des südamerikanischen Tohuwabohus, zumal diese Stabilität von den Streitkräften aus angeblichem Respekt vor der verfassungsmäßigen Ordnung loyal zum Vaterland verteidigt würde. Der Staat war ein starker, zentralistischer Staat, an dessen Spitze sich eine weiße und gemischtrassige Oberschicht zusammengeschweißt hatte, die ab den 1930er Jahren mitunter auch politische Vertreter aus subalternen Schichten integriert und gewisse soziale Fortschritte zugelassen hat. Dabei wurden jedoch

die Volksaufstände, die das 20. Jahrhundert erschütterten, militärisch oder staatlich oftmals unterdrückt.

Mit der Gründung der Widerstandsgesellschaften (Sociedades de resistencia) am Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Arbeiterbewegung zu einem wichtigen Faktor in der Politik Chiles. Politisch war sie um zwei große Organisationen herum organisiert: die 1922 gegründete Kommunistische Partei (KP), eine der größten in Lateinamerika, und die Sozialistische Partei (PS), die 1933 als Sammelpartei gegründet wurde, in der verschiedene Strömungen, darunter Reformisten, Trotzlisten und Guevaristen, zu finden waren. Als Teil der Volksfront (1938–1947) unter Führung der (bürgerlichen) Radikalen Partei machten beide Parteien ihre ersten Erfahrungen mit der Staatspolitik.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts versuchen diese parteipolitischen Kräfte, Arbeiterkämpfe und institutionelle Politik unter einen Hut zu kriegen. Einer ihrer prägenden Repräsentanten, Luis Emilio Recabarren (Gründer der Sozialistischen Arbeiterpartei – POS), vertrat diese Politik sein ganzes Leben lang und sah die Wahlen auch als eine Tribüne zur „Erziehung der Klasse“. Ab den 1950er Jahren wurde das Vorhaben konkret, die Macht um eine kommunistisch-sozialistische Achse herum an den Wahlurnen zu erobern. Diese Taktik fand auch in der Gewerkschaftsbewegung ihren Niederschlag: 1953 wurde die mächtige Central Unitaria de Trabajadores (Einheitszentrale der Arbeiter, CUT) gegründet, in der PS und KP neben einer zunehmend stärkeren Christdemokratie (DC) die Mehrheit bildeten. Diese breiten Bündnisse waren jedoch ständig von Turbulenzen erschüttert, die durch phasenweise Repressionen oder gar des Parteiverbotes (wie im Fall der KP, die zwischen 1948 und 1958 in den Untergrund gehen musste) noch verstärkt wurden.

Trotz des starken Gewichts der Oligarchie lassen die chilenische Republik und ihr kompromissorientierter Staat, der aus der Verfassung von 1925 hervorgegangen ist, institutionellen Spielraum. Das Parteiensystem gliedert sich um drei bei den Wahlen etwa gleich starke Blöcke: die sozialistische und kommunistische Linke, die konservative Rechte um die Nationale Partei (ab 1966) und das seit seiner Gründung 1957 erstarkende christdemokratische Zentrum.

Die revolutionäre Linke war mit der institutionellen und parlamentarischen Orientierung natürlich nicht einverstanden. Während die anarchistischen und libertären Bewegungen seit den 1920er Jahren an Gewicht verloren, kritisierten mehrere kleinere Strömungen, wie revolutio-

näre Christen, Trotzlisten und ab den 1960er Jahren auch Maoisten und Guevaristen, die reformistische und elektoralistische Ausrichtung der großen Parteien. Die Gründung der Bewegung der revolutionären Linken (MIR) im Jahr 1965, die anfangs eine hybride Strategie vertrat, einerseits für die permanente Revolution (beeinflusst von Trotzlisten), andererseits für den verlängerten und irregulären Volkskrieg (nahe am Guevarismus), spiegelte die Radikalisierung von Gewerkschafter\*innen, Arbeiter\*innen, Intellektuellen und Student\*innen wider. Sie argumentierten, dass der Bruch nicht nur mit dem Imperialismus, sondern auch mit der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat erfolgen müsse, wobei sie sich auch an den revolutionären Prozessen in Lateinamerika orientierten.

Ende der 1960er Jahre, mitten im Kalten Krieg, scheiterte die christdemokratische Regierung (1964–1970), die unter dem Motto „Revolution in Freiheit“ angetreten war und von der Kennedy-Regierung tatkräftig unterstützt wurde. Das versprochene Wachstum der Industrie blieb aus und die Repression begann wieder. Die organisierte Arbeiterklasse, die Kleinbauern, die Jugend und die Armen in den Städten (Pobladores) forderten substantiellere Veränderungen. Das Scheitern der populistischen Politik der Christdemokraten (DC) ebnete den Weg für die Linke: 1969 wurde offiziell die Unidad Popular (UP) gegründet. Diese Koalition wurde von der KP und der PS, aber auch von weiten Teilen der christlichen Linken getragen.

Deren Führer war der sozialistische Arzt und Freimaurer Salvador Allende, der bereits dreimal für die Präsidentschaft kandidiert hatte (1952, 1958, 1964). Der 1908 geborene Mitbegründer der PS und gewiefte Parlamentarier (er war zwischen 1964 und 1969 Präsident des Senats) sowie ehemalige Gesundheitsminister der Volksfront bekannte sich zum Marxismus. Er war ein Bewunderer von Fidel Castro, glaubte jedoch fest daran, dass man eine Revolution auf legale und gewaltfreie Weise durchführen und dabei die politische Tradition Chiles wahren könne. In Anlehnung an Joan Garcés, seinen engen Berater, vertrat Allende einen „politischen und institutionellen“ Übergang zum Sozialismus, der stetig und unter Wahrung der Verfassung von 1925 erfolgen sollte. Er setzte darauf, dass der Staat flexibel genug sei und – als Grundvoraussetzung – dass die Streitkräfte den Ausgang der allgemeinen Wahlen respektieren würden.

### Die Blütezeit ...

Die Entstehung der neuen Einheit der Linken verlief nicht reibungslos. Sie ging auf die Volksaktionsfront (Frente de

Acción Popular, FRAP) zurück, die seit den 1950er Jahren versuchte, die Kräfte zu vereinen, die „bereit sind, für ein antiimperialistisches, antioligarchisches und antifeudales Programm zu kämpfen“. Infolge der Ausstrahlung der kubanischen Revolution auf den ganzen Kontinent glaubte ein Teil der Linken, insbesondere der sozialistischen, dass ein solches Programm nicht ausreichte und dass es sich zu eng an der von den Kommunisten eisern verfochtenen Etappentheorie einer Revolution anlehne: erst gegen die Oligarchie, dann im Bündnis mit Teilen der nationalen Bourgeoisie und zuletzt sozialistisch.

Andererseits war die strategische Debatte über die Wege zum Sozialismus und zur Emanzipation von Washingtons Bevormundung noch lange nicht entschieden. Bewaffneter Weg oder legaler Weg? Politisch-militärische Konfrontation mit dem Staatsapparat oder Sieg bei den Wahlen auf der Grundlage der Volksbewegung? Santiago ist nicht Havanna und das Chile von 1970 hat nicht die Batista-Diktatur erlebt: Der unbewaffnete Weg erschien demnach als eine plausible Perspektive. Diese Position wurde von den Kommunisten und mit ihnen von der UdSSR vertreten, die darin einen Ausfluss ihrer Politik der globalen friedlichen Koexistenz (bestehend aus einer Aufteilung der Welt zwischen Kapitalismus und sozialistischem Lager) sah. Andererseits überzeugte die Tatsache, dass Allende im Begriff war, die Wahlen von 1958 gegen den konservativen Jorge Alessandri zu gewinnen, einen großen Teil der Parteikader.

Im September 1970 gewann Salvador Allende nach einem sehr dynamischen Wahlkampf die Präsidentschaftswahlen mit 36,6 % der Stimmen gegen den christdemokratischen Kandidaten Rodomiro Tomic mit 28 % und den rechtskonservativen Kandidaten Jorge Alessandri mit 35,2 %. Da die Verfassung nur einen Wahlgang vorsieht, oblag es dem Kongress, in Ermangelung einer absoluten Mehrheit zwischen den beiden führenden Kandidaten zu entscheiden. Das Ergebnis der Linken weckte große Hoffnungen, zeigte aber auch die Schwierigkeiten, die einer UP mit einer Minderheit im Parlament bevorstanden.<sup>1</sup> Allende musste sofort eine Reihe von „Demokratiever-sprechen“ mit der DC aushandeln und im Gegenzug für seine Kandidatur stabile Institutionen garantieren. Dieses Streben nach Vereinbarungen mit der politischen Mitte war ein ständiges Thema während der tausend Tage und belastete die Reformfähigkeit der Exekutive.

Das Programm der UP und die darin versprochenen vierzig Sofortmaßnahmen zielten auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, eine mutige Inangriffnahme

der Umverteilung des Reichtums und von Lohnerhöhungen, die Vertiefung der Agrarreform und die Kontrolle der wichtigsten nationalen Ressourcen ab. Die Enteignung der in den Händen des ausländischen Kapitals liegenden Kupferminen, die Verstaatlichung mehrerer Dutzend Monopolkonzerne und der wichtigsten Banken sollte die Schaffung eines Sektors gesellschaftlichen Eigentums (APS) ermöglichen, auch wenn die Wirtschaft weiterhin mehrheitlich privat bleiben würde. In einem ganz eigenen System sollten die Arbeiter\*innen die Unternehmen des öffentlichen Sektors mitverwalten.

Das Land erlebte ein wahrhaft revolutionäres Klima in verschiedenen sozialen Bereichen: Streiks und Besetzungen von Grundstücken und Fabriken nahmen sprunghaft zu, was der Linken zugute kam. Bei den Kommunalwahlen im April 1971 erhielt die Unidad Popular fast 50 % der Stimmen. Allende und das Politische Komitee der UP fragten sich, ob es nicht an der Zeit sei, den Kongress aufzulösen, neue Parlamentswahlen auszurufen und ein Referendum für eine neue Verfassung einzuleiten, die die Vergesellschaftung eines Teils der Produktionsmittel und die Einrichtung einer einzigen Parlamentskammer vorsah. Aber die KP war zurückhaltend und auch der Präsident zögerte. Die Chance wurde somit vertan.

Die Politik der Exekutive tangierte direkt die Interessen der Großbourgeoisie, das Vorantreiben der Agrarreform zerstörte die Macht der Großgrundbesitzer und die Verstaatlichung der Kupferminen (1971) wurde von den USA heftig bekämpft. Allende behauptete sich obendrein als internationaler Führer der blockfreien Länder, verteidigte das Recht der Kolonialländer auf Emanzipation mit allen Mitteln und prangerte den Imperialismus und das Weltfinanzsystem scharf an. Nach der kubanischen Revolution fürchteten die USA einen Dominoeffekt der kubanischen Revolution in ihrem eigenen Hinterhof. Ab 1969 versuchten die CIA und die US-Botschaft aktiv, den politischen Höhenflug von Allende zu verhindern, sogar mit Gewalt.

In der Folge machte sich die Rechte mit lautstarker und vehementer Unterstützung aus Washington daran, den politischen und sozialen Block, der die Regierung stützte, zu zerschlagen, und suchte Kontakt zu den reaktionären Sektoren der Streitkräfte. Die Attentate der rechtsextremen Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit, PyL) häuften sich, und auf die Christdemokratische Partei wurde ständiger Druck ausgeübt, bis sie 1972 in die Frontalopposition ging. Indessen verfolgte das Großkapital eine Taktik des Wirtschaftsboykotts, die verheerende Folgen



hatte. Die konservativen Medien, die bei diesem Vorgehen eine wichtige Rolle spielten, warnten ständig vor einer „marxistischen Diktatur“. Dieser Dauerbeschuss schnürte die Linke nach und nach ein, während die explodierende Inflation, der internationale Boykott und die Expansion des Schwarzmarktes die städtischen Mittelschichten von der Arbeiterbewegung entfremdeten. Eingesperrt in eine staatliche Zwangsjacke, die ihr keine Luft mehr zum Atmen ließ, geriet die UP zunehmend in die Defensive und gab die Initiative aus der Hand.

### ... und ihr tragisches Ende

Vor diesem Hintergrund spaltete sich die Linkskoalition schnell in einen gemäßigten Flügel (von Historikern als gradualistisch eingestuft), der von den Kommunisten und Allende angeführt wurde, und einen radikalen Flügel, der von einem Teil der Sozialistischen Partei und den Revolutionären Christen angeführt wurde, die zum kompromisslosen Vorgehen aufriefen und die kritische Unterstützung des MIR (unter der Führung von Miguel Enríquez) erhielten. Letztere prangerten den drohenden Staatsstreich und die Sackgasse des Legalismus an und forderten dringend eine entschlossene verfassunggebende Versammlung und die raschere Enteignung der Produktions- und Vertriebsmittel, um sie in den Dienst des Volkes zu stellen.

Diese Forderung kam von der Volksversammlung von Concepción, die im Juli 1972 verschiedene linke soziale und politische Organisationen vereinte, um den konterrevolutionären Charakter des Parlaments anzuprangern. Allende und die KP kritisierten umgehend die Verblendung und den Abenteuerismus dieser Resolution, und es dauerte nicht lange, bis die politische Polarisierung auch die Straßen erreichte. Die Regierung schien mit dem Ausmaß des Klassenkonflikts überrollt zu werden. Der von konservativen Frauen organisierte „Marsch der leeren Töpfe“, gefolgt von dem großen Streik für höhere Löhne der Bergarbeiter der Kupfermine El Teniente, der von der DC geschickt gegen die Exekutive instrumentalisiert wurde, zeigte, dass die Marxist\*innen keine Monopolstellung in den Massenbewegungen hatten. Auch ein Teil der Arbeiterbewegung war über das Programm der UP hinausgegangen.

Jeder Aufstandsversuch der Rechten oder Streik der Bosse wurde mit einer Vervielfachung der Formen der Selbstorganisation, der Direktversorgung und der Arbeiterkontrolle beantwortet, insbesondere im Oktober 1972 und im Juni 1973. Die Macht des Volkes wurde zur Realität, und es entstanden neue Organisationen wie die Cordones industriales in den proletarischen Vierteln der

großen Städte. Diese cordones weigerten sich, die besetzten Fabriken zurückzugeben, kritisierten die Unentschlossenheit und Halbherzigkeit der Regierung und schufen neue territoriale Koordinationen, ohne auf Befehle der CUT zu warten, auch wenn die Mehrheit von ihnen der UP treu blieb: der Genosse Präsident war weiterhin ihr Präsident. Auf dem Land blühten die wilden Landbesetzungen, die vom MIR angefacht wurden. Im kulturellen Bereich war die Revolution überall präsent: in der Musik und in den Liedern, in der Malerei und im Kino, an den Wänden und in den Unternehmen.

In Ermangelung einer einheitlichen Führung und in der Überzeugung, dass das Militär im Großen und Ganzen verfassungstreu war, glaubte die Regierung bis zuletzt, einen Bürgerkrieg vermeiden und gleichzeitig die Macht des Volkes auf legalistische Konzepte lenken zu können. Ab November 1972 wurden hochrangige Offiziere in verschiedene Ministerien integriert. Die Versetzung von General Prats, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, in das Innen- und später in das Verteidigungsministerium, beruhigte die Bevölkerung. Sein Einsatz war entscheidend für die Niederschlagung des Aufstands eines Panzerregiments im Juni 1973. Der revolutionäre Prozess schien in einer doppelten strategischen Sackgasse gefangen zu sein: dem institutionellen Weg zum Sozialismus, der völlig undurchführbar geworden war, und dem vom MIR vorgeschlagenen Weg, der minoritär blieb und sich kaum über eine im Wesentlichen politisch-militärische und avantgardistische Konzeption hinausging. Dazwischen schimmern bis heute die Ansätze der Volksmacht und der Cordones industriales als eine unvollendete Revolution von unten durch, die durch die historischen Umstände und den starken Gegenwind gebremst wurde.

Am Morgen des 11. September 1973 revoltierte mit ausdrücklicher Unterstützung der Nixon-Regierung ein Viertel der Offiziere. Unter ihnen befand sich Augusto Pinochet, der einige Wochen zuvor von Allende zum Chef der Streitkräfte ernannt worden war, weil er den Ruf eines Legalisten hatte. Die Linke stand dem waffenlos gegenüber und war nicht in der Lage, Widerstand zu organisieren, ebenso wenig wie die Cordones industriales. Anstatt sich den Verrätern im Generalsrang zu ergeben, beging Allende in seinem von Kampfjets bombardierten und von Soldaten umstellten Präsidentenpalast Selbstmord.

Der Kampf um Chile nahm ein dramatisches Ende. Gestützt auf den national-konservativen Katholizismus und die Doktrin der nationalen Sicherheit und mit der Operation Condor auf regionaler Ebene hob das Militär-

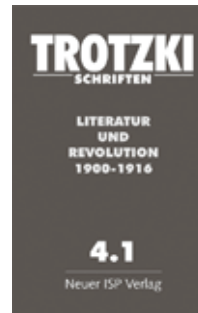
regime das Parlament auf, verbot die politischen Parteien, unterdrückte die Gewerkschaften, verhängte den Belagerungszustand und eine Zensur. Der Staatsterrorismus richtete sich gegen das „marxistische Krebsgeschwür“, das aus der Gesellschaft „rausgeschnitten“ werden musste, insbesondere gegen die Arbeiterklasse und die Aktivist\*innen. In den 16 Jahren der Diktatur folterten die Streitkräfte und die politische Polizei Zehntausende von Menschen und ermordeten mehr als 3200, von denen mehr als tausend bis heute als Häftlinge verschwunden sind (ihre Leichen wurden nie gefunden). Hunderttausende von Menschen wurden ins Exil gezwungen. Nach 1975 kamen zu diesen Zeiten der sozialen Verrohung auch die Zeiten einer Schocktherapie hinzu: eine veritable kapitalistische Konterrevolution verwandelte Chile in das weltweit erste Experimentfeld des Neoliberalismus.

*Übersetzung: MiWe*

1 Bei den Parlamentswahlen im März 1969 erhielten die Linken (KP und PS) 37 Abgeordnete (von 150) und 7 Senatoren (von 30), während die Radikale Partei 24 Abgeordnete und 5 Senatoren stellte. Die Christdemokraten verfügten über 56 Abgeordnete und 12 Senatoren und bestätigten damit ihre parlamentarische Dominanz.



## Neu bei ISP



### Trotzki Schriften 4

#### Teilband 4.1

*Literatur und Revolution  
(1900-1916)*

749 Seiten, Hardcover  
mit Schutzumschlag  
Subskriptionspreis 60,00 €  
ISBN 978-3-89900-912-5

*Subskriptionsprospekt bestellen (PDF oder gedruckt)!*

»Trotzki repräsentiert die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen existierte«, schrieb sein Biograph Isaac Deutscher. Bei der thematisch-chronologisch geordneten, kommentierten Edition Trotzki Schriften handelt es sich um die erste große deutsche Werkausgabe. Die Texte wurden aus dem Russischen neu übersetzt oder erscheinen erstmals in deutscher Sprache. Die in dem hier vorliegenden ersten Teilband von Band 4 enthaltenen 69 Texte dokumentieren Trotzki's Veröffentlichungen zu Kunst und Kultur aus den Jahren 1900-1916. 31 Texte liegen erstmals auf deutsch vor.

### Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# DER HINTERHOF WIRD IMMER KLEINER

Frankreich erlebt eine weitere Niederlage in seinem einstigen kolonialen Hinterhof in Westafrika. Zwei Monate nach dem Putsch in Niger zieht es unter dem Druck der dortigen Bevölkerung seinen Botschafter und seine Soldaten ab. Der folgende Beitrag zieht eine vorläufige Bilanz dieses Niedergangs im „Pré carré“.

■ **Paul Martial**

■ Mit Ausnahme des Sudans fanden die jüngsten Staatsstriche in Afrika alle in den ehemaligen französischen Kolonien statt. Auch wenn die Lage in Mali, Burkina Faso, Tschad, Guinea, Niger oder Gabun sehr unterschiedlich ist, stellen diese Militärputsche Paris vor die – i. A. kaum thematisierte – Frage, welche Politik es weiter in Afrika verfolgen soll.

Die Art und Weise, wie das Thema zumeist behandelt wurde, zeigt, welche Beziehung Frankreich zu seinen ehemaligen Kolonien unterhält. Die meisten glauben, dass Paris dabei ist, Afrika zu verlieren, als ob dieser Kontinent oder zumindest ein Teil davon trotz der sechs Jahrzehnte Unabhängigkeit weiterhin der ehemaligen Kolonialmacht gehören würde. Es gibt einen Konsens unter den großen politischen Kräften, ob rechts oder links, darüber, dass Frankreich durch seine gemeinsame Geschichte mit den ehemaligen Kolonien eine besondere Verantwortung hätte. Diese würde auch militärische Interventionen rechtfertigen.

So hatte bei der Debatte in der Nationalversammlung 2013 kein einziger Abgeordneter gegen die Verlängerung der Operation Serval gestimmt, der ersten militärischen Intervention in Mali, der später eine zweite in der gesamten Sahelzone unter dem Namen Operation Barkhane folgte. Einer der Abgeordneten, der als ganz links galt, erklärte hierzu: „Es ging um Wesentliches, nämlich zu verhindern, dass den Maliern ein Terrorregime aufgezwungen wird, und die Sta-

bilität der Sahelzone zu wahren. (...) Unsere Unterstützung erfolgte daher unter einigen Vorbehalten, aber unbestreitbar haben unsere Truppen vor Ort große Erfolge erzielt.“

## Frankreichs Interessen

Die jetzige Situation ist eine Folge des Entkolonialisierungsprozesses, den Frankreich Anfang der 1960er Jahre eingeleitet hat. Die französische Regierung hatte erkannt, dass die Aufrechterhaltung der Kolonien mit zunehmenden politischen Folgekosten behaftet war. Daher gedachte sie, eine formale Unabhängigkeit zu gewähren und gleichzeitig die Unterordnung, letztlich also die kolonialen Verhältnisse, aufrechtzuerhalten. Diese Politik nannte man *Françafrique* und sprach von der Unabhängigkeit der Flagge, wobei sich lediglich die Farben der Flagge änderten.

Diese Unterordnung wurde durch zwischenstaatliche Abkommen formalisiert, die Frankreichs militärische Präsenz, die Kontrolle über die Währung durch die Beibehaltung des CFA-Franc und das Monopol auf den Zugriff auf Rohstoffe, insbesondere Erdöl und Uran, garantierten. Parallel dazu waren in den wichtigsten Ministerien Legationen von französischen Entwicklungshelfern vertreten und allen Staatsechefs wurden französische Politikberater zur Seite gestellt. Mitunter verkam die Lage zur Karikatur, wie das Beispiel des kongolesischen Präsidenten Denis Sassou N'guesso, eines Autokraten von seltener Loyalität

zu Frankreich, zeigt. Bei einem Staatsbesuch in den 1990er Jahren bei seinem zentralafrikanischen Amtskollegen Kolingba erklärte er: „Er spielte nicht einmal den Staatsführer. Als wir, wohlgermerkt die Chefs der Nachbarstaaten, am Flughafen ankamen, erschien der französische Kommandeur, ein gewisser Mansion, in Shorts und kurzärmeligem Hemd, um uns zu begrüßen.“

Genauso bezeichnend ist eine weitere Anekdote, nämlich, dass es unter der Herrschaft von Felix Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste einen Tunnel zwischen der französischen Botschaft und dem Präsidentenpalast gab.

Der afrikanische Hinterhof Frankreichs hat sich weiterentwickelt und später auch die französischsprachigen Länder aus der belgischen Kolonialzeit umfasst. Dieser Hinterhof galt als exklusive Domäne des französischen Präsidenten, der nach eigenem Gusto Militäroperationen anordnen konnte.

Ähnlich gelagert war die Monroe-Doktrin, die die Beziehungen zwischen den USA und den lateinamerikanischen Ländern regelte. Sie wurde im 19. Jahrhundert ausgearbeitet und entwickelte sich schrittweise weiter als Fundament der Politik Washingtons gegenüber den Ländern des südamerikanischen Kontinents, die als Domäne der USA galten.

Die *Françafrique* hat sich natürlich weiterentwickelt, aber die Grundlagen sind geblieben. Man kann vier Achsen unterscheiden: die militärische Präsenz, die Beibehaltung der Währungskontrolle, die Unterstützung der jeweiligen Machthaber und die diplomatische Loyalität. Sicherlich hat es im Laufe der Geschichte immer wieder Veränderungen gegeben: Was Frankreich früher ungestraft tun konnte, z. B. 1964 in Gabun die Diktatur von Léon M'Ba wieder zu errichten oder in der Zentralafrikanischen Republik Bokassa zu stürzen, der sich Gaddafis Libyen gefährlich annäherte, ist heute viel schwieriger, insbesondere nach der Komplizenschaft der französischen Armee beim Völkermord an den Tutsi in Ruanda im Jahr 1994.

Was den CFA-Franc anlangt, musste die französische Regierung Zugeständnisse bei der Handhabung dieser Währung machen. Auch auf diplomatischer Ebene hat Frankreich nicht mehr die Führungsrolle über seine ehemaligen Kolonien, wie man beim Votum zur Verurteilung der russischen Aggression in der Ukraine sehen konnte, wo sich Länder wie Senegal, Togo, Kamerun oder die Republik Kongo, also traditionelle Verbündete Frankreichs, der Stimme enthielten.

### Neokolonialismus in der Krise

Die tiefe Krise des französischen Imperialismus in Afrika wurde durch die angeblichen militärischen Erfolge der

französischen Armee in Mali bei der Operation Serval kaschiert. Zur Erinnerung: Die imperialistische Intervention Großbritanniens und Frankreichs, die von den USA in Libyen unterstützt wurde, führte zu einer völligen Destabilisierung der Region. Zahlreiche Tuareg aus Mali, die in Gaddafis Armee integriert worden waren, kehrten im wahrsten Sinne des Wortes mit Waffen und Gepäck in ihre Heimat zurück und begannen einen Guerillakrieg, von dem letztlich die Dschihadisten profitierten.

Um den Vormarsch der islamistischen Rebellen aufzuhalten, bat der damalige Präsident Malis, Amadou Toumani Touré, Frankreich um eine bewaffnete Intervention, die sog. „Operation Serval“. Die Terroristen wurden dabei keineswegs besiegt, wie die französische Regierung behauptete, sondern es wurde lediglich eine Zersplitterung der dschihadistischen Kräfte bewirkt, die sich auf den Norden des Landes verteilten. Danach wurde aus der Operation Serval die Operation Barkhane mit einer geografischen Ausweitung des Einsatzgebiets auf den Sahel-Sahara-Streifen. Die Operation Barkhane erstreckte sich auf drei Länder: Mali, Burkina Faso und Niger. In all diesen drei Ländern gab es inzwischen einen Staatsstreich.

Allen Versprechungen zum Trotz war die französische Armee nicht in der Lage, eine für die Bevölkerung annehmbare Sicherheitslage wiederherzustellen. Im Gegenteil, die Lage hat sich erheblich verschlechtert, sodass die verschiedenen bewaffneten Gruppen laut Alioune Tine, einem vom UN-Menschenrechtsrat beauftragten Experten, fast drei Viertel des malischen Territoriums und in Burkina Faso mehr als 40 % kontrollieren. Dieser Misserfolg hat die Glaubwürdigkeit Frankreichs untergraben.

Die Ressentiments eines Großteils der afrikanischen Jugend gegen die französische Politik sind jedoch schon viel älter. Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Nicolas Sarkozy, sorgte 2007 mit seiner Rede in Dakar für Schlagzeilen. Er erklärte, dass Afrika nicht [vollständig] in die Geschichte eingetreten sei. Diese Behauptung griff Hegels von der Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten widerlegte Vorstellung von Afrika als einem Kontinent von „Völkern ohne Geschichte“ wieder auf. In derselben Rede vertrat er auch die Ansicht, dass die Kolonialisierung auch positive Aspekte gehabt habe. Erst kürzlich beschwor Bruno Retailleau, Fraktionsvorsitzender der konservativen *Les Républicains* im Senat, die goldene Zeit des Kolonialismus.

Mit Emmanuel Macron geht die Arroganz weiter. Einmal verspottete er seinen Gastgeber und Amtskolle-

gen aus Burkina Faso, ein anderes Mal schwadronierte er über die zu hohe Geburtenrate afrikanischer Frauen als vorgebliche Ursache für Afrikas Probleme. In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) tönnte er, dass das Land unfähig sei, seine Souveränität zu verteidigen und dass Frankreich dabei außen vor bleiben wolle, und unterschlug dabei, dass die Sicherheitskrise zum großen Teil eine Folge der Operation Turquoise ist. Frankreich hatte nämlich Tausende von Völkermördern aus Ruanda, die die Kivu-Region geplündert hatten, in die DRK geschleust. Zu Beginn des Jahres 2020 berief Macron, wie er es auch mit den Präfekten der Departements zu tun pflegt, die afrikanischen Präsidenten der Sahelzone nach Pau ein, um ihnen die Leviten zu lesen. Angeblich würden sie die in ihren Ländern stationierten französischen Truppen nicht ausreichend verteidigen.

Hinzu kommen Frankreichs repressive Einwanderungspolitik, islamfeindliche Maßnahmen im Namen der „Säkularität“ und seine Politik nach zweierlei Maß. Paris verurteilt die Staatsstriche in Mali, Burkina oder Niger, billigt aber im Tschad die Machtübernahme durch den Sohn des verstorbenen Diktators Idriss Déby, gibt schnarrende Erklärungen zur Demokratie in Afrika ab und hofiert zugleich Autokraten, die durch Wahlfälschungen oder nach Verfassungsmanipulationen gewählt wurden.

Frankreich hält ganz offensichtlich an seiner neokolonialen Politik fest, was Niger als jüngstes Beispiel zeigt. Unter dem Vorwand, die von den Putschisten eingesetzte Regierung nicht anzuerkennen, versuchte die französische Regierung, ihren Botschafter, obwohl er zur Persona non grata erklärt worden war, und ihre 1500 in Niamey stationierten Soldaten zu belassen. Eine fadenscheinige Position, da alle gemeinsamen Operationen der nigrischen und der französischen Armee gegen die Dschihadisten storniert wurden. Angesichts der Massenmobilisierungen der nigrischen Bevölkerung, die die französische Botschaft und den Militärstützpunkt blockierte, musste die französische Regierung zurückrudern und den Abzug der Truppen bis Ende des Jahres ankündigen. Zugleich schlägt sich Macron auf die Seite der Bellizisten in der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die eine militärische Intervention befürworten. Hier ist Wachsamkeit geboten, denn selbst während der Abzugsphase könnte Frankreichs Präsenz noch immer als Basis bei einer militärischen Operation der ECOWAS fungieren. Eine plausible Hypothese. *Le Monde* berichtete, dass eine französische Intervention geplant war, um den gestürzten Präsidenten Mohammad

Bazoum zu befreien, was im letzten Moment auf dessen Wunsch hin abgesagt wurde.

Es gibt noch weitere Beispiele für die Einmischung der französischen Armee in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Länder. So wurde die Operation Licorne in der Elfenbeinküste, die ursprünglich dazu gedacht war, Frieden zwischen den von Alassane Ouattara angeführten Rebellen und der Regierung von Laurent Gbagbo zu stiften, 2011 dazu genutzt, Gbagbo zu stürzen. Im Jahr 2019 bombardierte die französische Armee die Kolonnen der Rebellenbewegung Union des forces de la résistance (UFR) und rettete so die Diktatur von Idriss Déby im Tschad.

Frankreichs ultimativistische Politik verkommt zur Possen. Jüngst mussten alle öffentlichen Schauspielhäuser die Zusammenarbeit mit Künstler\*innen aus Niger, Burkina Faso und Mali einstellen. Die Visa von Studenten aus diesen drei Ländern werden ausgesetzt. Als ob Künstler\*innen und Student\*innen für die Staatsstriche in ihren Ländern verantwortlich wären.

## Afrika im Wandel

Die Ressentiments gegen Frankreich und generell gegen die reichen Länder lassen sich auch durch die tiefgreifenden Veränderungen erklären, die die afrikanischen Länder durchlaufen.

Die Demokratisierungswelle seit den 1990er Jahren erfolgte gleichzeitig mit der von den internationalen Finanzinstitutionen auferlegten Strukturanpassungspolitik. Außerdem beschloss das französische Finanzministerium 1994 für die Länder des CFA-Franc eine 50%ige Abwertung, was zu einer erheblichen Senkung des Lebensstandards führte. Die afrikanischen Regierungen haben sich ihrerseits außerstande gezeigt, eine andere Wirtschaftspolitik einzuleiten. Nicht nur, dass sie sich den Forderungen der Weltbank und des IWF unterworfen haben, vielmehr haben die meisten aus den Herrscherfamilien bei der Privatisierung ganzer Wirtschaftszweige kräftig profitiert. In den Augen der Bevölkerung haben sich die Politikerkaste und ihre Pseudodemokratie damit diskreditiert, während Staatsstriche eine gewisse Popularität erlangt haben.

Auf dem Kontinent haben sich tiefgreifende Entwicklungen vollzogen. Die Beziehungen zwischen Viehzüchtern und Landwirten haben sich aufgrund der Klimakrise erheblich verschlechtert. Der Streit um Wasserstellen und Land führt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, in die mitunter ganze Sippen hineingezogen werden. Auf diesem Boden gedeihen die verschiedenen islamistischen Grup-

pen, die von diesen Spaltungen profitieren und sie oftmals auch schüren. Mitunter zielen sie auch darauf ab, die sozialen Hierarchien mancher afrikanischer Gemeinschaften zu untergraben. Dies gilt besonders für die Islamisten der Katiba Macina, die in Zentralmali aktiv sind. Sie richten sich vor allem an die benachteiligten Fulani-Hirten, indem sie die für die Weidehaltung der Herden fälligen Tribute in Frage stellen, aber auch die Marabouts, die religiösen Würdenträger, wegen ihrer Habgier kritisieren. Manche Beobachter gehen sogar so weit, die dschihadistischen Kämpfe in Zentralmali als radikalen Kampf der armen Landbevölkerung zu bezeichnen.

Des Weiteren kommt es zu Veränderungen durch die Anfechtung der sozialen Hierarchie, die aus der inferioren Abstammung – d. h. Familien, die von Sklaven abstammen – oder der Verpflichtung zur Unterordnung der Jüngeren gegenüber den Älteren rührt. Daneben sind es die Kämpfe der Frauen in den Städten, aber auch auf dem Land, die sich in Westafrika an Sierra Leone ein Beispiel genommen und das Recht der Frauen auf Landbesitz erfochten haben.

Infolge dieser Entwicklungen ist die Bevölkerung, insbesondere unter den jüngeren Menschen, nicht mehr bereit, ihr bisheriges Leben weiter zu führen. Diskurse, die eine glaubwürdige Alternative zu fragwürdig gewählten und korrupten Regierungen bieten, stoßen bei einer perspektivlosen Jugend auf Zustimmung. Diese Diskurse werden in der Sahelzone von bewaffneten oder unbewaffneten Islamisten und von Putschisten, die sich einer nationalistischen Rhetorik befleißigen, bedient. Beiden Tendenzen ist eines gemein, nämlich das Misstrauen gegen den Westen.

Frankreichs Regierung war nicht in der Lage, diese tiefgreifenden Veränderungen zu erkennen und zu berücksichtigen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Während der Operation Barkhane setzte Frankreich sich damit durch, den Konflikt militärisch beilegen zu wollen. Doch in Mali hatte sich die Konferenz der Nationalen Verständigung, die 2017 ihre Arbeit aufgenommen hatte, für die Aufnahme von Verhandlungen mit den islamistischen Rebellen ausgesprochen, zumindest mit denjenigen, die Malier waren. Als 2019 der Nationale Dialog unter Einschluss der Bevölkerung stattfand, wurde erneut dieselbe Forderung von den Organisationen der Zivilgesellschaft erhoben. Frankreich verweigerte sich hartnäckig und setzte seine „Politik der totalen Sicherheit“ durch, mit dem bekannten Ergebnis. Und die Ironie der Geschichte: Die Putschisten in den Ländern der Sahelzone mit ihrer dezidierten antifranzösischen Verve wenden letztlich dieselben Rezepte an,

ohne auch nur zu versuchen, die verheerenden Konflikte in der Region politisch anzugehen.

### Unter Geiern

Wo Frankreich in seiner Rolle als Gendarm Afrikas als Garant für Stabilität galt, werden die Karten nach dem militärischen Debakel in der Sahelzone neu gemischt. Die chinesische Präsenz zeigt sich nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern zunehmend auch militärisch mit dem Stützpunkt in Dschibuti, der militärischen Ausbildung afrikanischer Offiziere und der Lieferung von Waffen. Dasselbe gilt für Russland, das seit 2014 ein großes Comeback auf dem Kontinent feiert und dabei von seiner Vergangenheit der antikolonialen Solidarität, einer antiwestlichen Politik und der Schwäche des französischen Imperialismus profitiert. Notabene hatte sich dereinst die Regierung der Zentralafrikanischen Republik auf Anraten der französischen Diplomatie an die Russen gewandt, die in den Vereinten Nationen ihr Veto gegen Waffenimporte in das Land aufrechterhielten. Sergej Lawrow witterte die Gelegenheit und unterbreitete dem Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Faustin-Archange Touadéra, eine militärische Partnerschaft mit dem Eingreifen der Wagner-Miliz.

Auch die USA gehen auf Distanz zur französischen Politik in Afrika. Der Fall Niger ist aufschlussreich. Washington, das einen wichtigen Militärstützpunkt besitzt, entschied sich für Verhandlungen mit den Putschisten und nicht – wie Frankreich – für die Konfrontation. Abgesehen von der für notwendig erachteten Präsenz im Land ziehen die USA eine negative Bilanz von Frankreichs Strategie in der Sahelzone zur Bekämpfung des Terrorismus.

Obwohl Frankreich in Afrika als ein niedergehendes Imperium gilt, ist es immer noch mächtig genug, Schaden unter der Bevölkerung anzurichten. Dies zeigt sich in der Unterstützung der afrikanischen Autokraten im Tschad, in Togo, im Senegal, in der Elfenbeinküste und anderen Ländern. Daher müssen fortschrittliche Kräfte ihren kompromisslosen Kampf gegen Frankreichs Neokolonialismus in Afrika aufrechterhalten und die entschieden zu lang währende Agonie der Françafrique verkürzen.

Übersetzung: MiWe

# DREISSIG JAHRE NACH OSLO

Das Osloer Abkommen war ein historisches Ereignis gewesen. Fast dreißig Jahre später spricht jedoch niemand mehr davon, wenn es um die Situation in Palästina geht. Vom „Friedensprozess“ oder dem „Quartett“, die in den 1990er und 2000er Jahren noch tonangebend waren, ist nicht mehr die Rede, so weit sind die Hoffnungen in die Ferne gerückt, die diese Abkommen geweckt hatten.

■ **Edouard Soulier**

Die Abkommen vom 13. September 1993, die vom israelischen Staat und dem Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichnet wurden, sollten eine dauerhafte Lösung des „Konflikts“ herbeiführen und die Gründung eines palästinensischen Staates ermöglichen – eine historische Forderung der nationalen Befreiungsbewegung. Das Abkommen sah vor, dass die Gebiete des Westjordanlandes nach und nach unter die Kontrolle einer neu geschaffenen Palästinensischen Behörde gestellt werden sollten.

Dieser Übergang sollte über eine Aufteilung der Gebiete des Westjordanlandes in drei Zonen erfolgen: die Zonen A, B und C für eine Übergangszeit von fünf Jahren. Diese Aufteilung entsprach der israelischen Forderung nach einer differenzierten Verwaltung dieser Zonen. Dabei handelt es sich bei den Gebieten in Zone A (18 % der Gesamtfläche der Gebiete) im Wesentlichen um die großen palästinensischen Städte (außer Hebron), in denen der Großteil der Bevölkerung lebt. Sie stehen unter palästinensischer ziviler und militärischer Kontrolle. Die Zone B, etwa ein Viertel des Gebiets, umfasst die palästinensischen Dörfer und steht unter palästinensischer Zivil- und israelischer Militärkontrolle. Der Rest, 60 % des Territoriums (Zone C), ist der einzige nicht fragmentierte Landstreifen und steht vollständig unter israelischer Kontrolle. Er umfasst die israelischen Siedlungen im Westjordanland, in

Gaza (seit 2005 aufgelöst) und in Ostjerusalem, das unter israelischer Militärkontrolle steht.

## Eine Scheinautonomie

Fast dreißig Jahre später hat sich die Lage in diesen provisorischen Zonen kaum verändert, während die Zahl der Siedlungen (in Zone C) explodiert ist: Fast 14 000 Siedler lassen sich durchschnittlich jedes Jahr in den besetzten Gebieten nieder. Im Jahr 2021 wurden 460 000 Siedler gezählt, gegenüber 110 000 zum Zeitpunkt des Osloer Abkommens. Die Osloer Verträge wurden nie zwischen zwei gleichberechtigten Partnern geschlossen, sondern waren ein Abkommen, das von einem Besatzer einem Besetzten aufgezwungen wurde, der wenig Einfluss auf die Verhandlungen hatte. Darüber hinaus waren die Formulierungen vage, mehrdeutig und zugunsten von Israel gehalten. So sahen sie beispielsweise keinen Siedlungsstopp in Gebieten vor, die den Palästinenser\*innen zurückgegeben werden sollten. Folglich baute Israel die Siedlungen auch nach der Unterzeichnung des Abkommens weiter aus.

Selbst wenn die Osloer Verträge wie geplant umgesetzt worden wären, hätten sie de facto ein Palästina geschaffen, das 10 % seines historischen Territoriums umfasst hätte – fragmentiert zwischen Gaza und dem Westjordanland und mit einem „Staat“ unter ständiger Vormundschaft ohne echte Autonomie für die Palästinenser\*innen. Das

palästinensische Volk wäre weiterhin zersplittert gewesen zwischen den Bewohner\*innen des Westjordanlandes, den innerisraelischen Vertreibungsoptionen von 1948 und natürlich den Flüchtlingen.

### **Besatzung unter anderen Vorzeichen**

Demnach hätte der Oslo-Prozess niemals dazu führen können, die nationalen Rechte der Palästinenser\*innen zu wahren. Die palästinensische Führung wurde de facto von den Besatzern aufs Schild gehoben und in die Organisation der Besatzung strukturell eingebunden. Diese Verträge und der „Friedensprozess“ dienten von Anfang an dazu, die Besatzung der palästinensischen Gebiete so umzustrukturieren, wie es von Teilen der israelischen Führung seit langem geplant war.

„So wie die Osloer Verträge konzipiert waren, ermöglichten sie es faktisch den israelischen Behörden, der paradoxen Situation zu entkommen, mit der sie seit dem Krieg vom Juni 1967 konfrontiert waren, als der Staat Israel ganz Palästina besetzt hatte – das 1947 bis 1948 auf dem Papier geteilt worden war. [...] Der militärische Erfolg hatte ein politisches Problem geschaffen: Israel beherbergte nun die Palästinenser\*innen des Westjordanlandes und des Gazastreifens, die zu den nach 1948 in Israel lebenden Palästinenser\*innen hinzukommen. Der Anspruch des Staates Israel, gleichzeitig ein „jüdischer Staat“ und ein „demokratischer Staat“ zu sein, war somit ernsthaft gefährdet.“

Unter diesem Blickwinkel muss man die israelische Strategie und die hinter der Aufteilung in „Zonen“ stehende Dynamik betrachten, nämlich als Verzicht auf die Souveränität über die am dichtesten besiedelten palästinensischen Gebiete, während die Kontrolle über das Jordantal, die Uferregionen des Toten Meeres und Jerusalem – unter Ausweitung von dessen Stadtgrenzen – bestehen blieb. Die Anordnung der Siedlungen, der Verlauf der den Siedlern vorbehaltenen Straßen und die Fragmentierung des Westjordanlandes sind nichts als die konkrete Ausgestaltung dieser Strategie. Somit handelt es sich auf israelischer Seite mitnichten um einen historischen Kompromiss, sondern vielmehr um einen Reflex auf die Intifada von 1987, die die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten ins Licht der Öffentlichkeit brachte, zur Delegitimierung des Staates Israel beitrug und den Nahen Osten zu destabilisieren drohte.

### **Die Mär vom eigenen Staat**

Die auf die Osloer Erklärung folgenden Abkommen schlugen sich im April 1994 in den Pariser Verträgen nieder, in

denen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den palästinensisch „kontrollierten“ Gebieten und dem Staat Israel festgelegt wurden. De facto steht die palästinensische Wirtschaft unter israelischer Kontrolle: Einfuhrbeschränkungen, Festsetzung der Steuersätze etc. Im Jahr 1995 wurden im Taba-Abkommen, auch Oslo II genannt, die Bedingungen für die Übertragung der besetzten Gebiete an die Palästinenser (Zonen A und B) unter der Bedingung festgelegt, dass die neue palästinensische Behörde die Sicherheit der Besatzer gewährleistet, d. h. den palästinensischen Widerstand gegen die Besatzung unterdrückt. Von der Osloer Erklärung bis heute sind die zahlreichen nachfolgenden „Verhandlungen“ oder „Friedens“-Pläne – Camp David 2000, das Quartett 2002, Anapolis 2007 – alle an der Weigerung Israels gescheitert, die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates auf einem Teil der historischen Gebiete Palästinas zu akzeptieren, unter dem Vorwand, dass die „Sicherheit“ nicht gewährleistet sei.

Die Osloer Verträge waren nicht nur auf die Bedürfnisse des israelischen Staates zugeschnitten, sondern behandelten die Kolonialisierung der Palästinenser\*innen durch Israel wie einen symmetrischen Konflikt zwischen zwei antagonistischen Staaten: Jeder noch so geringe Gewaltakt führt zu einer „Entsprechung“ auf der Gegenseite, ohne die eklatante Ungleichheit der Opfer, Zerstörungen etc. zu berücksichtigen. Oslo machte es erst möglich, eine als provisorisch vorgesehene „Staatsform“ der Palästinenser\*innen zu einer Dauereinrichtung zu machen, da die Betroffenen die für sie nachteiligen Verträge nicht widerspruchslos hinnehmen wollten. Jeder noch so kleine Vorwand wurde genutzt, um die Repressionschraube im Namen des „Friedensprozesses“ noch stärker anzuziehen und die Kolonialisierung noch weiter auszudehnen. Wohingegen die Verpflichtungen, die Israel durch Oslo auferlegt wurden, immer situationsbezogen waren, wobei Israel frei war, die „Situation“ jeweils selbst zu bewerten, insbesondere in Sicherheitsfragen.

Diese weder hinsichtlich des politischen noch des militärischen Einflusses bestehende Symmetrie des Konflikts nutzte Israel aus, um sich international sowohl politisch als auch medial eine wohlwollende Neutralität zu verschaffen.

### **Ein Apartheidstaat**

Seit gut zehn Jahren spricht kein Mensch mehr über diesen „Friedensprozess“ oder beruft sich auf die Roadmap, die im Osloer Abkommen festgelegt wurde. Die dama-



lige Sichtweise wurde vielmehr in ihr völliges Gegenteil verkehrt, wobei die internationale Gemeinschaft weiterhin die Maskerade der Symmetrie zwischen zwei Lagern aufrecht erhält, während der israelische Staat sich immer weiter radikalisiert.

„Im Jahr 2018 verabschiedete das israelische Parlament ein neues Grundgesetz mit dem Titel „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“, in dessen Artikel 1 es heißt: „Die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist dem jüdischen Volk vorbehalten“, ein Recht, das den Palästinenser\*innen also verwehrt wird; ein weiterer Artikel besagt, dass „der Staat die Ausweitung der jüdischen Siedlungen als nationales Ziel ansieht und dahingehende Initiativen und Bemühungen fördern und unterstützen wird“. Das bedeutet, dass ein Recht darauf besteht, Land zu beschlagnahmen, das Palästinensern gehört. Dieser Text institutionalisiert eine Praxis, die Israel seit Jahrzehnten zu einem Apartheidstaat macht. Im Jahr 2021 kam die israelische Organisation B'Tselem zu dem Schluss, dass es „ein [rassistisch konnotiertes] Regime jüdischer Vorherrschaft zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer“ gibt. Dem schlossen sich zwei große internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Human Rights Watch und Amnesty International an.“

Doch trotz der faktischen Unterstützung durch die USA und Europa wird das Image Israels immer stärker getrübt: Der hartnäckige Widerstand der Palästinenser\*innen hat dafür gesorgt, dass ihre Situation immer noch international beachtet wird und das Thema trotz des systematischen Vetos der USA regelmäßig bei den Vereinten Nationen und anderen UN-Arbeitsgruppen auf der Tagesordnung steht.

Die Solidaritätskampagne BDS (Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen), die von der palästinensischen Zivilgesellschaft vorangetrieben wird, konterkariert die Selbstdarstellung Israels als normale Nation. Auch wenn es nur wenige und eher symbolische Siege via Boykott und Desinvestitionen gibt, so haben sie doch Früchte getragen und die Debatte über den Kampf der Palästinenser\*innen und die Ungerechtigkeit, die sie im besetzten Palästina täglich erleben, in Gang gebracht. Die Faschisierung der israelischen Gesellschaft und der Widerstand, den sie in der israelischen Zivilgesellschaft hervorruft, dürfen nicht über das Ausmaß der Kolonialisierung und das Schicksal der Palästinenser\*innen unter der Besatzung hinwegtäuschen.

Dreißig Jahre später wurden die Hoffnungen, die durch die Osloer Abkommen geweckt wurden, enttäuscht. Sie zeigen bloß, wie man es nicht machen sollte. Es kann

keinen „Friedensprozess“ unter Besatzung und Kolonialisierung geben.

aus: *l'Anticapitaliste* vom 7. September 2023

Übersetzung: MiWe



# PALÄSTINA: KEIN THEMA BEI DEN PROTESTEN

---

Im Juli peitschte Israels rechtsextreme Regierung ein Gesetz durch, das die Macht des Obersten Gerichtshofs des Landes untergräbt. Bei den israelischen Protesten gegen das Gesetz bleibt einer der wichtigsten Aspekte nahezu unerwähnt: Die Reform macht es Israel noch leichter, die Rechte der Palästinenser mit Füßen zu treten. Das folgende Interview mit **Sami Abu Shehadeh** führte **Jordan Bollag** für *Jacobin*.

---

**Jordan Bollag: Was ist in Israel los? Was ist Ihre Reaktion auf die Verabschiedung des Gesetzes zur Justizreform?**

**Sami Abu Shehadeh:** Was in Israel passiert, spiegelt zwar eine sehr komplizierte Situation wider, aber es wäre realitätsfern, darin etwas Neues zu sehen. Was wir jetzt erleben, sind die Folgen eines mindestens zwei Jahrzehnte dauernden Niedergangs mit Hinwendung zur faschistischen Rechten und den extremen nationalreligiösen jüdischen Organisationen, die fast alle wichtigen Entscheidungsprozesse in Israel kontrollieren. Zugleich erleben wir den Verfall des politischen Diskurses in Israel und einen religiös-fanatischen Umgang mit der Realität.

Im Laufe der ganzen letzten Jahre haben die nationalreligiösen Extremisten – Zionisten – die Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungsprozesse übernommen und sind in allen israelischen Ministerien und an allen wichtigen Stellen in der israelischen Regierung überrepräsentiert. Diese neuen Eliten sind im Wettstreit mit den alten Eliten; diese, die den Staat Israel gegründet haben, waren liberale Zionisten. Aus palästinensischer Sicht sind jedoch beide Siedlungskolonialisten, deren Agenda auf jüdischer Vorherrschaft beruht.

Die Auseinandersetzung zwischen ihnen dreht sich darum, welche Art von jüdischer Vorherrschaft sie in diesem

Teil der Welt anstreben. Die alten Eliten wollen eine jüdische Vorherrschaft, die auf der Rasse beruht, aber liberal mit der hier lebenden jüdischen Bevölkerung umgeht, und die neuen Eliten wollen eine jüdische Vorherrschaft, die auf einem fanatischen national-religiösen Diskurs beruht. Sie streiten also darum, welche Identität der Apartheidstaat in Israel haben soll.

**Als Reaktion auf die Justizreformen gab es massive Proteste, Streikandrohungen und Rücktritte aus dem Militär. Wie ordnen Sie sich als palästinensischer Bürger Israels in diese oppositionelle pro-demokratische Bewegung ein?**

Wir sind nicht Teil der Protestbewegung, denn ihre politischen Forderungen sind sehr weit von unseren entfernt. Die alten Eliten, die versuchen, die Kontrolle über den Staat zurückzugewinnen, wollen keinen Staat und keine Gesellschaft aufbauen, die auf den Werten der Gerechtigkeit und Gleichheit für alle beruht. Das Einzige, was sie wollen, ist, zum Status quo ante ein paar Monate vor den letzten Wahlen in Israel zurückzukehren. Aus ihrer Sicht war das alte rassistische Apartheidregime erträglich, solange es nur palästinensisches Leben kostete. Damit konnten sie leben.

Wir als Opfer dieses rassistischen Apartheidregimes haben keine gute Vergangenheit in der israelischen Geschich-

te erlebt, die für uns wieder anstrebenswert wäre. Unsere politische Agenda ist eine ganz andere. Unser Ziel ist es, eine bessere Zukunft aufzubauen, die auf den Werten der Menschenrechte beruht – vor allem auf Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Menschen, die in diesem Teil der Welt leben.

Wir wollen ernsthafte Veränderungen innerhalb der israelischen Regierung, um sie von einem Staat, der auf Rassenzugehörigkeit aufgebaut ist, einem jüdischen Staat, in eine normale Demokratie zu verwandeln, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit für alle gründet und alle Bürger gleich behandelt, ob sie Juden sind oder nicht. Wir sind die einheimische Bevölkerung in diesem Teil der Welt, und wir sind nicht jüdisch. Wir sind 20 Prozent der Bevölkerung dieses Staates, und wir wollen eine bessere Zukunft für alle, für Juden und für uns. Wir glauben, dass wir ein politisches Regime haben sollten, das sich von dem unterscheidet, was bisher existierte, denn beide Seiten – die Befürworter und die Gegner der Justizreform – wollen ein System jüdischer Vorherrschaft.

Die arabisch-palästinensische Minderheit, die 20 Prozent der Bevölkerung des Staates Israel ausmacht, ist nicht nur nicht Teil der Protestbewegung, sondern wir sind auch nicht [ernsthaft in israelische Institutionen eingebunden – ergänzt v. Red. Jacobin]. Wenn man sich sämtliche Ministerien seit der Gründung des israelischen Staates anschaut, haben wir kaum existiert. Wenn man sich die Leiter dieser Ministerien ansieht, waren wir dort nie vertreten. Wenn man sich irgendeinen wichtigen Entscheidungsprozess ansieht, der mit der Planung der Gegenwart und der Zukunft des Staates und der Gesellschaft in Israel zu tun hat, sind wir nicht dabei. Nicht in den Medien, nicht in der Kultur, nicht im Sport, nirgendwo.

**Wenn man sich die Mainstream-Medien über die pro-demokratische Bewegung anschaut, beschränken die sich meist auf Netanjahu und seine Korruptionsaffären als Grund für die Justizreform. Daneben ist aber klar geworden, dass die Reformen von Ideologen wie Justizminister Yariv Levin vorangetrieben wurden, um den Gerichtshof daran zu hindern, die Rechte der Palästinenser\*innen zu schützen, um mehr legale Siedlungen zu ermöglichen und um Araber aus jüdischen Vierteln und Palästinenser von israelischen Autobahnen fernzuhalten.**

**Andererseits schützt der Oberste Gerichtshof Israels die Rechte der Palästinenser ohnehin nur**

**sehr selten. Wie gehen die Palästinenser\*innen mit dieser Realität in der gegenwärtigen Situation um?**

Sie haben Recht: Die hohen israelischen Gerichte haben uns in allen wichtigen Fragen, die mit der Palästinenserfrage zu tun haben, keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber trotzdem wollen wir nicht, dass sich die Situation verschlimmert. Diejenigen, die von dieser Schwächung des Justizsystems in Israel in erster Linie betroffen sein werden, sind die Palästinenser\*innen auf beiden Seiten der Grünen Linie: Palästinensische Bürger\*innen Israels und die Palästinenser\*innen, die unter der Besatzung von 1967 leben.

Ich werde Ihnen einige Beispiele nennen. Zunächst einmal bin ich Vorsitzender einer politischen Partei namens Nationale Demokratische Versammlung [Balad]. Seit wir unsere Partei gegründet haben – denn unser Hauptanliegen ist die Umwandlung Israels von einem jüdischen Staat in eine normale Demokratie, einen Staat für alle seine Bürger – sind alle zionistischen Parteien gegen uns. Nach israelischem Recht setzt sich der Wahlausschuss aus Mitgliedern der Knesset zusammen. Also verbieten sie uns bei jeder Wahl, daran teilzunehmen! Früher haben wir uns an die Obersten Gerichte gewandt, und die Obersten Gerichte haben uns das Recht zugestanden, zumindest an den Wahlen teilzunehmen. Mit der neuen Justizreform wird uns das nicht mehr möglich sein.

In jedem politischen System gibt es eine staatliche Gewaltenteilung, die einzelne Bürger oder Gruppen vor der Unterdrückung schützen kann. Normalerweise ist das Wichtigste eine Verfassung. In Israel gibt es keine Verfassung, also gibt es nichts, was unsere Rechte schützen oder verteidigen könnte. Eine andere wichtige Form dieser Gewaltenteilung ist, dass verschiedene Systeme [z. B. die Exekutive, die Legislative und die Judikative] sich gegenseitig ausgleichen. Auch das gibt es in Israel nicht, denn Regierung und Parlament sind ein und dasselbe.

Der einzige Ort, an dem wir Gerechtigkeit erlangen oder zumindest die Unterdrückung durch das System lindern können, ist der Oberste Gerichtshof in Israel. Die Justizreform soll den Obersten Gerichten einen Großteil ihrer Befugnisse entziehen. Also werden wir somit auch diese minimalen Spielräume verlieren. Wir haben dort zwar nicht alles erreicht, was wir wollten, aber zumindest gab es eine Instanz, an die wir uns zu unserer Verteidigung wenden konnten. Wenn die Justizreform durchkommt, werden wir nicht einmal mehr dieses Minimum haben.

**Diese Reformen betreffen die Befugnisse des Gerichts bei der Bewertung der „Angemessenheit“ von Gesetzen. Das Gericht brauchte diese Befugnis aber nur, weil Israel keine geschriebene Verfassung hat, was für ein amerikanisches Publikum schwer zu verstehen sein mag. Warum hat Israel keine Verfassung und welche Auswirkungen hat das?**

Dafür, dass Israel keine Verfassung hat, gibt es einige wichtige Gründe. Die orthodoxen religiösen Gruppen von früher behandelten den Zionismus als eine säkulare Bewegung: Sie beschuldigten die Zionisten der Untreue und des Unglaubens, und sie dachten nicht, dass es einen Konsens zwischen ihnen und den Zionisten geben könnte. Eine Verfassung zu schreiben, hätte die religiösen Gruppen damals völlig aus dem Staat und der Gesellschaft ausgeklammert. Um sie politisch weiter einzubinden, schrieben die Gründer also keine Verfassung.

Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass der Staat Israel von Anfang an auf jüdischer Vorherrschaft aufgebaut war. [Israels Gründer] konnten keine demokratische Verfassung schreiben, weil sie von Anfang an wussten, dass sie ein System schaffen, das auf jüdischer Vorherrschaft gründet und 20 Prozent der Bevölkerung diskriminiert, die als die autochthonen Einwohner dieses Teils der Welt gelten – die arabisch-palästinensische Minderheit.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Israel nach der Gründung des israelischen Staates diese 20 Prozent der Bevölkerung unter militärische Kontrolle gestellt hat. Stellen Sie sich einen Staat vor, der 20 Prozent seiner Bürger mit militärischen Mitteln kontrolliert; das kann nicht mit einer Verfassung funktionieren.

Wenn wir heute über eine demokratische Verfassung sprechen, haben wir leider keine Ansprechpartner unter den Zionisten. Die überwiegende Mehrheit der zionistischen Parteien ist bereit, Kompromisse zu verschiedenen Systemen einzugehen, aber alle müssen nach Meinung der zionistischen Parteien die jüdische Vorherrschaft aufrechterhalten. Die Aufrechterhaltung jeglicher Art von jüdischer Vorherrschaft bedeutet, dass es in dem System keine Gleichheit unter den Bürger\*innen geben kann. Keine Gleichheit, keine Demokratie – so einfach ist das. Die Zionisten waren sich von Anfang an bewusst, dass sie ein Problem mit dem Recht auf Gleichheit hatten.

**Infolge all dieser Turbulenzen erleben wir, wie Hightech-Unternehmen Vermögenswerte aus der „Start-up-Nation“ abziehen oder das Land**

**ganz verlassen, und die Bank of Israel warnt vor wirtschaftlichen Risiken durch die Überlastung der Justiz. Mit dem Abzug von Vermögenswerten aus dem Land hat die Netanjahu-Regierung ironischerweise das erreicht, worauf die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) seit Jahren hingearbeitet hat. Und in der New York Times beklagte Bret Stephens, dass Israels „selbst zugefügte Wunde“ schädlicher sei als BDS.**

**Stellt diese Instabilität des israelischen Staates eine Chance für die palästinensischen Bewegungen dar, und gibt es eine positive Seite an all dem?**

Ich glaube nicht, dass es eine positive Seite an all dem gibt. Wir haben ein Sprichwort: Der Zug ist bereits abgefahren. Was wir im israelischen Staat und in der israelischen Gesellschaft erleben, ist vergleichbar mit Italien am Vorabend der faschistischen Herrschaft im Staat. Leider gibt es unter der jüdischen Mehrheit keine ernsthafte, vernünftige demokratische Bewegung, die die Situation retten und uns weiterbringen könnte. Natürlich gibt es am Rande großartige Aktivist\*innen, die versuchen, etwas Besseres aufzubauen, aber die stehen eben am Rand und ihre Zahl ist sehr gering.

Gibt es hier eine Chance für die Palästinenser? Ich sehe eine sehr große Chance. Ich denke, dass das, was jetzt passiert, der Welt hilft, das zu sehen, wovor wir seit Jahrzehnten gewarnt haben, nämlich das wahre Gesicht des Staates Israel: ein Apartheidsystem, das in diesem Teil der Welt errichtet wurde, und die rassistischen Elemente des zionistischen Regimes, die Art und Weise, wie Israel seit Jahrzehnten mit den Palästinenser\*innen umgeht.

**Sami Abu Shehadeh** ist ein palästinensischer Staatsbürger Israels, ehemaliges Mitglied der Knesset und Vorsitzender der politischen Partei Balad (Nationale Demokratische Versammlung).

aus: *Jacobin* vom 10. August 2023

Übersetzung: MiWe



# HEUCHELEI UND FALSCHER KOMPLIZENSCHAFT

---

Die israelische Armee belagert den Gazastreifen nach mittelalterlicher Art und hat die 2,5 Millionen Einwohner von der Versorgung mit Lebensmitteln, Treibstoff und Wasser abgeschnitten. Unablässig werden Bombenangriffe auf das palästinensische Gebiet und auch auf den Südlibanon geflogen, um das Eindringen bewaffneter Kämpfer von dort zu verhindern. In der Zwischenzeit richtet die israelische Armee (IDF) den Großteil ihres Zerstörungspotenzials auf den Gazastreifen und bereitet sich auf eine Bodeninvasion vor.

■ **Fabrizio Burattini**

---

■ Dies ist eine „kollektive Bestrafung“, die offen gegen das Völkerrecht verstößt. Die Belagerung und die Bombardements werden dazu führen, dass Kranke und Verletzte in den Krankenhäusern sterben, weil es keinen Strom und keine Versorgung gibt – ein wahrhaftiges „Kriegsverbrechen“.

## **Das Versagen der israelischen Apparate**

In der Zwischenzeit behauptet die zionistische Regierung, die Kontrolle über die südlichen Städte, die in den letzten Tagen von militanten Hamas-Kämpfern angegriffen wurden, vollständig wiedererlangt zu haben, was in den Augen der Welt und vor allem in den Augen der israelischen Bevölkerung die viel gepriesene allmächtige Unfehlbarkeit des zionistischen Militär- und Geheimdienstapparats, seine Illusion der totalen Kontrolle (gestützt auf eine Hyper-Überwachung) eindrucksvoll widerlegt hat.

Es war Israels größter militärischer und geheimdienstlicher Misserfolg seit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973. Aber schwerer als das Versagen der Geheimdienste wiegen die Unfähigkeit und der Unwille, zu verstehen, dass ein

Volk nicht stoisch und passiv Jahrzehnte der Besatzung ertragen kann.

## **Internationale Komplizenschaft**

Der Westen beteiligt sich aktiv an der „kollektiven Bestrafung“: EU-Kommissar Oliver Varhelyi teilte mit, die EU habe bereits „alle Zahlungen“ an die Palästinenser wegen des „Ausmaßes des Terrors und der Brutalität“ der Hamas-Offensive gegen Israel ausgesetzt. In verschiedenen europäischen Ländern (darunter auch Italien) werden Äußerungen gegen Israel und seine Regierung, selbst wenn sie nur versuchen, die Aktionen der Palästinenser vor dem Hintergrund der mehr als fünfzigjährigen brutalen zionistischen Besatzung zu werten, als „pro-terroristisch“ gebrandmarkt und mitunter sogar gerichtlich verfolgt.

Die Bezeichnung „Terrorist“ ist ein wohlfeiles Propagandainstrument, das schon immer von den Unterdrückern gegen diejenigen verwendet wurde, die gegen die Unterdrückung kämpfen: gegen die Befreiungsbewegung in Algerien vom französischen Kolonialismus, gegen die Vietnamesen, die gegen die US-Armee von Johnson und

Nixon kämpften, gegen die Kurden, die für ihre nationale Würde kämpften und immer noch kämpfen, gegen Nelson Mandela in seinem Kampf gegen die südafrikanische Apartheid. Schon das österreichisch-ungarische Kaiserreich setzte sie gegen die Partisanen des italienischen Risorgimento ein und die Nazifaschisten gegen die Partisanen im WK II. Und natürlich immer wieder gegen die Palästinenser, sowohl in den 1970er Jahren, als noch unter „säkularen“ Vorzeichen radikaler Widerstand geleistet wurde, als auch heute, wo der Islamismus die nationale Bewegung dominiert.

Washington hat angekündigt, die Regierung von Benjamin Netanjahu bei allen erdenklichen Maßnahmen zu unterstützen, und Joe Biden hat Israel „alle angemessenen Mittel der Unterstützung“ zugesagt, da Israel nach den Worten des US-Präsidenten „das Recht hat, sich und sein Volk zu verteidigen, ohne Wenn und Aber“. Biden und die EU bestätigen damit, dass sie (unabhängig von der politischen Couleur der Regierungen) aktive Beihilfe bei der Unterdrückung des palästinensischen Volkes leisten werden.

### **Solidarisch gegen die „Normalisierung von Abraham“**

In der arabischen und islamischen Welt mehren sich die Solidaritätskundgebungen mit dem Gazastreifen und dem palästinensischen Volk, die sich zugleich gegen alle Bestrebungen zur „Normalisierung“ der Beziehungen mit Israel wenden, die in den letzten Jahren von zahlreichen Regierungen betrieben wurden, wie z. B. die „Abraham-Abkommen“, die im vergangenen Jahr zwischen Bahrain und der zionistischen Regierung geschlossen wurden.

Seit Jahren behauptet der rechtsextreme Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, dass Frieden möglich ist, ohne mit den Palästinenser\*innen zu sprechen und ihnen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Mit den Abraham-Abkommen wurde den Palästinensern einer ihrer letzten Trümpfe und Unterstützungsbasis zugleich genommen: die Solidarität der arabischen Regierungen, auch wenn diese Solidarität seit Jahren bloße Augenwischerei ist. Die hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch Saudi-Arabien diesen Abkommen beitreten könnte, hat möglicherweise dazu beigetragen, die Hamas zum Handeln zu bewegen.

Nach dem Ausbruch des breit angelegten russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eröffnet sich nun eine zweite Front des Schreckens, ein neuer Krieg mit all seinen schrecklichen unmittelbaren Folgen und all seinen Auswirkungen auf die Zukunft. Die heutigen Ereignisse sowie

das Losschlagen von Putin vor fast 20 Monaten verändern die Welt und das Leben von uns allen für immer.

### **Israels kollektive Hysterie**

Was Israel betrifft, so geht es nicht nur um Netanjahu und seine Regierungspartner. Es wird vielmehr eine kollektive Hysterie erzeugt, die beispiellos ist in einem Land, das immer durch den zionistischen Mythos von Israel als dem „sicheren Hafen für die Juden“ zusammengehalten wurde. Immer mehr Israelis behaupten, es sei an der Zeit, Gaza komplett auszurotten, und rufen letztlich zum Völkermord auf. Selbst die weniger kriegslüsternden Medien, Journalisten und ausgewogeneren israelischen Politiker rufen zu Massakern in Gaza auf.

In den sozialen Medien kursieren Beiträge mit dem Tenor: „Gaza plattmachen!“, „Das sind Wilde und keine Menschen, mit denen man verhandeln kann“, „Sie töten ganze Familien“, „Mit denen kann man nicht reden“, „Warum stehen in Gaza noch Gebäude?“, „Gaza muss in die Steinzeit zurückgebombt werden“, „Wir müssen die Araber auch aus Israel rauswerfen“. Es kursieren sogar Botschaften, in denen Juden dazu aufgerufen werden, Araber zu lynchen, sobald sie sich zeigen. Angesichts der Tatsache, dass es in Israel etwa 2 Millionen arabische Bürger\*innen gibt, die vor allem in den „gemischten Städten“ (Lod [vor 1948 Lydda], Akka und Be'er Sheva) wohnen, weckt dies nicht nur die Angst vor einem neuen Konflikt, sondern auch vor einem totalen Krieg zwischen jüdischen und palästinensischen Bürger\*innen in Israel. Hinzu kommt, dass die rassistischen jüdischen Siedler zu immer neuen Pogromen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Westjordanland bereit sind. Eine neue Nakba zeichnet sich hier ab.

In den vergangenen Monaten hatten Hunderttausende Israelis für „Demokratie und Gleichheit“ demonstriert und viele hatten sogar erklärt, wegen der autoritären Tendenzen von Netanjahu und seiner Regierung den Militärdienst verweigern zu wollen. Zugleich ignorierten sie jedoch, dass dieselbe Regierung eine illegale und unmenschliche militärische Besatzungspolitik in ebenso autoritärer Weise aufrechterhält. Mittlerweile haben viele von ihnen angekündigt, ihre Proteste aufzugeben und sich am Krieg gegen Gaza beteiligen zu wollen.

### **Die Heuchelei der „internationalen Gemeinschaft“**

Die Welt ist erschüttert, nicht weil es Tote gibt, mittlerweile wohl über zweitausend Tote, meist Zivilisten. Der Tod von Zivilisten, darunter Frauen, Kinder und hilflose

alte Männer, ist für die Palästinenser alltägliche „Normalität“. Diese dunkelhäutigen Toten werden von der internationalen öffentlichen Meinung und von den westlichen Medien kaum als menschliche Opfer wahrgenommen, sondern bloß als peinlicher „Kollateraleffekt“ bei der „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ der zionistischen Bastion, die als Brückenkopf des Westens in der chaotischen „arabischen Welt“ gilt.

Die Welt war und ist mitschuldig an der aktiven Entmenschlichung der Bewohner\*innen des Gazastreifens, die schon immer kollektiv ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt wurden.

Jetzt ist die Welt zutiefst schockiert, nicht wegen der Zahl der Opfer, sondern weil sie eine Neuheit irritiert: Die Opfer dieses Krieges sind nicht nur Palästinenser, sie sind auch „unsere“. Eine Welt also, die zwischen „uns“ und „ihnen“ unterscheidet. Am Samstag, dem 7. Oktober, widerfuhr einigen hundert Israelis das, was der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens seit Jahrzehnten widerfährt, und zwar ohne dass die „internationale Gemeinschaft“ Anteil daran nimmt. Der Terror, den die Israelis in diesen Tagen erlebten, war und ist der Alltag für Millionen von Palästinenser\*innen seit Jahrzehnten unter dem Militärregime im Westjordanland und im Gazastreifen.

### **Verzweiflung gebiert Monster**

Selbst unter „normalen“ Bedingungen hat sich das tägliche Leben in Gaza in den letzten sechzehn Jahren der israelischen Besatzung massiv verschlechtert: Das Trinkwasser ist fast durchgängig nicht trinkbar, mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, 80 % sind von der Hilfe aus dem Ausland abhängig und die Zukunft der meisten jungen Menschen ist düster, da die Jugendarbeitslosigkeit bei 64 % liegt. Seit Jahren leben die Menschen im Gazastreifen, auch die „Mittelschicht“, mit der ständigen Sorge, immer das Nötigste zum Überleben (Medikamente, Dokumente, Handy-Ladegeräte, persönliche Gegenstände, Kulturbeutel usw.) griffbereit zu haben, falls sie fliehen müssen oder vertrieben werden.

Die meisten Palästinenser\*innen, die im Gazastreifen leben, sind Flüchtlinge und befinden sich dauerhaft im Exil, das mit dem Verlust ihrer angestammten Heimat begann, als sie 1948 von den zionistischen und israelischen Streitkräften im Zuge der Nakba vertrieben wurden.

Wir erinnern uns, wie 2018 und 2019 Zehntausende von Palästinensern mit bloßen Händen vor den Stacheldrahtzäunen protestierten, die den Gazastreifen umgeben: beim sogenannten „Marsch der Rückkehr“, als die Armee

Hunderte von Menschen tötete. Dies sind physische und psychische Wunden, die nicht verheilt sind und auch nicht heilen können.

Der Angriff am Samstag, den 7. Oktober, erfolgt nach monatelanger massiver Gewalt seitens des israelischen Staates und der Siedler in den besetzten Gebieten, die maßgeblich zu der gegenwärtigen Krise beigetragen haben. Die Palästinenser hatten Alarm geschlagen und davor gewarnt, dass die Blockade, die zunehmende Verarmung, die ständigen israelischen Aggressionen und die Zerschlagung ihrer Gemeinden zu einer Explosion führen würden.

Die Palästinenser im Gazastreifen leben seit Jahrzehnten im größten Freiluftgefängnis der Welt, mit der dichtesten Bevölkerungskonzentration, gehalten wie Tiere hinter Zäunen, ohne sauberes Wasser, ohne Strom, ohne Hoffnung und ohne Würde, laufend unter verbrecherischen Bombardements, die jedes Mal Hunderte und Tausende von Menschenleben gefordert haben. Auch im Westjordanland ist es nicht besser: Allein 2022 wurden 146 Palästinenser aus dem Westjordanland, die meisten von ihnen waffenlos, von Soldaten und waffenstarrenden israelischen Siedlern getötet. Eine wahrlich nicht enden wollende „ethnische Säuberung“.

Die israelische Armee führt regelmäßig Razzien in palästinensischen Städten und Flüchtlingslagern durch, während die Siedler völlig ungehindert neue illegale Außenposten errichten und Pogrome in palästinensischen Städten und Dörfern veranstalten können. Dabei werden sie noch von Soldaten eskortiert, die auf Palästinenser, die ihre Häuser zu verteidigen versuchen, einschlagen oder sie gar töten. An islamischen Feiertagen entweihen jüdische Extremisten mit Unterstützung von fundamentalistischen, rassistischen und halbfaschistischen Politikern unter Missachtung internationaler Konventionen die Esplanade der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem.

Ganz zu schweigen davon, dass die rechtsextreme und rassistische israelische Regierung die Kolonisierung zum Kernpunkt ihres Regierungsprogramms erhoben hat, wobei der Ausbau der Siedlungen, die ethnischen Säuberungen und die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung immer stärker zunehmen. Damit ist die Aussicht auf „zwei Völker und zwei Staaten“ völlig illusorisch geworden.

Was die Welt nicht versteht, ist, dass das palästinensische Volk das Recht hat, in seinem Kampf um Freiheit bewaffneten Widerstand zu leisten und sich gegen die israelische Aggression zu verteidigen. In der Tat haben

sich viele von denen, die heute die Angriffe der Hamas auf Zivilisten verurteilen, in unfassbares Schweigen gehüllt, als Israel unsägliche Verbrechen gegen das palästinensische Volk begangen hat, einschließlich der ständigen „Kollektivstrafen“ gegen die Bewohner des Gazastreifens. Jede Analyse oder jeder Kommentar, der diese Realität nicht anerkennt, ist nicht nur hohl, sondern auch unmoralisch und menschenverachtend. Seit Jahrzehnten und seit mehr als drei Generationen ist das Leben der Palästinenser segregiert, kontrolliert, überwacht, täglichen Demütigungen und willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen und den Anmaßungen der Siedler unter Beihilfe der Armee ausgesetzt.

Es ist unmöglich zu verstehen, was heute in Gaza geschieht, ohne dies zu berücksichtigen. Ein Volk, das die Freiheit liebt, die ihm tagtäglich verwehrt wird; ein Volk, dem jede Perspektive zunichte gemacht wird und das in mehreren „Abkommen“ (seit Oslo) zu ständig neuen erniedrigenden Zugeständnissen gezwungen wurde, ohne dass diese Abkommen von den Israelis beachtet würden; solch ein Volk wird zwangsläufig mit allen Mitteln zum Widerstand greifen.

Die israelische „Sicherheitsdoktrin“ hat immer (mehr aus politischen als aus militärischen Erwägungen) zu einer „Disproportionalität“ zwischen israelischen und palästinensischen Opfern geführt: für jeden getöteten israelischen Soldaten oder Zivilisten haben israelische Politiker und Generäle immer mindestens zehn palästinensische Köpfe gefordert. Gemäß dieser „Logik“ dürften nun Tausende von Frauen, Kindern und Männern in Gaza diesen Preis mit ihrem Leben bezahlen.

### **Wider das Lagerdenken**

Die Linke kritisiert zu Recht die Doppelmoral des Westens, der in der Ukraine die Bevölkerung gegen die russische Aggression unterstützt, während er im Nahen Osten die israelische Unterdrückung gegen die Rechte und die Menschenwürde der Palästinenser unterstützt. Diese Kritik wird jedoch unglaubwürdig, wenn die Linke in einer „campistischen“ Logik mit zweierlei Maß misst und im Ukrainekrieg den Standpunkt des russischen Aggressors verteidigt. Umgekehrt trägt auch der ukrainische Präsident Selenskyj mit seiner beschämenden und absurden Parallele zwischen der Ukraine und Israel einerseits und Russland und Gaza andererseits zu dieser Verkehrung der Verhältnisse bei. Das elendige Freiluftgefängnis in Gaza mit dem imperialistischen Russland zu vergleichen, macht absolut keinen Sinn.

Wenn Selenskyj das „Recht Israels auf Selbstverteidigung“ unterstützt, müssen wir genau das Gegenteil tun: den herrschenden Neofaschismus in Moskau genauso anprangern wie den in Tel Aviv, den legitimen Kampf des palästinensischen Volkes gegen Kolonialherrschaft und Enteignung durch den zionistischen Staat genauso unterstützen wie den legitimen Kampf des ukrainischen Volkes gegen Kolonialherrschaft und Enteignung durch den „großrussischen“ Staat.

Diese Unterstützung für das palästinensische Volk impliziert ebenso wenig eine politische Unterstützung für die Hamas wie die Unterstützung für das ukrainische Volk eine politische Unterstützung für Selenskyj bedeutet. Diese absurde „campistische“ Parallele, die der ukrainische Präsident gezogen hat, wird tödlich, wenn sich die Linke desselben Lagerdenkens befleißigt.

Internationalismus kann nicht Solidarität mit Staaten sein: Er ist die Solidarität mit Völkern, die für ihre legitimen Rechte kämpfen, in der Ukraine, in Palästina, in Xinjiang, in der Westsahara und überall dort, wo die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihren Ausbeutern und Unterdrückern Widerstand leisten.

Es kann keinen Frieden ohne politische Lösungen geben, und es kann keine politischen Lösungen ohne Sanktionen gegen Israel geben, so wie Sanktionen gegen Putin notwendig sind, um die Repression beider Regime zu beenden und sie zur Einhaltung des Völkerrechts und der UN-Resolutionen zu zwingen. Also Schluss mit der Besatzung und der Kolonialpolitik sowie der Verweigerung der Rechte des palästinensischen und des ukrainischen Volkes.

Der einzige Weg zum Frieden ist die Beendigung jeglicher Kolonisierung in Palästina wie in der Ukraine, jeglicher Unterdrückung und jeglicher rassistischer Vorherrschaft, sei es der „Weißen“ in den USA, der Zionisten in Israel oder der „Großrussen“ unter Putin und Dugin.

Diese Prinzipien aufzugeben führt letztlich zur Katastrophe ...

10. Oktober 2023

aus: *Sinistra anticapitalista* (Antikapitalistische Linke, Italien)

Übersetzung: MiWe





# STOPPT DEN VÖLKERMORD

## ■ Jewish Voice for Peace

Die israelische Regierung hat der Bevölkerung von Gaza einen völkermörderischen Krieg erklärt. Als Organisation, die sich für eine Zukunft einsetzt, in der Palästinenser und Israelis und alle Menschen in Gleichheit und Freiheit leben, rufen wir alle ehrlichen Menschen auf, den drohenden Völkermord an den Palästinensern zu stoppen.

Jewish Voice for Peace trauert zutiefst um die über 1 200 getöteten Israelis und die zerstörten Familien – darunter viele von uns selbst – und bangt um das Leben der als Geiseln genommenen Israelis. Viele zählen immer noch die Toten, suchen nach vermissten Angehörigen und sind über ihre Verluste erschüttert.

Wir sind uns mit den maßgeblichen palästinensischen Menschenrechtsorganisationen darin vollkommen einig, dass die von der Hamas verübten Massaker an israelischen Zivilist\*innen entsetzliche Kriegsverbrechen sind. Die wahllose Tötung und Geiselnahme von Zivilisten sind durch das Völkerrecht in keiner Weise zu rechtfertigen.

Jetzt aber werden diese Toten von der israelischen und der amerikanischen Regierung auf erschreckende Weise dafür instrumentalisiert, einen völkermörderischen Krieg gegen die Palästinenser im Gazastreifen loszutreten und dabei „die Tore zur Hölle zu öffnen“. Dieser Krieg ist eine Fortsetzung der Nakba, als 1948 Zehntausende von Palästinensern auf der Flucht vor der Gewalt in Gaza Zuflucht suchten. Er ist die Fortsetzung von 75 Jahren israelischer Besatzung und Apartheid.

In dieser Woche [seit dem 7. Okt.] wurden bereits über 1000 Palästinenser\*innen in Gaza getötet. Die israelische Regierung hat ungeheure Verheerungen unter den Palästinensern im gesamten Gazastreifen angerichtet und Krankenhäuser, Schulen, Moscheen, Marktplätze und Wohnhäuser angegriffen.

Während wir diese Zeilen schreiben, hat die israelische Regierung den gesamten Strom in Gaza abgestellt. Die Krankenhäuser können ihre Patienten nicht mehr versorgen, das Internet wird zusammenbrechen, die Menschen werden nicht mehr telefonieren und mit der Außenwelt kommunizieren können und zwei Millionen Menschen werden ohne Trinkwasser sein. Der Gazastreifen wird in

Dunkelheit versinken, während Israel die Wohnviertel in Schutt und Asche bombt. Noch schlimmer ist, dass Israel offen bekundet hat, massenhafte Gräueltaten bis hin zum Völkermord begehen zu wollen, wobei Premierminister Netanjahu ankündigte, die israelische Reaktion werde „über Generationen hinweg nachwirken“.

Und ausgerechnet jetzt unterstützt die US-Regierung die Gräueltaten der israelischen Regierung, indem sie Waffen liefert, US-Kriegsschiffe in den dortigen Raum entsendet und Munition aus den USA liefert sowie pauschale Unterstützung und einen internationalen Blankoscheck für alle Aktionen der israelischen Regierung zusichert. Zudem gießen die US-Regierungsvertreter mit ihrer rassistischen und hasserfüllten Rhetorik Öl ins Feuer, die den massenhaften Gräueltaten und dem Völkermord Vorschub leisten wird.

Der Verlust von Menschenleben in Israel wird von unserer Regierung benutzt, um den forcierten Völkermord zu rechtfertigen und den amoralischen Einsatz von noch mehr Waffen mit noch mehr Toten moralisch zu bemänteln. Den Palästinensern wird von unserer eigenen Regierung, den Medien und von viel zu vielen jüdischen Institutionen in den USA ihr Menschsein abgesprochen. Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte, Israel „kämpfe gegen menschliche Tiere“ und solle „dementsprechend handeln“. Als Juden wissen wir, was passiert, wenn Menschen als Tiere bezeichnet werden.

Wir können und müssen das stoppen. Nie wieder heißt nie wieder – und zwar für alle!

Wir rufen alle ehrlichen Menschen auf, den drohenden Völkermord an den Palästinensern zu stoppen. Wir fordern unsere Regierung auf, auf eine Deeskalation hinzuwirken und die Lieferung von Waffen an das israelische Militär unverzüglich einzustellen. Eine Zukunft in Frieden und Sicherheit für alle, die auf Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit für alle beruht, ist noch immer die einzige Option.

aus: <https://www.jewishvoiceforpeace.org/2023/10/statement23-10-11/>

Übersetzung: MiWe

# ES DROHT EINE VERSCHÄRFUNG DER ETHNISCHEN SÄUBERUNG

---

Was Hamas und Dschihad am 7. Oktober gestartet haben, war nicht nur aus ethischen Gründen (Tötung und Geiselnahme von Zivilist:innen) verwerflich, sondern hat auch im Kampf um die Emanzipation der palästinensischen Bevölkerung ein beispielloses Desaster zur Folge.

■ Daniel Berger

---

Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Aktion sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt (20.10.) noch gar nicht absehbar: Bisher zählte man 1300 getötete Israelis, die meisten davon Zivilist:innen, und mehr als 2500 getötete Palästinenser:innen, von dem Leid der Verwundeten, der Flüchtenden innerhalb des Gazastreifens und den Zerstörungen von Häusern noch gar nicht zu reden.

Dass so etwas zu erwarten war, ergab sich nicht nur aus den jahrzehntelangen Erfahrungen mit israelischer Politik (man schaue nur auf den zwei Jahre zurückliegenden letzten Gazakrieg mit 13 getöteten Israelis und 248 getöteten Palästinenser:innen sowie 34 000 Menschen im Gazastreifen, deren Häuser zerstört wurden). Die jetzt zu erwartende Reaktion ergab sich auch aus der Tatsache, dass die Herrschenden in Israel sich zu keinem Zeitpunkt von der Dahija-Doktrin verabschiedet haben. Mit dieser Form asymmetrischer Kriegführung beschießt die israelische Armee Städte, aus denen heraus ein Angriff auf die israelische Armee erfolgt war, ganz gleich, wie viele Zivilist:innen dabei getötet oder verletzt werden.

Zwar wird in dem aktuellen Zusammenhang die israelische Regierung von 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung scharf kritisiert, aber das bezieht sich nur auf die mangelnde militärische Abwehrbereitschaft an der Grenze zum Gazastreifen vor dem 7. Oktober. Dies ist keine Kritik an der israelischen Staatsdoktrin, also der Apartheidpolitik im 1948er Gebiet und der Unterdrückung und Vertreibung in den besetzten Gebieten. Im Gegenteil: Auf diesem für Palästinenser:innen so wichtigen politischen Feld ist die israelische Gesellschaft mit diesem Anschlag noch weiter nach rechts gerückt. Und da die israelische Regierung aufgrund der geopolitischen Interessen des Westens auf dessen volle Unterstützung bauen kann, nutzt die Regierung die Ereignisse vom 7. Oktober dafür, die Politik der ethnischen Säuberung auf eine neue Stufe zu heben. Offen ausgedrückt hat dies der israelische Verteidigungsminister.

Die Absperrung der Versorgungsleitungen, die anhaltenden Bombardierungen und das Behindern von Hilfslieferungen sind hier vorläufig nur die ersten Schritte. Zeitgleich laufen ähnliche Maßnahmen im Westjordanland, wo die Bewegungsfreiheit noch mehr als sonst

eingeschränkt wurde. Im Rahmen einer solchen Politik der Blockade ist die israelische Armee noch nicht mal auf eine Bodenoffensive angewiesen, zumal dies auch für israelische Soldaten verlustreich sein kann, was allerdings nicht heißt, dass sie nicht stattfinden wird.

Gideon Levy<sup>1</sup> schrieb unmittelbar nach der Aktion vom 7. Oktober in *Haaretz*: „Die Grausamkeiten gegen israelische Zivilisten sind Ergebnis und Spiegelbild der jahrzehntelang erfahrenen Unterdrückung und Entmenschlichung des palästinensischen Volkes, Resultat aufgestauter Frustration und Wut.“<sup>2</sup>

### Vermitteln oder anheizen?

Neben der palästinensischen Zivilbevölkerung haben am ehesten die arabischen Nachbarländer ein Interesse an einer Vermittlungslösung, denn diese Regimes haben Angst, weil sie in den Augen ihrer jeweiligen Bevölkerung die Palästinenser:innen sich selbst überlassen. Dies gilt nicht nur für die unmittelbaren Nachbarländer, sondern auch für die Staaten, die die sogenannten Abraham Accords geschlossen haben, also diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen haben (Bahrain, VAR, Sudan u. Marokko). Dass Qatar die Hamas kräftig unterstützt hat, liegt einzig und allein daran, dass sich das dortige Regime Druckmittel besorgen wollte (und besorgt hat!), um sich als regionaler Player zu etablieren.

Die westlichen Staaten wollen zwar einen Flächenbrand verhindern, können aber nicht als ehrliche Makler auftreten. Zu offensichtlich unterstützen sie politisch und mit Waffenlieferungen die israelische Politik. So verschließen sie seit Jahren ihre Augen gegenüber der ständig brutaler werdenden Siedlungspolitik im Westjordanland. Dort wird der Landraub vorangetrieben, werden ständig weitere Siedlungen gebaut und die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung weiter eingeschränkt. Nicht nur die Siedler werden immer rabiater, auch die Armee kann ungestraft Menschen erschießen. Die Ermordung der Journalistin Abu Akle ist nur ein weithin bekannt gewordenes Beispiel<sup>3</sup>. Es gehört offensichtlich zur „deutschen Staatsräson“, all dies mit dem Selbstverteidigungsrecht Israels abzutun.

Die Bewaffnung Israels mit modernsten Kampfbomben durch die USA ist die materielle Grundlage dafür, dass dieses Regime seit Jahrzehnten strafflos Syrien und den Libanon bombardieren kann. Aber auch die deutsche Regierung liefert Waffen und könnte sich sogar sehr direkt mitschuldig machen an der Ermor-

dung von Palästinenser:innen und an der ethnischen Säuberung, wie der israelische Wirtschaftswissenschaftler Shir Hever deutlich macht.<sup>4</sup>

### Ethnisierung von Konflikten

Seit Jahren schon ist eine Umdeutung vieler Konflikte als ethnisch motiviert festzustellen. Wenn sich jemand bei uns gegen die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung wendet, wird er/sie gleich des Antisemitismus verdächtigt. Wenn demnach jemand Gerechtigkeit für die Palästinenser:innen fordert, dann tut er/sie das nur weil er/sie Palästinenser ist. Antisemit ist er/sie aber so oder so. Es ist unerträglich, zu sehen, wie die Preisverleihung für die palästinensische Autorin Shibli verschoben wird, einfach nur deswegen, weil sie eben Palästinenserin ist. Oder wenn dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek Antisemitismus vorgeworfen wird, obwohl er doch nur ganz zaghaft die Einhaltung von Menschenrechten auch für Palästinenser:innen anmahnt.

Umgekehrt allerdings wird ein Schuh daraus. Die kritiklose Unterstützung aller israelischen Regierungen (und seien sie noch so rechtsradikal) durch die deutsche Regierung fördert den Rassismus, den Antisemitismus und die diversen Verschwörungstheorien. Das Ausbuhen von Slavoj Žižek<sup>5</sup> auf der Buchmesse, die Einschränkung des Versammlungsrechts, die Diffamierung jeglicher Kritik an Israel als Antisemitismus, all dies sind die Früchte der „deutschen Staatsräson“.

Wegducken, auf die Wahrnehmung demokratischer Rechte verzichten oder gar dem ideologischen Druck nachgeben und Palästinenser:innen zu Menschen zweiter oder dritter Klasse zu erklären – egal ob in Israel/Palästina oder bei uns – kann keine Alternative sein. Aufstehen für ungeteilte Menschenrechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist das Gebot der Stunde.

<sup>1</sup> G. Levy erhielt 2003 den Leipziger Medienpreis wegen seines Eintretens für Pressefreiheit im Nahen Osten.

<sup>2</sup> Und am 9.10. schrieb er ebenfalls in *Haaretz*: „Behind all this lies Israeli arrogance; the idea that we can do whatever we like, that we’ll never pay the price and be punished for it. We’ll carry on undisturbed. We’ll arrest, kill, harass, dispossess and protect the settlers busy with their pogroms. We’ll visit Joseph’s Tomb, Othniel’s Tomb and Joshua’s Altar in the Palestinian territories, and of course the Temple Mount – over 5,000 Jews on Sukkot alone. We’ll fire at innocent people, take out people’s eyes and smash their faces, expel, confiscate, rob, grab people from their beds, carry out ethnic cleansing and of course continue with the unbelievable siege of the Gaza Strip, and everything will be all right.“

<sup>3</sup> Abu Akle war klar mit der Aufschrift „Presse“ gekennzeichnet.

net und wurde offensichtlich von israelischen Soldaten in den Kopf geschossen. Dann behauptete die IDF, Palästinenser hätten sie erschossen. Etliche Zeugen sagen aber aus, dass keinerlei Schusswechsel stattgefunden hatte. Der Fall wurde nie offiziell und unabhängig aufgeklärt. Selbst die USA durften den Mord nicht untersuchen, obwohl Abu Akle auch die US-Staatsbürgerschaft besaß. Palästinensische Experten wiesen nach, dass es sich um israelische Munition handelte

4 <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=105280>

5, „Aber ich habe etwas Merkwürdiges festgestellt: Sobald man anfängt, den komplexen Hintergrund der Situation zu analysieren, wird man verdächtigt, den Terrorismus der Hamas zu unterstützen oder zu rechtfertigen. Ist uns klar, wie merkwürdig dieses Analyseverbot ist? In welche Gesellschaft gehört ein solches Verbot?“ Aus der Rede von Slavoj Žižek auf der Frankfurter Buchmesse. (<https://www.telepolis.de/features/Slavoj-Zizek-auf-der-Buchmesse-Wenn-schon-eine-Frage-zu-den-Palaestinensern-fuer-Tumult-sorgt-9337705.html>)

## Israel/Palästina bei ISP



Shir Hever

### Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro  
ISBN 978-3-89 900-140-2



Deeg/Sibony/Warschawski  
(Hrsg.)

### Stimmen israelischer Dissidenten

220 S., 16,80 Euro  
ISBN 978-3-89 900-113-6



Omar Barghouti

### Boycott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro  
ISBN 978-3-89 900-136-5

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# ZIONISMUS UND PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNG

---

Verständlicherweise befassen sich die revolutionären Kräfte seit dem Sechstage-Krieg weltweit und intensiv mit der Lage im Nahen Osten. Zuweilen jedoch tauchen historische „Feststellungen“ und „Analysen“ auf, die ein falsches Licht auf die tatsächliche Situation werfen und nicht die objektiven Bedingungen widerspiegeln. [...]

■ **Jakob Taut**

---

█ [...] Der Zionismus mit seinem Ziel, die Juden der ganzen Welt in Israel zu sammeln und dort das ökonomische und soziale Heil zu erlangen, kann das jüdische Problem, die sogenannte „Judenfrage“ nicht lösen.

## **Die Entstehung des Zionismus und des Staates Israel**

Ganz im Gegenteil: indem er Israel in der gesamten Region isoliert, reproduziert er das Problem auf einer viel größeren Ebene. Man kann nicht von einer ökonomischen und politischen Souveränität sprechen, sondern bloß von ökonomischer, politischer und militärischer Abhängigkeit von den Weltmächten.

Das weltweite Problem der Juden liegt in ihrer mangelnden gesellschaftlichen Integration vor Ort, d. h. in dem jeweiligen Land, in dem sie leben. Hier im Nahen Osten sind sie nicht mehr als bloße Individuen, sondern als ganzer Staat Außenseiter. Israel liegt zwar auf der Landkarte in dieser Region, ist aber wirtschaftlich und politisch gesehen Ausland, ein Wurmfortsatz der USA. Hersch Mendels glühende Idee von einer Hegemonie der Arbeiter und vom Sozialismus bleiben ein Phantasiegebilde.

Wenn man den wirklichen Sachverhalt verstehen und die praktischen Schlussfolgerungen daraus ableiten will, sollte man auch wissen, dass der weitaus größte Teil der heute in Israel lebenden Juden vor der „Katastrophe“ in Europa keine Zionisten waren und keineswegs daran dachten, nach Palästina zu emigrieren. Für sie war weder die Auswanderung nach Palästina noch die Errichtung eines jüdischen Staates eine reale Perspektive.

Die hunderttausenden Überlebenden des jüdischen Volkes in Europa sind nach dem Krieg nach Israel gegangen, weil sie in ihrer Heimat nicht mehr leben konnten und dort enturzelt waren, weil sie weder Familie noch Freunde noch ein Zuhause mehr hatten. Sie sind nach Palästina gegangen, weil sie dort unten mit ihren Leidensgenossen ein neues Leben beginnen wollten. Sie gingen nicht als Kolonialisten, um die Araber zu bekämpfen und dem Imperialismus zu dienen. Viel mehr haben es die tragischen Umstände dem Zionismus leicht gemacht, aus diesen niedergeschlagenen und gequälten Menschen zionistische Nationalisten zu machen.

Früher und auch heute noch hatten diese Menschen nur ein Ziel: die Sicherung ihrer physischen Existenz nach

jahrzehntelanger brutaler Verfolgung. Mit solchen Phrasen wie „religiöser Fanatismus“ erreicht man nichts anderes, als den zionistischen Nationalismus zu stärken.

Mit den Worten von Hersch Mendel: „Wer etwas ähnliches wie das Massaker an den Juden in Europa erlebt hat, wird niemals vergessen können und nicht ruhen, bis die Voraussetzungen geschaffen sind, die eine Wiederholung dieser Tragödie unmöglich machen. Sie werden stets zu jedem Opfer bereit sein, um die jüdische Existenz in einem jüdischen Land zu gewährleisten.“ (aus den Memoiren)

In den dreißiger und vierziger Jahren argumentierte bereits unsere kleine trotzkistische Gruppe in Palästina, die *Kol-Hamaamad* („Die Stimme der Klasse“) herausgab, dass der Gedanke, das jüdische Problem in Palästina lösen zu können, nicht nur wirklichkeitsfremd wäre, sondern dass eine solche Ideologie und die daraus abgeleitete Praxis der Reaktion und dem Imperialismus diene.

1947/48 stellten wir uns gegen die Teilung des Landes und gegen die Errichtung des Staates Israel mit US-amerikanischer und sowjetischer Hilfe.

Aber zwischenzeitlich zeigten sich die Folgen der mörderischen Politik Hitlers und Stalins. Hunderttausende entwurzelte und verzweifelte Menschen wie Hersch Mendel sahen nur noch einen Ausweg. Sie bildeten die Basis, auf der der Zionismus, der auch die Unterstützung des amerikanischen Imperialismus und der Kremlobürokratie genoss, den jüdischen Staat ausrufen und verteidigen konnte.

Nach der Staatsgründung 1948 trugen auch die arabischen Staaten selbst mit ihrer bornierten antijüdischen und proimperialistischen Politik dazu bei, erneut hunderttausende Juden der zionistischen Festung zuzuführen. Obendrein kamen noch massenhaft Leute aus dem Kremlbeherrschten Osteuropa, v. a. aus Rumänien, wo Stalin und seine Nachfolger unfähig und nicht willens waren, das Problem der nationalen Minderheiten in einem internationalistischen Sinn zu lösen.

Dieser Staat, dessen Errichtung wir kritisieren und den wir noch heute als Büttel des Imperialismus begreifen, ist heute nach zwanzigjähriger Existenz ein Faktum, dessen Auslöschung durch welche arabischen Kräfte auch immer nur neues Unglück und Mord und Totschlag erzeugen würde.

### **Die arabische Revolution und der Staat Israel**

In dem eingangs zitierten Artikel: „Das Ziel der Fatah: ein demokratisches Palästina“ findet sich die folgende

programmatische Aussage: „... der revolutionäre Kampf hat die beispielhaften nationalen Befreiungskämpfe gegen Kolonialismus und Imperialismus zum Vorbild. Die palästinensische Befreiungsbewegung Fatah erklärt feierlich, dass das Endziel dieses Kampfes in der Wiedererrichtung des demokratischen und unabhängigen Staates Palästina liegt, in dem alle Bürger ungeachtet ihrer Rasse und Religion gleiche Rechte genießen werden.“

Zunächst eine Richtigstellung: Es gab nie einen „demokratischen und unabhängigen palästinensischen Staat“. Daher kann man auch nicht von einer Wiedererrichtung sprechen, sondern höchstens von der Gründung eines demokratischen und unabhängigen palästinensischen Staates. Es ginge also hier um etwas Neues, noch nie Dagewesenes. Es geht hier nicht um Wortklaubereien, aber das sog. Palästinensertum wird hier von den Verfechtern einer solchen Staatsgründung zum Mythos erhoben. Bis zum britischen Mandat war Palästina gar keine unabhängige staatliche Einheit, sondern Teil eines viel größeren Gesamtarabiens unter türkischer Herrschaft. Und als es dann zum Territorium unter britischem Mandat wurde, war es weder „demokratisch“ noch „unabhängig“. – Ich werde darauf noch zurückkommen.

[...] In dem Kapitel über die Entstehung des Zionismus und des israelischen Staates habe ich versucht, zu zeigen, dass es sowohl unter humanitären Gesichtspunkten als auch vom Standpunkt eines sozialistischen Internationalismus unmöglich ist, die Liquidierung des israelischen Staates durch die palästinensische Befreiungsbewegung als revolutionär zu begreifen. „Freiheit“ von oben zu verfügen, führt weder zu „Demokratie“ noch zu „gleichen Rechten“. Am Ende stehen nur nationalistischer Hass oder eine neue Unterdrückung.

Die Erklärung der I.S.O., wonach „der Staat Israel einen tiefgreifenden revolutionären Wandel erfahren“ müsse, heißt zunächst einmal nicht, dass er verschwinden müsse. Israel müsse vielmehr entzionisiert werden. Anschließend und nur unter diesen Umständen könne man von einer „Integration in eine Sozialistische Union des Nahen Ostens“ sprechen.

Man kann die Gegensätzlichkeit dieser beiden Positionen nicht herunterspielen. Zur Erinnerung: El Fatah will das Problem der Flüchtlinge und Geflohenen lösen, indem sie ein jüdisch-arabisches Palästina mit Hilfe militärischer Aktionen unabhängig vom Willen der jüdischen Bevölkerung Israels schafft.

Für die I.S.O. ist die Entzionisierung Israels die Voraussetzung seiner „Integration in die Sozialistische Union des Nahen Ostens“. Entzionisierung bedeutet: ein Staat der

Bevölkerung Israels und nicht der internationalen jüdischen Gemeinde, ein Staat, der in jederlei Beziehung im Rahmen und in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten existiert und nicht als Erfüllungsgehilfe der Großmächte gegen diese Nachbarstaaten. Mit anderen Worten: die Voraussetzungen für die Integration und den tatsächlichen Übergang müssen geschaffen werden.

Die I.S.O. stellt sich auf den Standpunkt Lenins: „Die Freiheit, sich zusammenschließen, setzt das Recht auf Lostrennung voraus“ (Rede vom 12. Mai 1917). Diese Position Lenins, die die I.S.O. aufgegriffen hat, ist keine Phrase, sondern eine ganz konkrete Notwendigkeit, sowohl hinsichtlich der nationalen Frage als auch der objektiven Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus.

### **Palästina, Israel und die Union des arabischen Nahen Ostens**

[...] Der Name Palästina stammt von den Philistern ab, die in der Antike dort gelebt haben. Die Bezeichnung erstreckte sich nicht einmal auf das gesamte Territorium, das dann später von den Briten so genannt wurde. Die Araber Palästinas sind historisch und als Nation integraler Bestandteil der Gesamtheit der Araber des Nahen Ostens. Der Staat Palästina ist realiter lediglich das Produkt der Aufteilung von Einflusssphären zwischen England und Frankreich während des Zerfalls des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg.

Armanazi (und mit ihm die Führer der Fatah) denken: „... die arabische Einheit ist keine unabdingbare Voraus-

setzung, um gegen den Zionismus erfolgreich agieren zu können.“ Deswegen machen die palästinensischen Revolutionäre ihren eigenen Laden auf: den palästinensischen Staat. Dass so „erfolgreich gegen den Zionismus agiert“ werden kann, möchte ich – ohne darauf jetzt näher einzugehen – bezweifeln.

Von Interesse für uns sind in diesem Zusammenhang zwei entscheidende Probleme:

- die Gefahr, dass hier ein weiterer, nämlich der palästinensische Partikularismus zum Mythos erhoben wird – und
- dass das „Palästinensertum“ die Lösung des israelisch-arabischen Problems in einem revolutionär-internationalistischen Sinne desavouiert.

Grundsätzlich hat niemand das Recht, einem anderen vorzuschreiben, was er als seine Nationalität anzusehen hat. Man könnte daher einwenden, dass es deren eigene Angelegenheit ist, wenn sich die Palästinenser als eigene Nation konstituieren wollen und sei es nur für einen umrissenen Zeitraum. Konkret ist es jedoch so, dass Palästina ein arabisches Problem im Ganzen ist, was hier nicht noch einmal dargelegt werden muss, und dass andererseits das israelisch-arabische Problem nur im Rahmen des gesamten Nahen Ostens gelöst werden kann.

Ich unterstreiche nochmals das oben Gesagte: Ein binationaler palästinensischer Staat ist unfähig, auch mit noch so gutem Willen seine nationalen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Widersprüche zu überwinden.

---

## **IMMER NOCH AKTUELL**

---

Der Beitrag von Jakob Taut wurde zwar schon 1969 geschrieben und 1970 im internationalen Diskussionsbulletin der Vierten Internationale veröffentlicht. Aber nichts davon ist wirklich überholt. außer der Tatsache, dass es damals die Fatah (die größte Organisation in der PLO) war, die mit Bombenanschlägen versuchte, ihre Ziele durchzusetzen.

Könnte man ihre damalige Aktionsform eventuell noch als kleinbürgerlich radikal bezeichnen, so ist die „Aktions“-form der heutigen PLO-Führung (immer noch unter Arafat) eher als typisch bürgerlicher Ausverkauf palästinensischer Interessen zu werten.

Einziges Ziel der PLO-Führung ist es, endlich zu einer anerkannten Staatsführung aufzusteigen und international aufgewertet zu werden. Dies kann und soll die gewaltigen Privilegien

des eigentlichen Arafat-Clans sowie der gesamten palästinensischen Autonomiebehörde (PA) absichern.

Die Sackgasse, in die die PLO-Führung den Kampf der Palästinenserinnen vor allem mit den Osloer Abkommen geführt hat, hat die Ohnmacht vieler Menschen nicht geringer werden lassen. Gerade die Schwäche der revolutionär sozialistischen Bewegung in Israel-Palästina lässt verzweifelte Menschen zu hoffnungslosen menschlich wie politisch verheerenden Aktionen des individuellen Terrors greifen. Heute sind dies hauptsächlich Kräfte, die von der Hamas oder Al Dschihad beeinflusst werden. Ersetzt man also in dem Beitrag von J. Taut an den gegebenen Stellen Fatah durch diese Gruppen, so hat der Beitrag auch unter diesem Aspekt – leider – nichts an Aktualität verloren.

D. Berger (2000)

Ein solcher Staat kann diese Widersprüche nur auf anderer Ebene auflodern lassen und der Reaktion vor Ort und dem Imperialismus in die Arme arbeiten.

Die Neigung der Fatah zum Partikularismus ist die logische Konsequenz aus dem Unvermögen der herrschenden Regime im Nahen Osten. Diese Regime können ihre politischen und sozialen Probleme nicht lösen und zu keiner Einigung der Länder des Nahen Ostens gelangen. Ebenso können sie nur in negativer Weise zur Lösung des israelisch-arabischen Problems und der unseligen Lage der palästinensischen Flüchtlinge beitragen, und zwar so lange, wie sie ihre Anstrengungen nicht auf die Vereinigung dieser Länder richten. Daher rühren auch die eigenständigen Aktivitäten der Palästinenser. Diese Isolierung der Kämpfer vor den Staatsapparaten und den konventionellen Armeen birgt ein gewaltiges revolutionär-sozialistisches Potential. Aber gleichzeitig beinhaltet der Partikularismus potenziell reaktionäre Tendenzen bis hin zur Kapitulation vor den Staatsapparaten, den internationalen Wirtschaftsmonopolen (auf dem Erdölsektor) und den Großmächten.

Fortschritt und Sozialismus erfordern Offenheit für alle Fragestellungen und eine weitsichtige Perspektive. Zu diesem Zweck muss ein Übergangsprogramm entwickelt werden, das diesen Interessen dient. Der bornierte Partikularismus konterkariert das revolutionäre Potential der palästinensischen Kämpfer.

### **Israel und die Juden in der Welt**

Die zionistische Bewegung versteht sich als nationale Befreiungsbewegung der Juden auf der ganzen Welt. Ich habe eingangs versucht, den Ursprung des Zionismus wie auch sein Unvermögen, die internationale jüdische Frage zu lösen, sowie die Umstände, die zur Gründung des Staates führten, aufzuzeigen.

Da in der Frage der Beziehungen zwischen den in der ganzen Welt lebenden Juden und Israel eine große Verwirrung herrscht, soll hier noch etwas zu diesem Punkt gesagt angemerkt werden. Die israelische KP (Rakach) hat auf ihrem 16. Kongress im Juni dieses Jahres zum Thema „Die jüdische Frage und der heutige Zionismus“ folgende Resolution verabschiedet: „Der gegenwärtige Zionismus ist eine reaktionäre Ideologie und eine Politik der proimperialistischen jüdischen Bourgeoisie. Deren Zentrum liegt in Israel und in den USA.“

Die Vertreter der Kreml-Strategie halten es für einen enormen theoretischen Beitrag, wenn sie die Zionisten als Bourgeois mit Zentrum in den USA charakterisieren. Hingegen war der Zionismus weder in der Vergangenheit

noch ist er gegenwärtig eine „Ideologie“ und eine „Politik“ der internationalen jüdischen Bourgeoisie.

Die jüdischen Kapitalisten in der ganzen Welt sind Bestandteil der bürgerlichen Klasse in den jeweiligen Ländern, in denen sie leben. Ihre Existenz als Klasse hängt ab vom amerikanischen, englischen, französischen, südafrikanischen etc. Kapitalismus. Dort haben sie jeweils ihr Kapital investiert. Der Kapitalist jüdischer Herkunft, der in den USA oder in Frankreich lebt, ist kein jüdischer Kapitalist, sondern ein amerikanischer oder französischer.

Sicherlich ist ein Teil der jüdischen Bourgeoisie Israel innerlich sehr stark verbunden, was übrigens für viele andere gesellschaftliche Schichten ebenfalls zutrifft. Aber das jüdische Großkapital investiert nicht seine Reichtümer in Israel. Die Rothschild-Dynastie aus Paris hat vor ein paar Jahren im Rahmen französischer (Wirtschafts)interessen einige Investitionen in Israel vorgenommen. Aber als diese Interessen nicht mehr gegeben waren und die französische Regierung sogenannte Sanktionen verhängte, investierten die Rothschilds auch nicht mehr in die Pipeline, die Eilat mit dem Mittelmeer verbinden sollte. Und die Rothschilds sind notabene nicht zu den französischen Kleinbürgern zu zählen, die gehorchen, wenn die Oberen befehlen, sondern gehören selbst zu den Oberen und zählen zu den bedeutendsten französischen Profitgeiern.

Eine Analyse der Investitionen in Israel würde zeigen, dass die israelische Wirtschaft nicht auf dem Kapital gründet, das die jüdischen Kapitalisten in der Welt dort investieren. Diese sind – jedoch nicht alle – bereit, mehr oder minder Geld zu spenden, vor allem, wenn sie dies von der Steuer absetzen können. Aber tatsächliches Kapital investieren sie nur in geringem Umfang, weil ihnen die Unsicherheit zu groß und die Profite recht vage sind. Manche haben investiert, weil die israelische Regierung den Gewinntransfer und regelmäßige Dividenden garantierte, auch wenn das Unternehmen keinen Profit abwarf.

Israel ist seiner Wirtschaftsstruktur und seinem Klassencharakter nach ein bürgerlicher Staat. Die israelische Bourgeoisie herrscht dort wie jede andere Bourgeoisie der Welt auch. Aber weder seinem Ursprung nach noch hinsichtlich der aktuellen Konstellation Israels ist der Zionismus Ideologie und Praxis des weltweiten jüdischen Kapitals. Es ist vielmehr so, dass die zionistische Ideologie und die reale Lage Israels als isolierter Fremdkörper in der Region das Land zwangsläufig in eine ökonomische und politische Abhängigkeit vom Imperialismus geführt haben. Die Väter des politischen Zionismus wussten dies und handelten entsprechend.



Insofern spricht die I.S.O. von Entzionisierung, was wir weiter oben erläutert haben. Die Entzionisierung ist jedoch nur möglich, wenn die jüdischen Massen in Israel nicht nur hinsichtlich ihrer physischen Existenz sicher sein können, wie Fatah versichert, sondern auch in ihrer politischen und nationalen Existenz. Die Bevölkerung Israels ist keine homogene soziale Masse; es sind keine Kolonialisten im klassischen Sinn, da die meisten von ihnen zu den ausgebeuteten Klassen gehören. Aber nach den jahrhundertelangen Erfahrungen steht die Frage der Sicherheit für alle an erster Stelle.

### **Die palästinensische Widerstandsbewegung und Israel**

[...] Wenn Arafat unter „Besatzungsmächte“ in Palästina die israelischen Streitkräfte versteht, die das Westjordanland, den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen besetzt halten, dann sind wir einverstanden; die Rückgabe der besetzten Gebiete ist eine grundlegende Forderung, auch wenn mit ihrer Durchsetzung nicht die bestehenden Probleme gelöst werden.

Aber Fatah redet in ihren diversen Erklärungen davon, „die Strukturen des zionistischen Staates zu zerschlagen“. In allen Varianten zu diesem Thema liegt der Schwerpunkt stets darin, die Rechte der Juden zu übergehen.

Wenn die Palästinensische Befreiungsbewegung den Zionismus als Besatzungstruppe und Agent des Imperialismus bekämpft, gleichzeitig aber die Juden Israels nicht als Juden angreifen will, weil sie ihrer Meinung nach und den offiziellen Erklärungen zufolge für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden sollen, dann muss man auch entsprechend handeln.

Die Explosion einer Autobombe inmitten friedlicher Händler auf dem Gemüsemarkt in Jerusalem, die Explosion einer Zeitbombe in der Mensa der Universität von Jerusalem, die Explosion auf dem Busbahnhof von Tel-Aviv, wo massenhaft Arbeiter und kleine Handwerker sich auf dem Weg zur Arbeit befinden, die Platzierung einer Bombe am Eingang einer Zirkusvorstellung und dutzende solcher Aktionen können die Massen bloß abstoßen und enger an den Zionismus binden, statt sie zu gewinnen.

Hier ein anderes Beispiel für die Unfähigkeit der Führungsorgane, von einem internationalistischen Standpunkt aus zu denken und zu handeln: In der Plattform der Volksfront für die Befreiung Palästinas ist sehr oft vom Klassenkampf die Rede, ohne dass je erklärt wird, was darunter verstanden wird: „Denn der nationale Kampf ist ein Kampf um das Land und die, die dafür kämpfen, sind

die Bauern, die von ihrem Land vertrieben worden sind ...“ (aus *Was Tun* v. 28.10.1968)

Dies bedeutet, dass die PFLP die jüdischen Bauern in Israel einfach mit den Kolonialisten und den Kolonialländern gleichsetzt. Diese jüdischen Bauern sollen also aufs Neue vertrieben und ihre Länder von den Arabern in Besitz genommen werden. Das nennt ihr also „Klassenkampf“ und so soll das Problem auf „demokratische Weise“ gelöst werden und die israelische Bevölkerung für den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus gewonnen werden?

Die „demokratische“ Lösung der Bodenfrage besteht für die Sozialisten in der Agrarrevolution. Ich will hier nicht festlegen, ob und wie die Ländereien verteilt oder kollektiv bearbeitet werden sollen.

Wenn es für die Lösung des Agrarproblems erforderlich sein wird, werden die Ländereien zurückgegeben. Aber auf alle Fälle ist die Forderung nach einem Eigentumsübertrag von einem Kleinbauern auf den anderen anhand ihrer nationalen Zugehörigkeit kein „Klassenkampf“ sondern brutales nationalistisches Vorgehen. Die jüdischen Siedler sind jahrzehntelang mit der gleichen Brutalität gegen die arabischen Fellachen vorgegangen.

Trotzdem ist die Umkehrung dieser Situation keine Lösung, sondern wird die blutigsten und reaktionärsten Instinkte wecken. Der „Klassenkampf“ in der Landwirtschaft besteht in der Agrarrevolution, die beiden Völkern in solidarischer Weise gerecht wird und die Gewinnung der jüdischen Bauern für die gemeinsame Sache ermöglicht.

Es gibt bestimmte zionistische Tendenzen (Uri Averni, vereinzelte Mitglieder der Mapam u. a.), die sich für das Recht der Araber auf Selbstbestimmung aussprechen, aber nur wenn sie sich als Föderation mit Israel vereinigen. So eine Haltung ist natürlich indiskutabel. Wenn man gezwungen wird, eine Föderation einzugehen, statt dies aus freien Stücken zu tun, kann man nicht von Selbstbestimmung sprechen.

Aber genauso verhält es sich in der Realität mit der Haltung der Fatah Israel gegenüber. Es hört sich großartig an, wenn sie erklären: „Wir haben nicht zu den Waffen gegriffen, um zwei Millionen Juden ins Meer zu treiben oder um einen Religions- oder Rassenkrieg anzuzetteln.“

Ich zweifle nicht an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung. Aber ich bezweifle aufs Entschiedenste, dass man von „Demokratie“ in einem von den arabischen Streitkräften eroberten Palästina sprechen kann, wo Israel gegen den Willen der dort lebenden Juden aufgelöst wird, um ein binationales Palästina zu werden.

Jede erzwungene „Integration“ eines Volkes ist eine Unterwerfung. Eine Integration kann nur von den Juden selbst ausgehen; und dafür müssen sie von den palästinensischen Befreiungskämpfern das Selbstbestimmungsrecht erhalten. Die revolutionären Sozialisten haben kein Interesse an der Errichtung einer anachronistischen Staatsformation, die darüber hinaus noch nicht einmal über die wirtschaftliche und politische Basis für eine unabhängige Existenz verfügt.

Wie bereits ausgeführt kann die Integration einer Nation in eine größere Formation, d. h. in einen Vereinigten Nahen Osten jedoch nur aus den zu integrierenden Nationen selbst heraus kommen, in diesem Fall also von Israel aus.

Damit soll nicht das Recht der Araber beschränkt werden, ihren Befreiungskampf gegen die Besetzung der Gebiete und die Unterwerfung fortzusetzen. Es ist im Gegenteil sogar ihre elementare Pflicht. Aber wenn Arafat davon spricht, „eine militärische Besatzungsmacht aus unseren Gebieten zu vertreiben ...“ und an eine Auflösung des israelischen Staates in einem jüdisch-arabischen Palästina denkt, dann ist dies gelinde gesagt suspekt. Dies ist nicht mit Vietnam zu vergleichen. Es handelt sich hierbei nicht um eine amerikanische oder sonst wie imperialistische „Besatzungsmacht“. Es handelt sich um Israel, das zwar momentan sicherlich im Sinne der Weltmächte agiert, das aber eines Tages, wenn diese ihre Schuld beglichen zu haben glauben, von ihren jetzigen Herren schnöde fallen gelassen wird. Diese „militärische Besatzungsmacht“ gilt es nicht aus Israel zu vertreiben, sondern man muss

sie geduldig für die gemeinsame jüdisch-arabische Sache gewinnen, indem man anschauliche Überzeugungsarbeit leistet und v. a. die nationale Unabhängigkeit zusichert. An dieser Stelle können auch die israelischen revolutionären Sozialisten aktiv ansetzen.

Ich habe oben –absichtlich die Position der KP (Rachach) zitiert. Wenn nämlich der Zionismus die Sache der internationalen jüdischen Bourgeoisie ist, gilt dies auch für Israel. Für uns ist diese Position irrig. Israel ist ein Staat, dessen Wirtschaftssystem von den kapitalistischen Konkurrenz- und Marktgesetzen bestimmt wird und der im Wesentlichen der Dienste wegen existiert, die er dem mächtigen Kapital der weltweiten Monopole (und nicht dem jüdischen) leistet.

Die Nachrichtensendungen der Fatah im Radio in hebräischer Sprache richten sich nicht nur an die Israelis, sondern zugleich an die Juden in der ganzen Welt. Dies ist völlig fehl am Platz und schafft Argwohn. Dies sind zwei verschiedene Welten. Die Juden in der übrigen Welt mit Israel in eins zu setzen, genau das macht nämlich der Zionismus.

Man muss auch aufhören, immer vom internationalen Judentum und dem internationalen Zionismus zu reden, was sehr häufig passiert. Der Begriff des „internationalen Judentums“ hat einen bitteren Nachgeschmack. Es erinnert an das abscheuliche Machwerk der zaristischen Antisemiten, *Die Weisen von Zion*, das unglücklicherweise auch ein paar Mal in arabischer Sprache aufgelegt worden ist. Es erinnert an die widerliche Propaganda der Nazis gegen das „Weltjudentum“, das angeblich den Planeten beherrschen

---

## WEITERE INFORMATIONEN

---

Mendel, Hersch [i. e. Sztokfisz, Herschel Mendel]: *Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs*, [2. dt. Ausg.], aus dem Jiddischen übersetzt von Nele Löw-Beer u. Jakob Moneta, mit einer Einleitung von Isaac Deutscher u. einem Nachwort von Jakob Moneta, Köln: Neuer ISP Verlag, 2004, ISBN 3-89900-112-5.

Sophia Deeg/Hermann Dierkes: *Bedingungslos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten*, 2010 (Neuer ISP Verlag), ISBN 978-3-89900-134-1. Digitalisat: <https://www.neuerispverlag.de/download.php?titel=idnr155.pdf>

Jakob Taut: *Judenfrage und Zionismus*, Frankfurt/M. 1986 (Neuer ISP Verlag), ISBN 3-88332-097-8 (vergriffen).

Abraham Léon: *Die jüdische Frage*. Eine marxistische Darstellung, Essen. 1995 (Arbeiterpresse-Verlag), ISBN 3-88634-064-3.

Geschrieben wurde das Buch 1942. Die Erstausgabe erschien (im französischen Original) 1946. Download: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/leon/1946/judenfrage/index.htm>

Das u.a. von ehemaligen Matzpen-Mitgliedern gegründete Alternative Information Center berichtet seit den 1980er Jahren regelmäßig über den israelisch-palästinensischen Konflikt: <https://www.aicpalestine.org/index.php/en/>.

Im Internet gibt es ein Archiv der Matzpen: <https://matzpen.org/english/>. Ihr Manifest von 1967 wurde auch ins Deutsche übersetzt: <https://web.archive.org/web/20170821132315/http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=7546>

Redaktion „die internationale“ (2023)

---

wollte. Es erinnert ebenso an so viele Bürokraten in den sogenannten „sozialistischen“ Ländern.

Nochmal: Israel ist ein Land, dessen Bevölkerung wie in allen kapitalistischen Ländern der Welt in Klassen geteilt ist. Der Zionismus spielt eine reaktionäre Rolle. Aber die jüdische Bevölkerung Israels kann nur für den antiimperialistischen und sozialistischen Kampf gewonnen werden, wenn ihre physische und nationale Existenz gewährleistet wird.

Man muss ihr mit Geduld klarmachen, dass es nicht um einen neuen Partikularismus geht, der nur den Großmächten und der Reaktion dient, sondern dass es um eine revolutionäre Bewegung geht, die eine ganze Region umfasst und die gleichermaßen gegen die arabische Reaktion wie gegen die zionistische Reaktion kämpft.

Einzig ein Vereinigter Sozialistischer Naher Osten wird in der Lage sein, die tragische palästinensische Frage und das Flüchtlingsproblem zu lösen und ebenso die Eingliederung der jüdischen Bevölkerung Israels, die in einer befreiten Region ihren Platz findet.

Geschrieben im Juni 1969, erschienen im Internationalen Diskussionsbulletin der Vierten Internationale, Juli 1970. Der ungekürzte Text kann digital eingesehen werden unter <https://www.inprekorr.de/342-taut.htm>

Der Genosse **Jakob Taut**, revolutionärer Sozialist und Kommunist seit Ende der 1920er Jahre und Mitglied der trotzkistischen Bewegung seit Mitte der 1930er, lebte seit 1934 in Palästina/Israel. Er floh zusammen mit seiner Frau Miriam (als Juden und Kommunisten waren sie beide besonders gefährdet) 1933 aus dem faschistischen Deutschland über Dänemark nach Palästina. Er starb am 31. Oktober 2001 in Israel.

*Übersetzung aus dem Französischen: MiWe.*



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# Position der IV. Internationale zur Palästina-Frage

*Die IV. Internationale ist stets für die Verteidigung der allgemeinen Interessen des nahöstlichen Proletariats eingetreten. Diese Position bedeutet:*

- Aufruf an alle jüdischen Arbeiter, an der Seite der arabischen und palästinensischen Arbeiter für den Sozialismus zu kämpfen;
- Verurteilung der zionistischen Ideologie; die die israelischen Arbeiter entfremdet;
- Kampf für die Eingliederung der hebräisch-jüdischen Minderheit Israels als nationale Minderheit in einem sozialistischen Nahen Osten;
- Zerschlagung der dominierenden Rolle der nationalistischen Führungen und vor allem des kleinbürgerlichen Flügels des palästinensischen Widerstands im Kampf der arabischen Völker gegen Israel, da sie sich weigern, den Kampf gegen alle Verbündeten des Imperialismus in diesem Teil der Welt, gegen Israel und die arabische Reaktion aufzunehmen;
- Ablehnung jeglichen Chauvinismus, um sich der wesentlichen revolutionären Aufgabe zuzuwenden: dem Zusammenschluss aller revolutionären sozialistische Bewegungen des Nahen Ostens in einer Klassenallianz.

Diese Position hat die IV. Internationale immer vertreten. Bei der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948, als die UdSSR sich zum erklärten Komplizen des Zionismus machte, erklärte die IV. Internationale:

„Was wir über den UNO-Beschluss über die Teilung Palästinas gesagt haben, bleib in Bezug auf den neuen Klein-„Staat“ Israel weiterhin gültig. Dieser Staat ist von der Lösung der jüdischen Frage weit entfernt; er wird deren Tragik im Gegenteil noch weiter zuspitzen; es werden sich nicht nur die antisemitischen Gefühle in Großbritannien und den Ländern des Nahen Ostens verstärken, sondern es werden sich auch und vor allem die antiimperialistischen Gefühle der arabischen Massen in allen umlie-

genden Ländern herauskristallisieren. Selbst wenn man von der Haltung der Großmächte absieht, hat dieser Staat keine historische Zukunft. Er wird permanenten Krisen und Erschütterungen unterworfen sein – der permanente Bürgerkrieg wurde nur dank der totalen Säuberung aller arabischen Dörfer auf seinem Territorium vermieden. Er wird in der nächsten Etappe der arabischen Revolution in einem schrecklichen Gemetzel untergehen, wenn sich das jüdische Proletariat nicht rechtzeitig vom zionistischen Chauvinismus löst. Die Aufgabe der revolutionären Juden ist die Vorbereitung dieses Bruches; ihre politische Linie muss unerschütterlich die des Kampfes gegen die Teilung Palästinas und für die Wiedereingliederung des israelischen Gebietes in ein vereinigt Palästina im Rahmen einer Föderation der arabischen Staaten des Nahen Ostens sein, die der jüdischen Minderheit alle Rechte einer nationalen kulturellen Autonomie einräumt.

Während der israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten im Jahre 1967 nahm die IV. Internationale erneut eine unzweideutige Haltung ein. Sie verurteilte die israelische Aggression und bekräftigte, dass der Staat Israel „im Nahen Osten eine reaktionäre Rolle im Dienste des Imperialismus und gegen die emanzipatorische Bewegung der arabischen Masse spielt.“ Sie unterstützte Ägypten und Syrien, und zwar nicht deshalb, weil sie diesen Regimes irgendwelchen entschieden antiimperialistischen Charakter zuschrieb, sondern weil Israel und die arabischen Staaten nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden können. Damit würde die Rolle Israels als hauptsächliche Drehscheibe des Imperialismus in diesem Teil der Welt verwischt.

Aus: *Inprekorr* Nr. 29, 1.3.1974

